Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

2024/2081(INI)7.11.2024

ÄNDERUNGSANTRÄGE 321 - 577

Entwurf eines Berichts
Isabel Wiseler-Lima
(PE763.138v01-00)

Menschenrechte und Demokratie in der Welt und die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich – Jahresbericht 2024
(2024/2081(INI))

Änderungsantrag 321
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. bekräftigt, dass eine starke internationale Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene vonnöten ist, wenn es gilt, die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit zu fördern; unterstreicht die besonders wichtige Rolle der Vereinten Nationen und ihrer Gremien als wichtigstes Forum, das in der Lage sein muss, die Bemühungen um Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts wirksam voranzubringen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Arbeit der Vereinten Nationen weiterhin sowohl politisch als auch finanziell zu unterstützen; bekräftigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten bei den Vereinten Nationen und in anderen multilateralen Foren mit einer Stimme sprechen müssen; fordert, dass die EU-Delegationen in den multilateralen Foren eine tragendere Rolle spielen, wofür ihnen angemessene Mittel zur Verfügung stehen sollten;	17. bekräftigt, dass eine starke internationale Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene vonnöten ist, wenn es gilt, die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit zu fördern; unterstreicht die besonders wichtige Rolle der Vereinten Nationen und ihrer Gremien als wichtigstes Forum, das in der Lage sein muss, die Bemühungen um Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts wirksam voranzubringen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Arbeit der Vereinten Nationen weiterhin sowohl politisch als auch finanziell zu unterstützen; bekräftigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten bei den Vereinten Nationen und in anderen multilateralen Foren mit einer Stimme sprechen müssen***, und fordert, dass Fortschritte bei der Einrichtung eines eigenen EU-Sitzes in internationalen Organisationen, darunter auch im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, erzielt werden***; fordert, dass die EU-Delegationen in den multilateralen Foren eine tragendere Rolle spielen, wofür ihnen angemessene Mittel zur Verfügung stehen sollten;

Or. en

Änderungsantrag 322
Loucas Fourlas

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. bekräftigt, dass eine starke internationale Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene vonnöten ist, wenn es gilt, die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit zu fördern; unterstreicht die besonders wichtige Rolle der Vereinten Nationen und ihrer Gremien als wichtigstes Forum, das in der Lage sein muss, die Bemühungen um Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts wirksam voranzubringen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Arbeit der Vereinten Nationen weiterhin sowohl politisch als auch finanziell zu unterstützen; bekräftigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten bei den Vereinten Nationen und in anderen multilateralen Foren mit einer Stimme sprechen müssen; fordert, dass die EU-Delegationen in den multilateralen Foren eine tragendere Rolle spielen, wofür ihnen angemessene Mittel zur Verfügung stehen sollten;	17. bekräftigt, dass eine starke internationale Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene vonnöten ist, wenn es gilt, die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit zu fördern; ***betont, dass das Gebiet der EU nach wie vor illegal besetzt ist, was katastrophale Folgen für die Menschenrechte hat;*** unterstreicht die besonders wichtige Rolle der Vereinten Nationen und ihrer Gremien als wichtigstes Forum, das in der Lage sein muss, die Bemühungen um Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts wirksam voranzubringen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Arbeit der Vereinten Nationen weiterhin sowohl politisch als auch finanziell zu unterstützen; bekräftigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten bei den Vereinten Nationen und in anderen multilateralen Foren mit einer Stimme sprechen müssen; fordert, dass die EU-Delegationen in den multilateralen Foren eine tragendere Rolle spielen, wofür ihnen angemessene Mittel zur Verfügung stehen sollten;

Or. en

Änderungsantrag 323
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. bekräftigt, dass eine starke internationale Zusammenarbeit auf	17. bekräftigt, dass eine starke internationale Zusammenarbeit auf

multilateraler Ebene vonnöten ist, wenn es gilt, die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit zu fördern; unterstreicht die besonders wichtige Rolle der Vereinten Nationen und ihrer Gremien als wichtigstes Forum, das in der Lage sein muss, die Bemühungen um Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts wirksam voranzubringen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Arbeit der Vereinten Nationen weiterhin sowohl politisch als auch finanziell zu unterstützen; bekräftigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten bei den Vereinten Nationen und in anderen multilateralen Foren mit einer Stimme sprechen müssen; fordert, dass die EU-Delegationen in den multilateralen Foren eine tragendere Rolle spielen, wofür ihnen angemessene Mittel zur Verfügung stehen sollten;

multilateraler Ebene vonnöten ist, wenn es gilt, die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit zu fördern; unterstreicht die besonders wichtige Rolle der Vereinten Nationen und ihrer Gremien als wichtigstes Forum, das in der Lage sein muss, die Bemühungen um Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts wirksam voranzubringen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Arbeit der Vereinten Nationen weiterhin sowohl politisch als auch finanziell zu unterstützen; bekräftigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten bei den Vereinten Nationen und in anderen multilateralen Foren mit einer Stimme sprechen ***und sich für eine möglichst deutliche Sprache im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsstandards einsetzen*** müssen; fordert, dass die EU-Delegationen in den multilateralen Foren eine tragendere Rolle spielen, wofür ihnen angemessene Mittel zur Verfügung stehen sollten;

Or. en

Änderungsantrag 324
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. bekräftigt, dass eine starke internationale Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene vonnöten ist, wenn es gilt, die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit zu fördern; unterstreicht die besonders wichtige Rolle der Vereinten Nationen und ihrer Gremien als wichtigstes Forum, das in der Lage sein muss, die Bemühungen um Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Achtung	17. bekräftigt, dass eine starke internationale Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene vonnöten ist, wenn es gilt, die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit zu fördern; unterstreicht die besonders wichtige Rolle der Vereinten Nationen und ihrer Gremien als wichtigstes Forum, das in der Lage sein muss, die Bemühungen um Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Achtung

der Menschenrechte und des Völkerrechts wirksam voranzubringen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Arbeit der Vereinten Nationen weiterhin sowohl politisch als auch finanziell zu unterstützen; ***bekräftigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten bei den Vereinten Nationen und in anderen multilateralen Foren mit einer Stimme sprechen müssen;*** fordert, dass die EU-Delegationen in den multilateralen Foren eine tragendere Rolle spielen, wofür ihnen angemessene Mittel zur Verfügung stehen sollten;	der Menschenrechte und des Völkerrechts wirksam voranzubringen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Arbeit der Vereinten Nationen weiterhin sowohl politisch als auch finanziell zu unterstützen; fordert, dass die EU-Delegationen in den multilateralen Foren eine tragendere Rolle spielen, wofür ihnen angemessene Mittel zur Verfügung stehen sollten;

Or. en

Änderungsantrag 325
Alice Teodorescu Måwe

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. bekräftigt, dass eine starke internationale Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene vonnöten ist, wenn es gilt, die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit zu fördern; unterstreicht die besonders wichtige Rolle der Vereinten Nationen und ihrer Gremien als wichtigstes Forum, das in der Lage sein muss, die Bemühungen um Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts wirksam voranzubringen; ***fordert*** die EU und ihre Mitgliedstaaten ***auf,*** die Arbeit der Vereinten Nationen weiterhin sowohl politisch als auch finanziell ***zu*** unterstützen; bekräftigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten bei den Vereinten Nationen und in anderen multilateralen Foren mit einer Stimme sprechen müssen; fordert, dass die EU-Delegationen in den multilateralen Foren eine tragendere Rolle spielen, wofür ihnen angemessene Mittel	17. bekräftigt, dass eine starke internationale Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene vonnöten ist, wenn es gilt, die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit zu fördern; unterstreicht die besonders wichtige Rolle der Vereinten Nationen und ihrer Gremien als wichtigstes Forum, das in der Lage sein muss, die Bemühungen um Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts wirksam voranzubringen; ***stellt fest, dass*** die EU und ihre Mitgliedstaaten die Arbeit der Vereinten Nationen weiterhin sowohl politisch als auch finanziell unterstützen; bekräftigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten bei den Vereinten Nationen und in anderen multilateralen Foren mit einer Stimme sprechen müssen***; bekräftigt, dass die Vereinten Nationen und mehrere ihrer Gremien reformbedürftig sind***; fordert, dass die EU-

zur Verfügung stehen sollten;	Delegationen in den multilateralen Foren eine tragendere Rolle spielen, wofür ihnen angemessene Mittel zur Verfügung stehen sollten;

Or. sv

Änderungsantrag 326
Barry Andrews, Petras Auštrevičius, Lucia Yar, Ilhan Kyuchyuk

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. bekräftigt, dass eine starke internationale Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene vonnöten ist, wenn es gilt, die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit zu fördern; unterstreicht die besonders wichtige Rolle der Vereinten Nationen und ihrer Gremien als wichtigstes Forum, das in der Lage sein muss, die Bemühungen um Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts wirksam voranzubringen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Arbeit der Vereinten Nationen weiterhin sowohl politisch als auch finanziell zu unterstützen; bekräftigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten bei den Vereinten Nationen und in anderen multilateralen Foren mit einer Stimme sprechen müssen; fordert, dass die EU-Delegationen in den multilateralen Foren eine tragendere Rolle spielen, wofür ihnen angemessene Mittel zur Verfügung stehen sollten;	17. bekräftigt, dass eine starke internationale Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene vonnöten ist, wenn es gilt, die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit zu fördern; unterstreicht die besonders wichtige Rolle der Vereinten Nationen und ihrer Gremien als wichtigstes Forum, das in der Lage sein muss, die Bemühungen um Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts wirksam voranzubringen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Arbeit der Vereinten Nationen ***und all ihrer Agenturen*** weiterhin sowohl politisch als auch finanziell zu unterstützen; bekräftigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten bei den Vereinten Nationen und in anderen multilateralen Foren mit einer Stimme sprechen müssen; fordert, dass die EU-Delegationen in den multilateralen Foren eine tragendere Rolle spielen, wofür ihnen angemessene Mittel zur Verfügung stehen sollten;

Or. en

Änderungsantrag 327
Hana Jalloul Muro

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. bekräftigt, dass eine starke internationale Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene vonnöten ist, wenn es gilt, die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit zu fördern; unterstreicht die besonders wichtige Rolle der Vereinten Nationen und ihrer Gremien als wichtigstes Forum, das in der Lage sein muss, die Bemühungen um Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts wirksam voranzubringen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Arbeit ***der Vereinten Nationen*** weiterhin sowohl politisch als auch finanziell zu unterstützen; bekräftigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten bei den Vereinten Nationen und in anderen multilateralen Foren mit einer Stimme sprechen müssen; fordert, dass die EU-Delegationen in den multilateralen Foren eine tragendere Rolle spielen, wofür ihnen angemessene Mittel zur Verfügung stehen sollten;	17. bekräftigt, dass eine starke internationale Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene vonnöten ist, wenn es gilt, die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit zu fördern; unterstreicht die besonders wichtige Rolle der Vereinten Nationen und ihrer Gremien ***und Agenturen*** als wichtigstes Forum, das in der Lage sein muss, die Bemühungen um Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts wirksam voranzubringen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Arbeit ***des VN-Systems*** weiterhin sowohl politisch als auch finanziell zu unterstützen; bekräftigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten bei den Vereinten Nationen und in anderen multilateralen Foren mit einer Stimme sprechen müssen; fordert, dass die EU-Delegationen in den multilateralen Foren eine tragendere Rolle spielen, wofür ihnen angemessene Mittel zur Verfügung stehen sollten;

Or. en

Änderungsantrag 328
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. bekräftigt, dass eine starke internationale Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene vonnöten ist, wenn es gilt, die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte	17. bekräftigt, dass eine starke internationale Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene vonnöten ist, wenn es gilt, die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte

weltweit zu fördern; unterstreicht die besonders wichtige Rolle der Vereinten Nationen und ihrer Gremien als wichtigstes Forum, das in der Lage sein muss, die Bemühungen um Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts wirksam voranzubringen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Arbeit der Vereinten Nationen weiterhin sowohl politisch als auch finanziell zu unterstützen; bekräftigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten bei den Vereinten Nationen und in anderen multilateralen Foren mit einer Stimme ***sprechen müssen***; fordert, dass die EU-Delegationen in den multilateralen Foren eine tragendere Rolle spielen, wofür ihnen angemessene Mittel zur Verfügung stehen sollten;	weltweit zu fördern; unterstreicht die besonders wichtige Rolle der Vereinten Nationen und ihrer Gremien als wichtigstes Forum, das in der Lage sein muss, die Bemühungen um Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts wirksam voranzubringen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Arbeit der Vereinten Nationen weiterhin sowohl politisch als auch finanziell zu unterstützen; bekräftigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten ***bestrebt sein müssen,*** bei den Vereinten Nationen und in anderen multilateralen Foren mit einer Stimme ***zu sprechen***; fordert, dass die EU-Delegationen in den multilateralen Foren eine tragendere Rolle spielen, wofür ihnen angemessene Mittel zur Verfügung stehen sollten;

Or. fi

Änderungsantrag 329
Susanna Ceccardi, Roberto Vannacci, Silvia Sardone

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. bekräftigt, dass eine starke internationale Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene vonnöten ist, wenn es gilt, die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit zu fördern; unterstreicht die besonders wichtige Rolle der Vereinten Nationen und ihrer Gremien als wichtigstes Forum, das in der Lage sein muss, die Bemühungen um Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts wirksam voranzubringen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Arbeit der Vereinten Nationen weiterhin ***sowohl politisch als auch finanziell*** zu	17. bekräftigt, dass eine starke internationale Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene vonnöten ist, wenn es gilt, die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit zu fördern; unterstreicht die besonders wichtige Rolle der Vereinten Nationen und ihrer Gremien als wichtigstes Forum, das in der Lage sein muss, die Bemühungen um Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts wirksam voranzubringen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Arbeit der Vereinten Nationen weiterhin zu unterstützen; bekräftigt, dass die EU und

unterstützen; bekräftigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten bei den Vereinten Nationen und in anderen multilateralen Foren mit einer Stimme sprechen müssen; fordert, dass die EU-Delegationen in den multilateralen Foren eine tragendere Rolle spielen, wofür ihnen angemessene Mittel zur Verfügung stehen sollten;

ihre Mitgliedstaaten bei den Vereinten Nationen und in anderen multilateralen Foren mit einer Stimme sprechen müssen; fordert, dass die EU-Delegationen in den multilateralen Foren eine tragendere Rolle spielen, wofür ihnen angemessene Mittel zur Verfügung stehen sollten;

Or. en

Änderungsantrag 330
Arkadiusz Mularczyk
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. bekräftigt, dass eine starke internationale Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene vonnöten ist, wenn es gilt, die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit zu fördern; unterstreicht die besonders wichtige Rolle der Vereinten Nationen und ihrer Gremien als wichtigstes Forum, das in der Lage sein muss, die Bemühungen um Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts wirksam voranzubringen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Arbeit der Vereinten Nationen weiterhin ***sowohl politisch als auch finanziell*** zu unterstützen; bekräftigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten bei den Vereinten Nationen und in anderen multilateralen Foren mit einer Stimme sprechen müssen; fordert, dass die EU-Delegationen in den multilateralen Foren eine tragendere Rolle spielen, wofür ihnen angemessene Mittel zur Verfügung stehen sollten;	17. bekräftigt, dass eine starke internationale Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene vonnöten ist, wenn es gilt, die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte weltweit zu fördern; unterstreicht die besonders wichtige Rolle der Vereinten Nationen und ihrer Gremien als wichtigstes Forum, das in der Lage sein muss, die Bemühungen um Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und die Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts wirksam voranzubringen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Arbeit der Vereinten Nationen weiterhin zu unterstützen; bekräftigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten bei den Vereinten Nationen und in anderen multilateralen Foren mit einer Stimme sprechen müssen; fordert, dass die EU-Delegationen in den multilateralen Foren eine tragendere Rolle spielen, wofür ihnen angemessene Mittel zur Verfügung stehen sollten;

Or. en

Änderungsantrag 331
Matthieu Valet, Jordan Bardella, András László, Sebastiaan Stöteler, Pierre-Romain Thionnet

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. lehnt den Vorschlag ab, der EU einen ständigen Sitz in allen multilateralen Foren zu gewähren, da dies zur Aushöhlung der nationalen Souveränität beitragen und die Fähigkeit der Mitgliedstaaten, in ihrem nationalen Interesse zu handeln, einschränken würde; betont, dass die Übertragung versteckter staatlicher Attribute an die EU eine unmittelbare Bedrohung für die nationale Souveränität der Mitgliedstaaten und einen weiteren Schritt hin zur Föderalisierung darstellt; betont, dass die Bestimmungen über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gemäß Artikel 24 Absatz 1 EUV, ergänzt durch die einschlägigen Erklärungen der Regierungskonferenz von 2007, es der EU nicht erlauben, in die außenpolitischen Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten einzugreifen – was auch für die Rolle des Hohen Vertreters und die des Europäischen Auswärtigen Dienstes gilt – , und sollten die bestehende Rechtsgrundlage, die Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten bei der Entwicklung und Durchführung ihrer Außenpolitik, der Verwaltung ihrer nationalen diplomatischen Dienste, der Pflege von Beziehungen zu Drittländern oder der Beteiligung an internationalen Organisationen, einschließlich der Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, unberührt lassen;

Or. en

Änderungsantrag 332
Nacho Sánchez Amor, Francisco Assis

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. betont, dass die neuen globalen Akteure, insbesondere diejenigen, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, vollständig in die Architektur der derzeitigen multilateralen Ordnung einbezogen werden sollten; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, der Union einen eigenen und ständigen Sitz in multilateralen Foren, einschließlich des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen, zu garantieren; betont, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten vereint mit einer Stimme sprechen und wirkungsvoll handeln müssen, wenn es darum geht, globale Herausforderungen im Bereich der Menschenrechte und Demokratie in multilateralen Foren anzugehen;

Or. en

Änderungsantrag 333
Miriam Lexmann

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. bedauert die anti-israelische Voreingenommenheit bei den Vereinten Nationen, insbesondere im Menschenrechtsrat, und fordert eine Reform seiner Mitgliedschaftskriterien, um zu verhindern, dass der Rat vom Iran und anderen autoritären und totalitären Regimen missbraucht wird;

Or. en

Änderungsantrag 334
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. ist zutiefst besorgt über die Verwicklung von Mitarbeitern der UNRWA in terroristische Aktivitäten; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, es zu unterlassen, Organisationen zu finanzieren, die in irgendeiner Weise Terrorismus unterstützen oder daran beteiligt sind;

Or. fi

Änderungsantrag 335
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 17 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17b. verurteilt aufs Schärfste die Teilnahme des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, António Guterres, am 16. Gipfel der BRICS-Staaten, der von Wladimir Putin in Russland ausgerichtet wurde; ist der Ansicht, dass die Teilnahme des Generalsekretärs an dem Gipfel die Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen als Fürsprecher des Weltfriedens erheblich beeinträchtigt; betont, dass der Besuch von António Guterres das kriminelle Regime von Wladimir Putin zu legitimieren scheint, das sich dessen Besuch für Propagandazwecke zunutze machen konnte;

Or. fi

Änderungsantrag 336
Nacho Sánchez Amor, Francisco Assis

Entschließungsantrag
Ziffer 17 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17b. bedauert, dass die Organisationen multilateraler Foren von einer Reihe von Drittländern und insbesondere von autoritären und totalitären Regimen, wie in einigen Fällen von bestimmten Freundschaftsgruppen in den Vereinten Nationen, missbraucht werden, um eine Agenda voranzutreiben, die die Menschenrechte und die multilaterale und regelbasierte Weltordnung in Frage stellt; fordert die EU auf, gemeinsam mit gleich gesinnten Ländern eine solide Strategie zu entwickeln, um diese Situation einzudämmen, und eine geeinte und starke Botschaft der Unterstützung an diese Organisationen zu senden, wenn diese angegriffen oder bedroht werden;

Or. en

Änderungsantrag 337
Matthieu Valet, Jordan Bardella, András László, Pierre-Romain Thionnet

Entschließungsantrag
Ziffer 17 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17b. betont, dass Frankreich als einziger EU-Mitgliedstaat mit ständigem Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bereits die Vertretung Europas sicherstellt, weshalb die Gewährung eines EU-Sitzes unnötig ist und einen Sabotageakt gegen die Souveränität und

	die nationalen Interessen Frankreichs darstellen würde; warnt davor, dass ein solcher Schritt die EU in den Status eines Staates erheben würde, was die Souveränität der Mitgliedstaaten untergraben und zu einer weiteren Föderalisierung führen würde und einen Verstoß gegen Artikel 24 Absatz 1 des Vertrags über die Europäische Union darstellt;

Or. en

Änderungsantrag 338
András László

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. ist zutiefst besorgt über die zunehmenden Angriffe autoritärer Regime auf die regelbasierte internationale Ordnung, unter anderem durch die Untergrabung der Arbeitsweise der Gremien der Vereinten Nationen, insbesondere den Missbrauch des Vetorechts im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen; betont, dass die verminderte Wirksamkeit dieser Gremien reale Kosten in Form von Konflikten, Todesopfern und menschlichem Leid mit sich bringt und die allgemeine Fähigkeit von Staaten, die globalen Herausforderungen zu bewältigen, ernsthaft schwächt; fordert die Mitgliedstaaten und gleichgesinnte Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um diesen Trend umzukehren;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 339

Tomasz Froelich

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. ist zutiefst besorgt über die ***zunehmenden Angriffe autoritärer Regime auf die regelbasierte internationale Ordnung, unter anderem durch die Untergrabung der Arbeitsweise der Gremien der Vereinten Nationen, insbesondere den Missbrauch des Vetorechts im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen; betont, dass die verminderte Wirksamkeit dieser Gremien reale Kosten in Form von Konflikten, Todesopfern und menschlichem Leid mit sich bringt und die allgemeine Fähigkeit von Staaten, die*** globalen ***Herausforderungen zu bewältigen, ernsthaft schwächt; fordert die Mitgliedstaaten und gleichgesinnte Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um diesen Trend umzukehren***;	18. ***stellt fest, dass aktuellen Trends zufolge die UN-Mitgliedsstaaten den Mehrwert der UN-Friedenssicherungseinsätzen zunehmend in Frage stellen; ist besorgt über den Mangel an Unparteilichkeit, Objektivität und Nichtselektivität der UN-Menschenrechtsmechanismen und Menschenrechtsausschüsse;*** ist zutiefst besorgt über die ***Einmischung des UN-Ausschusses für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau und den UN-Ausschuss für die Beseitigung der Rassendiskriminierung in die Kompetenzen der Vertragsstaaten; ist zutiefst besorgt über die Einwirkung der Vorschläge der UN im Rahmen der*** Globalen ***Grundsätze für Informationsintegrität und des Zukunftspaktes auf die Meinungsfreiheit***;

Or. de

Änderungsantrag 340
Hana Jalloul Muro

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. ist zutiefst besorgt über die zunehmenden Angriffe ***autoritärer Regime*** auf die regelbasierte internationale Ordnung, unter anderem durch die Untergrabung der Arbeitsweise der Gremien der Vereinten Nationen, insbesondere den Missbrauch des Vetorechts im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen; betont, dass die verminderte	18. ist zutiefst besorgt über die zunehmenden Angriffe auf die regelbasierte internationale Ordnung, unter anderem durch die Untergrabung der Arbeitsweise der Gremien der Vereinten Nationen, insbesondere den Missbrauch des Vetorechts im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen***, die Stigmatisierung der Organisationen der Vereinten***

Wirksamkeit dieser Gremien reale Kosten in Form von Konflikten, Todesopfern und menschlichem Leid mit sich bringt und die allgemeine Fähigkeit von Staaten, die globalen Herausforderungen zu bewältigen, ernsthaft schwächt; fordert die Mitgliedstaaten und ***gleichgesinnte*** Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um diesen Trend umzukehren;	***Nationen, die humanitäre Hilfe in Konfliktgebieten leisten, und die Delegitimierung von Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen, die von wesentlicher Bedeutung für den Schutz der Menschenrechte und die Aufrechterhaltung der regionalen Stabilität sind***; betont, dass die verminderte Wirksamkeit dieser Gremien reale Kosten in Form von Konflikten, Todesopfern und menschlichem Leid mit sich bringt und die allgemeine Fähigkeit von Staaten, die globalen Herausforderungen zu bewältigen, ernsthaft schwächt; fordert die Mitgliedstaaten und ***gleich gesinnte*** Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um diesen Trend umzukehren;

Or. en

Änderungsantrag 341
Alice Teodorescu Måwe

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. ist zutiefst besorgt über die zunehmenden Angriffe autoritärer Regime auf die regelbasierte internationale Ordnung, unter anderem durch die Untergrabung der Arbeitsweise der Gremien der Vereinten Nationen, insbesondere den Missbrauch des Vetorechts im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen; betont, dass die verminderte Wirksamkeit dieser Gremien reale Kosten in Form von Konflikten, Todesopfern und menschlichem Leid mit sich bringt und die allgemeine Fähigkeit von Staaten, die globalen Herausforderungen zu bewältigen, ernsthaft schwächt; fordert die Mitgliedstaaten und gleichgesinnte Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um	18. ist zutiefst besorgt über die zunehmenden Angriffe autoritärer Regime auf die regelbasierte internationale Ordnung, unter anderem durch die Untergrabung der Arbeitsweise der Gremien der Vereinten Nationen, insbesondere den Missbrauch des Vetorechts im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen; betont, dass die verminderte Wirksamkeit dieser Gremien reale Kosten in Form von Konflikten, Todesopfern und menschlichem Leid mit sich bringt und die allgemeine Fähigkeit von Staaten, die globalen Herausforderungen zu bewältigen, ernsthaft schwächt; fordert die Mitgliedstaaten und gleichgesinnte Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um

diesen Trend umzukehren;	diesen Trend umzukehren; ***betont jedoch gleichzeitig, dass mehrere Gremien der Vereinten Nationen dringend reformiert werden müssen und dass es berechtigte Kritik gibt;***

Or. sv

Änderungsantrag 342
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. ist zutiefst besorgt über die zunehmenden Angriffe autoritärer Regime auf die regelbasierte internationale Ordnung, unter anderem durch die Untergrabung der Arbeitsweise der Gremien der Vereinten Nationen, insbesondere den Missbrauch des Vetorechts im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen; betont, dass die verminderte Wirksamkeit dieser Gremien reale Kosten in Form von Konflikten, Todesopfern und menschlichem Leid mit sich bringt und die allgemeine Fähigkeit von Staaten, die globalen Herausforderungen zu bewältigen, ernsthaft schwächt; fordert die Mitgliedstaaten und ***gleichgesinnte*** Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um diesen Trend umzukehren;	18. ist zutiefst besorgt über die zunehmenden Angriffe autoritärer Regime auf die regelbasierte internationale Ordnung, unter anderem durch die Untergrabung der Arbeitsweise der Gremien der Vereinten Nationen, insbesondere den Missbrauch des Vetorechts im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen; betont, dass die verminderte Wirksamkeit dieser Gremien reale Kosten in Form von Konflikten, Todesopfern und menschlichem Leid mit sich bringt und die allgemeine Fähigkeit von Staaten, die globalen Herausforderungen zu bewältigen, ernsthaft schwächt; fordert die Mitgliedstaaten und ***gleich gesinnte*** Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um diesen Trend umzukehren; ***fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten erneut auf, ihre finanzielle Unterstützung für die Sonderverfahren der Vereinten Nationen aufzustocken;***

Or. en

Änderungsantrag 343
Arkadiusz Mularczyk
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. ist zutiefst besorgt über die zunehmenden Angriffe autoritärer Regime auf die regelbasierte internationale Ordnung, unter anderem durch die Untergrabung der Arbeitsweise der Gremien der Vereinten Nationen, insbesondere den Missbrauch des Vetorechts im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen; betont, dass die verminderte Wirksamkeit dieser Gremien reale Kosten in Form von Konflikten, Todesopfern und menschlichem Leid mit sich bringt und die allgemeine Fähigkeit von Staaten, die globalen Herausforderungen zu bewältigen, ernsthaft schwächt; fordert die Mitgliedstaaten und ***gleichgesinnte*** Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um diesen Trend umzukehren;	18. ist zutiefst besorgt über die zunehmenden Angriffe autoritärer Regime auf die regelbasierte internationale Ordnung, unter anderem durch die Untergrabung der Arbeitsweise der Gremien der Vereinten Nationen, insbesondere den Missbrauch des Vetorechts im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen***, vor allem durch die wiederholte Nutzung des Vetorechts durch Russland in Fragen der Nichtverbreitung***; betont, dass die verminderte Wirksamkeit dieser Gremien reale Kosten in Form von Konflikten, Todesopfern und menschlichem Leid mit sich bringt und die allgemeine Fähigkeit von Staaten, die globalen Herausforderungen zu bewältigen, ernsthaft schwächt; fordert die Mitgliedstaaten und ***gleich gesinnte*** Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um diesen Trend umzukehren;

Or. en

Änderungsantrag 344
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. ist zutiefst besorgt über die zunehmenden Angriffe ***autoritärer*** Regime auf die regelbasierte internationale Ordnung, unter anderem durch die Untergrabung der Arbeitsweise der Gremien der Vereinten Nationen, insbesondere den Missbrauch des Vetorechts im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen; betont, dass die verminderte	18. ist zutiefst besorgt über die zunehmenden Angriffe ***durch autoritäre*** Regime ***und einige seit Langem etablierte demokratische Länder in der ganzen Welt*** auf die regelbasierte internationale Ordnung, unter anderem durch die Untergrabung der Arbeitsweise der Gremien der Vereinten Nationen, insbesondere den Missbrauch des

Wirksamkeit dieser Gremien reale Kosten in Form von Konflikten, Todesopfern und menschlichem Leid mit sich bringt und die allgemeine Fähigkeit von Staaten, die globalen Herausforderungen zu bewältigen, ernsthaft schwächt; fordert die Mitgliedstaaten und ***gleichgesinnte*** Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um diesen Trend umzukehren;	Vetorechts im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen; betont, dass die verminderte Wirksamkeit dieser Gremien reale Kosten in Form von Konflikten, Todesopfern und menschlichem Leid mit sich bringt und die allgemeine Fähigkeit von Staaten, die globalen Herausforderungen zu bewältigen, ernsthaft schwächt; fordert die Mitgliedstaaten und ***gleich gesinnte*** Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um diesen Trend umzukehren;

Or. en

Änderungsantrag 345
Sandra Gómez López, Nacho Sánchez Amor

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. ist zutiefst besorgt über die zunehmenden Angriffe ***autoritärer Regime*** auf die regelbasierte internationale Ordnung, unter anderem durch die Untergrabung der Arbeitsweise der Gremien der Vereinten Nationen, insbesondere den Missbrauch des Vetorechts im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen; betont, dass die verminderte Wirksamkeit dieser Gremien reale Kosten in Form von Konflikten, Todesopfern und menschlichem Leid mit sich bringt und die allgemeine Fähigkeit von Staaten, die globalen Herausforderungen zu bewältigen, ernsthaft schwächt; fordert die Mitgliedstaaten und ***gleichgesinnte*** Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um diesen Trend umzukehren;	18. ist zutiefst besorgt über die zunehmenden Angriffe auf die regelbasierte internationale Ordnung***, insbesondere durch autoritäre und totalitäre Regime***, unter anderem durch die Untergrabung der Arbeitsweise der Gremien der Vereinten Nationen, insbesondere den Missbrauch des Vetorechts im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen; betont, dass die verminderte Wirksamkeit dieser Gremien reale Kosten in Form von Konflikten, Todesopfern und menschlichem Leid mit sich bringt und die allgemeine Fähigkeit von Staaten, die globalen Herausforderungen zu bewältigen, ernsthaft schwächt; fordert die Mitgliedstaaten und ***gleich gesinnte*** Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um diesen Trend umzukehren;

Or. en

Änderungsantrag 346

Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. bedauert, dass die Europäischen Union und die USA angesichts der unbegründeten Angriffe der israelischen Regierung und der israelischen Armee, die sich gegen die Vereinten Nationen und insbesondere das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) und sogar gegen den Generalsekretär, der zur Persona non grata erklärt wurde, richten, untätig bleiben;

Or. en

Änderungsantrag 347
András László, Matthieu Valet

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. fordert die EU-Organe und die Mitgliedstaaten auf, einen Waffenstillstand und Friedensgespräche auf multilateraler Ebene zu fördern, um bewaffnete Konflikte in der ganzen Welt zu stoppen;

Or. en

Änderungsantrag 348
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. begrüßt die politische und finanzielle Unterstützung, die die EU dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), einschließlich der Anklagebehörde des IStGH, gewährt hat, ***nicht zuletzt durch*** die Einleitung der „Global initiative to fight against impunity for international crimes: make justice work!“ (Globale Initiative zur Bekämpfung der Straflosigkeit bei internationalen Verbrechen: Justiz anwenden!), in deren Rahmen ***dem IStGH*** 20 Mio. EUR an Unterstützung zuteil wurden; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den IStGH ***weiterhin*** mit den erforderlichen Mitteln ***und*** Ressourcen zu unterstützen und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um den Kampf gegen die Straflosigkeit weltweit zu verstärken; fordert alle Mitgliedstaaten auf, die Maßnahmen und Entscheidungen aller Organe des IStGH, einschließlich der Anklagebehörde und der Kammern, zu achten und ihre Arbeit als unabhängige und unparteiische internationale Justizeinrichtung zu unterstützen;	19. begrüßt die politische und finanzielle Unterstützung, die die EU dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), einschließlich der Anklagebehörde des IStGH, gewährt hat, ***sowie*** die Einleitung der „Global initiative to fight against impunity for international crimes: make justice work!“ (Globale Initiative zur Bekämpfung der Straflosigkeit bei internationalen Verbrechen: Justiz anwenden!), in deren Rahmen ***Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich für Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht bei internationalen Verbrechen und schweren Menschenrechtsverletzungen einsetzen und die Beteiligung von Überlebenden fördern,*** 20 Mio. EUR an Unterstützung zuteil wurden; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den IStGH ***stärker*** mit den erforderlichen Mitteln***, einschließlich*** Ressourcen ***und politischer Rückendeckung,*** zu unterstützen und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um den Kampf gegen die Straflosigkeit weltweit zu verstärken; fordert alle Mitgliedstaaten auf, die Maßnahmen und Entscheidungen aller Organe des IStGH, einschließlich der Anklagebehörde und der Kammern, zu achten***, um andere Länder nachdrücklich zum Beitritt zum und zur Zusammenarbeit mit dem IStGH zu bewegen, auch um Strafbefehle des IStGH zu vollstrecken,*** und ihre Arbeit als unabhängige und unparteiische internationale Justizeinrichtung ***überall auf der Welt ausnahmslos*** zu unterstützen; ***fordert die EU auf, Drittländer, einschließlich ihrer wichtigsten Partner, nachdrücklich aufzufordern, den IStGH anzuerkennen und Vertragsstaat des Römischen Statuts zu werden;***

Or. en

Änderungsantrag 349
Hana Jalloul Muro

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. begrüßt die politische und finanzielle Unterstützung, die die EU dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), einschließlich der Anklagebehörde des IStGH, gewährt hat, nicht zuletzt durch die Einleitung der „Global initiative to fight against impunity for international crimes: make justice work!“ (Globale Initiative zur Bekämpfung der Straflosigkeit bei internationalen Verbrechen: Justiz anwenden!), in deren Rahmen dem IStGH 20 Mio. EUR an Unterstützung zuteil wurden; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den IStGH ***weiterhin*** mit den erforderlichen Mitteln und Ressourcen zu unterstützen ***und*** alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um den Kampf gegen die Straflosigkeit weltweit zu verstärken; fordert alle Mitgliedstaaten auf, die Maßnahmen und Entscheidungen aller Organe des IStGH, einschließlich der Anklagebehörde und der Kammern, zu achten und ihre Arbeit als unabhängige und unparteiische internationale Justizeinrichtung zu unterstützen;	19. ***weist darauf hin, dass ein gut finanzierter IStGH für die wirksame Verfolgung schwerer internationaler Verbrechen von entscheidender Bedeutung ist;*** begrüßt die politische und finanzielle Unterstützung, die die EU dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), einschließlich der Anklagebehörde des IStGH, gewährt hat, nicht zuletzt durch die Einleitung der „Global initiative to fight against impunity for international crimes: make justice work!“ (Globale Initiative zur Bekämpfung der Straflosigkeit bei internationalen Verbrechen: Justiz anwenden!), in deren Rahmen dem IStGH 20 Mio. EUR an Unterstützung zuteil wurden; ***betont die Notwendigkeit einer verstärkten und konsequenten finanziellen und logistischen Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft, damit der IStGH sein Mandat wirksam erfüllen kann;*** fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ***für eine nachhaltige Finanzierung zu sorgen und*** den IStGH mit den erforderlichen Mitteln und Ressourcen zu unterstützen ***sowie*** alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um den Kampf gegen die Straflosigkeit weltweit zu verstärken***, einschließlich der Beiträge zum Treuhandfonds zugunsten der Opfer, der Entschädigungen für Personen vorsieht, die durch Verbrechen, die der Gerichtsbarkeit des Gerichtshofs unterliegen, geschädigt wurden***; fordert alle Mitgliedstaaten auf, die Maßnahmen und Entscheidungen aller Organe des IStGH, einschließlich der Anklagebehörde und der Kammern, zu achten und ihre

Arbeit als unabhängige und unparteiische internationale Justizeinrichtung zu unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 350
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. begrüßt die politische und finanzielle Unterstützung, die die EU dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), einschließlich der Anklagebehörde des IStGH, gewährt hat, ***nicht zuletzt durch*** die Einleitung der „Global initiative to fight against impunity for international crimes: make justice work!“ (Globale Initiative zur Bekämpfung der Straflosigkeit bei internationalen Verbrechen: Justiz anwenden!), in deren Rahmen ***dem IStGH*** 20 Mio. EUR an Unterstützung zuteil wurden; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den IStGH ***weiterhin*** mit den erforderlichen Mitteln und ***Ressourcen*** zu ***unterstützen*** und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um den Kampf gegen die Straflosigkeit weltweit zu verstärken; fordert alle Mitgliedstaaten auf, die Maßnahmen und Entscheidungen aller Organe des IStGH, einschließlich der Anklagebehörde und der Kammern, zu achten und ihre Arbeit als unabhängige und unparteiische internationale Justizeinrichtung zu unterstützen;	19. begrüßt die politische und finanzielle Unterstützung, die die EU dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), einschließlich der Anklagebehörde des IStGH, gewährt hat, ***sowie*** die Einleitung der „Global initiative to fight against impunity for international crimes: make justice work!“ (Globale Initiative zur Bekämpfung der Straflosigkeit bei internationalen Verbrechen: Justiz anwenden!), in deren Rahmen ***Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich für Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht bei internationalen Verbrechen und schweren Menschenrechtsverletzungen einsetzen, unter anderem durch eine stärkere Beteiligung von Überlebenden an den Verfahren,*** 20 Mio. EUR an Unterstützung zuteil wurden; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ***ihre Unterstützung für*** den IStGH mit den erforderlichen Mitteln***, einschließlich Ressourcen*** und ***politischer Rückendeckung, fortzusetzen und*** zu ***verstärken*** und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um den Kampf gegen die Straflosigkeit weltweit zu verstärken; fordert alle Mitgliedstaaten auf, die ***Integrität des IStGH-Vertrags zu schützen, die*** Maßnahmen und Entscheidungen aller Organe des IStGH, einschließlich der Anklagebehörde und der

Kammern, zu achten***, um andere Länder nachdrücklich zum Beitritt zum und zur Zusammenarbeit mit dem IStGH zu bewegen, auch um Strafbefehle des IStGH zu vollstrecken,*** und ihre Arbeit als unabhängige und unparteiische internationale Justizeinrichtung ***überall auf der Welt ausnahmslos*** zu unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 351
Isabel Wiseler-Lima

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. begrüßt die politische und finanzielle Unterstützung, die die EU dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), einschließlich der Anklagebehörde des IStGH, gewährt hat, ***nicht zuletzt durch*** die Einleitung der „Global initiative to fight against impunity for international crimes: make justice work!“ (Globale Initiative zur Bekämpfung der Straflosigkeit bei internationalen Verbrechen: Justiz anwenden!), in deren Rahmen ***dem IStGH 20 Mio. EUR*** an Unterstützung zuteil ***wurden***; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den IStGH ***weiterhin*** mit den erforderlichen Mitteln ***und*** Ressourcen zu ***unterstützen*** und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um ***den Kampf gegen*** die Straflosigkeit weltweit zu ***verstärken***; fordert alle Mitgliedstaaten auf, die Maßnahmen und Entscheidungen aller Organe des IStGH, einschließlich der Anklagebehörde und der Kammern, zu achten und ihre Arbeit als unabhängige und unparteiische internationale Justizeinrichtung zu unterstützen;	19. begrüßt die politische und finanzielle Unterstützung, die die EU dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), einschließlich der Anklagebehörde des IStGH, gewährt hat, ***sowie*** die Einleitung der „Global initiative to fight against impunity for international crimes: make justice work!“ (Globale Initiative zur Bekämpfung der Straflosigkeit bei internationalen Verbrechen: Justiz anwenden!), in deren Rahmen ***Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich für Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht bei internationalen Verbrechen und schweren Menschenrechtsverletzungen einsetzen, unter anderem durch eine stärkere Beteiligung von Überlebenden*** an ***den Verfahren, eine finanzielle*** Unterstützung zuteil ***wurde***; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ***ihre Unterstützung für*** den IStGH mit den erforderlichen Mitteln***, einschließlich*** Ressourcen ***und politischer Rückendeckung, fortzusetzen und*** zu ***verstärken*** und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um die Straflosigkeit weltweit zu ***bekämpfen***; fordert alle Mitgliedstaaten

auf, die Maßnahmen und Entscheidungen aller Organe des IStGH, einschließlich der Anklagebehörde und der Kammern, zu achten***, um andere Länder nachdrücklich zum Beitritt zum und zur Zusammenarbeit mit dem IStGH zu bewegen, auch um Strafbefehle des IStGH zu vollstrecken,*** und ihre Arbeit als unabhängige und unparteiische internationale Justizeinrichtung ***überall auf der Welt*** zu unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 352
András László

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. begrüßt die politische und finanzielle Unterstützung, die die EU dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), einschließlich der Anklagebehörde des IStGH, gewährt hat, nicht zuletzt durch die Einleitung der „Global initiative to fight against impunity for international crimes: make justice work!“ (Globale Initiative zur Bekämpfung der Straflosigkeit bei internationalen Verbrechen: Justiz anwenden!), in deren Rahmen dem IStGH 20 Mio. EUR an Unterstützung zuteil wurden; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den IStGH weiterhin mit den erforderlichen Mitteln und Ressourcen zu unterstützen und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um den Kampf gegen die Straflosigkeit weltweit zu verstärken; ***fordert alle Mitgliedstaaten auf, die Maßnahmen und Entscheidungen aller Organe des IStGH, einschließlich der Anklagebehörde und der Kammern, zu achten und ihre Arbeit als unabhängige und unparteiische internationale***	19. begrüßt die politische und finanzielle Unterstützung, die die EU dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), einschließlich der Anklagebehörde des IStGH, gewährt hat, nicht zuletzt durch die Einleitung der „Global initiative to fight against impunity for international crimes: make justice work!“ (Globale Initiative zur Bekämpfung der Straflosigkeit bei internationalen Verbrechen: Justiz anwenden!), in deren Rahmen dem IStGH 20 Mio. EUR an Unterstützung zuteil wurden; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den IStGH weiterhin mit den erforderlichen Mitteln und Ressourcen zu unterstützen und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um den Kampf gegen die Straflosigkeit weltweit zu verstärken;

Justizeinrichtung zu unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 353
Tomasz Froelich

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. begrüßt die politische und finanzielle Unterstützung, die die EU dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), einschließlich der Anklagebehörde des IStGH, gewährt hat, nicht zuletzt durch die Einleitung der „Global initiative to fight against impunity for international crimes: make justice work!“ (Globale Initiative zur Bekämpfung der Straflosigkeit bei internationalen Verbrechen: Justiz anwenden!), in deren Rahmen dem IStGH 20 Mio. EUR an Unterstützung zuteil wurden; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den IStGH weiterhin mit den erforderlichen Mitteln und Ressourcen zu unterstützen und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um den Kampf gegen die Straflosigkeit weltweit zu verstärken; fordert alle Mitgliedstaaten auf, die Maßnahmen und Entscheidungen aller Organe des IStGH, einschließlich der Anklagebehörde und der Kammern, zu achten und ihre Arbeit als unabhängige und unparteiische internationale Justizeinrichtung zu unterstützen;	19. begrüßt die politische und finanzielle Unterstützung, die die EU dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), einschließlich der Anklagebehörde des IStGH, gewährt hat, nicht zuletzt durch die Einleitung der „Global initiative to fight against impunity for international crimes: make justice work!“ (Globale Initiative zur Bekämpfung der Straflosigkeit bei internationalen Verbrechen: Justiz anwenden!), in deren Rahmen dem IStGH 20 Mio. EUR an Unterstützung zuteil wurden; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den IStGH weiterhin mit den erforderlichen Mitteln und Ressourcen zu unterstützen und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um den Kampf gegen die Straflosigkeit weltweit zu verstärken; fordert alle Mitgliedstaaten auf, die Maßnahmen und Entscheidungen aller Organe des IStGH, einschließlich der Anklagebehörde und der Kammern, zu achten und ihre Arbeit als unabhängige und unparteiische internationale Justizeinrichtung zu unterstützen; ***fordert den IStGH auf, die Empfehlungen der unabhängigen Sachverständigenprüfung (Independent Expert Review) vollständig umzusetzen;***

Or. de

Änderungsantrag 354
Alice Teodorescu Måwe

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. begrüßt die politische und finanzielle Unterstützung, die die EU dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), einschließlich der Anklagebehörde des IStGH, gewährt hat, nicht zuletzt durch die Einleitung der „Global initiative to fight against impunity for international crimes: make justice work!“ (Globale Initiative zur Bekämpfung der Straflosigkeit bei internationalen Verbrechen: Justiz anwenden!), in deren Rahmen dem IStGH 20 Mio. EUR an Unterstützung zuteil wurden; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den IStGH weiterhin mit den erforderlichen Mitteln und Ressourcen zu unterstützen und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um den Kampf gegen die Straflosigkeit weltweit zu verstärken; fordert alle Mitgliedstaaten auf, die Maßnahmen und Entscheidungen aller Organe des IStGH, einschließlich der Anklagebehörde und der Kammern, zu achten und ihre Arbeit als unabhängige und unparteiische internationale Justizeinrichtung zu unterstützen;	19. begrüßt die politische und finanzielle Unterstützung, die die EU dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), einschließlich der Anklagebehörde des IStGH, gewährt hat, nicht zuletzt durch die Einleitung der „Global initiative to fight against impunity for international crimes: make justice work!“ (Globale Initiative zur Bekämpfung der Straflosigkeit bei internationalen Verbrechen: Justiz anwenden!), in deren Rahmen dem IStGH 20 Mio. EUR an Unterstützung zuteil wurden; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den IStGH weiterhin mit den erforderlichen Mitteln und Ressourcen zu unterstützen und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um den Kampf gegen die Straflosigkeit weltweit zu verstärken; fordert alle Mitgliedstaaten auf, die Maßnahmen und Entscheidungen aller Organe des IStGH, einschließlich der Anklagebehörde und der Kammern, zu achten und ihre Arbeit als unabhängige und unparteiische internationale Justizeinrichtung zu unterstützen; ***betont, dass es wichtig ist, den IStGH nicht zu politisieren, da das Vertrauen in den Gerichtshof untergraben wird, wenn das Mandat missbraucht wird;***

Or. sv

Änderungsantrag 355
Mounir Satouri

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. begrüßt die politische und finanzielle Unterstützung, die die EU dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), einschließlich der Anklagebehörde des IStGH, gewährt hat, ***nicht zuletzt durch*** die Einleitung der „Global initiative to fight against impunity for international crimes: make justice work!“ (Globale Initiative zur Bekämpfung der Straflosigkeit bei internationalen Verbrechen: Justiz anwenden!)***, in deren Rahmen dem IStGH 20 Mio. EUR an Unterstützung zuteil wurden***; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den IStGH weiterhin mit den erforderlichen Mitteln und Ressourcen zu unterstützen und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um den Kampf gegen die Straflosigkeit weltweit zu verstärken; fordert alle Mitgliedstaaten auf, die Maßnahmen und Entscheidungen aller Organe des IStGH, einschließlich der Anklagebehörde und der Kammern, zu achten und ihre Arbeit als unabhängige und unparteiische internationale Justizeinrichtung zu unterstützen;	19. begrüßt die politische und finanzielle Unterstützung, die die EU dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), einschließlich der Anklagebehörde des IStGH, gewährt hat, ***und lobt*** die Einleitung ***des von*** der ***Zivilgesellschaft getragenen Programms*** „Global initiative to fight against impunity for international crimes: make justice work!“ (Globale Initiative zur Bekämpfung der Straflosigkeit bei internationalen Verbrechen: Justiz anwenden!); fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den IStGH weiterhin mit den erforderlichen Mitteln und Ressourcen zu unterstützen und ***diese Unterstützung zu verstärken – auch für den vom Internationalen Strafgerichtshof eingerichteten Treuhandfonds zugunsten der Opfer – sowie*** alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um den Kampf gegen die Straflosigkeit weltweit zu verstärken; fordert alle Mitgliedstaaten auf, die Maßnahmen und Entscheidungen aller Organe des IStGH, einschließlich der Anklagebehörde und der Kammern, zu achten und ihre Arbeit als unabhängige und unparteiische internationale Justizeinrichtung zu unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 356
Barry Andrews, Petras Auštrevičius, Lucia Yar, Ilhan Kyuchyuk, Jan-Christoph Oetjen

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. begrüßt die politische und finanzielle Unterstützung, die die EU dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), einschließlich der Anklagebehörde des IStGH, gewährt hat, nicht zuletzt durch die	19. begrüßt die politische und finanzielle Unterstützung, die die EU dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), einschließlich der Anklagebehörde des IStGH, gewährt hat, nicht zuletzt durch die

Einleitung der „Global initiative to fight against impunity for international crimes: make justice work!“ (Globale Initiative zur Bekämpfung der Straflosigkeit bei internationalen Verbrechen: Justiz anwenden!), in deren Rahmen dem IStGH 20 Mio. EUR an Unterstützung zuteil wurden; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den IStGH weiterhin mit den erforderlichen Mitteln und Ressourcen zu unterstützen und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um den Kampf gegen die Straflosigkeit weltweit zu verstärken; fordert alle Mitgliedstaaten auf, die Maßnahmen und Entscheidungen aller Organe des IStGH, einschließlich der Anklagebehörde und der Kammern, zu achten und ihre Arbeit als unabhängige und unparteiische internationale Justizeinrichtung zu unterstützen;

Einleitung der „Global initiative to fight against impunity for international crimes: make justice work!“ (Globale Initiative zur Bekämpfung der Straflosigkeit bei internationalen Verbrechen: Justiz anwenden!), in deren Rahmen dem IStGH 20 Mio. EUR an Unterstützung zuteil wurden; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den IStGH weiterhin mit den erforderlichen Mitteln und Ressourcen zu unterstützen und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um den Kampf gegen die Straflosigkeit weltweit zu verstärken; fordert alle Mitgliedstaaten auf, die Maßnahmen und Entscheidungen aller Organe des IStGH, einschließlich der Anklagebehörde und der Kammern, zu achten und ***umzusetzen und*** ihre Arbeit als unabhängige und unparteiische internationale Justizeinrichtung zu unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 357
Nacho Sánchez Amor, Francisco Assis

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. begrüßt die politische und finanzielle Unterstützung, die die EU dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), einschließlich der Anklagebehörde des IStGH, gewährt hat, nicht zuletzt durch die Einleitung der „Global initiative to fight against impunity for international crimes: make justice work!“ (Globale Initiative zur Bekämpfung der Straflosigkeit bei internationalen Verbrechen: Justiz anwenden!), in deren Rahmen dem IStGH 20 Mio. EUR an Unterstützung zuteil wurden; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den IStGH weiterhin	19. begrüßt die politische und finanzielle Unterstützung, die die EU dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), einschließlich der Anklagebehörde des IStGH, gewährt hat, nicht zuletzt durch die Einleitung der „Global initiative to fight against impunity for international crimes: make justice work!“ (Globale Initiative zur Bekämpfung der Straflosigkeit bei internationalen Verbrechen: Justiz anwenden!), in deren Rahmen dem IStGH 20 Mio. EUR an Unterstützung zuteil wurden; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den IStGH weiterhin

mit den erforderlichen Mitteln und Ressourcen zu unterstützen und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um den Kampf gegen die Straflosigkeit weltweit zu verstärken; fordert alle Mitgliedstaaten auf, die Maßnahmen und Entscheidungen aller Organe des IStGH, einschließlich der Anklagebehörde und der Kammern, zu achten und ihre Arbeit als unabhängige und unparteiische internationale Justizeinrichtung zu unterstützen;

mit den erforderlichen Mitteln und Ressourcen zu unterstützen und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um den Kampf gegen die Straflosigkeit weltweit zu verstärken; fordert alle Mitgliedstaaten auf, die Maßnahmen und Entscheidungen aller Organe des IStGH, einschließlich der Anklagebehörde und der Kammern, zu achten und ***durchzusetzen und*** ihre Arbeit als unabhängige und unparteiische internationale Justizeinrichtung zu unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 358
Susanna Ceccardi, Roberto Vannacci, Silvia Sardone

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. ***begrüßt*** die politische und finanzielle Unterstützung, die die EU dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), einschließlich der Anklagebehörde des IStGH, gewährt hat, nicht zuletzt durch die Einleitung der „Global initiative to fight against impunity for international crimes: make justice work!“ (Globale Initiative zur Bekämpfung der Straflosigkeit bei internationalen Verbrechen: Justiz anwenden!), in deren Rahmen dem IStGH 20 Mio. EUR an Unterstützung zuteil wurden; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den IStGH weiterhin mit den erforderlichen Mitteln und Ressourcen zu unterstützen und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um den Kampf gegen die Straflosigkeit weltweit zu verstärken; fordert alle Mitgliedstaaten auf, die Maßnahmen und Entscheidungen aller Organe des IStGH, einschließlich der Anklagebehörde und der Kammern, zu	19. ***nimmt*** die politische und finanzielle Unterstützung ***zur Kenntnis***, die die EU dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), einschließlich der Anklagebehörde des IStGH, gewährt hat, nicht zuletzt durch die Einleitung der „Global initiative to fight against impunity for international crimes: make justice work!“ (Globale Initiative zur Bekämpfung der Straflosigkeit bei internationalen Verbrechen: Justiz anwenden!), in deren Rahmen dem IStGH 20 Mio. EUR an Unterstützung zuteil wurden; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den IStGH weiterhin mit den erforderlichen Mitteln und Ressourcen zu unterstützen und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen, um den Kampf gegen die Straflosigkeit weltweit zu verstärken; fordert alle Mitgliedstaaten auf, die Maßnahmen und Entscheidungen aller Organe des IStGH, einschließlich der Anklagebehörde und der Kammern, zu

achten und ihre Arbeit als unabhängige und unparteiische internationale Justizeinrichtung zu unterstützen;

achten und ihre Arbeit als unabhängige und unparteiische internationale Justizeinrichtung zu unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 359
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. betont in diesem Zusammenhang, dass der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehle gegen Wladimir Putin und die russische Kommissarin für Kinderrechte Maria Lwowa-Belowa erlassen hat; weist darauf hin, dass die Haftbefehle aufgrund der Beteiligung dieser Personen an der Entführung ukrainischer Kinder nach Russland erlassen wurden; betont, dass jeder Vertragsstaat des Internationalen Strafgerichtshofs verpflichtet ist, gesuchte Personen zu verhaften; verurteilt aufs Schärfste, dass die mongolischen Staatsorgane den Haftbefehl missachteten, als Wladimir Putin das Land am 3. September 2024 besuchte;

Or. fi

Änderungsantrag 360
Mounir Satouri

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. bekräftigt, dass die EU den Internationalen Gerichtshof und den IStGH in dieser besonders schwierigen Zeit für	20. bekräftigt, dass die EU den Internationalen Gerichtshof und den IStGH ***als unabhängige und unparteiische***

die internationale Gerichtsbarkeit nachdrücklich unterstützt; weist mit großer Besorgnis auf die beunruhigende und zunehmende Tendenz hin, dass die Entscheidungen internationaler Einrichtungen und ihrer Mitarbeiter von Staatsbeamten untergraben werden;	***Justizeinrichtungen*** in dieser besonders schwierigen Zeit für die internationale Gerichtsbarkeit nachdrücklich unterstützt; weist mit großer Besorgnis auf die beunruhigende und zunehmende Tendenz hin, dass die Entscheidungen internationaler Einrichtungen und ihrer Mitarbeiter von Staatsbeamten untergraben werden; ***verurteilt insbesondere die politischen Angriffe, Sanktionen und anderen Zwangsmaßnahmen, die gegen den Internationalen Strafgerichtshof selbst und gegen sein Personal eingeführt wurden oder geplant sind, aufs Schärfste; fordert die Mitgliedstaaten und die Organe der EU auf, gemeinsam an Lösungen zu arbeiten, um künftige Sanktionen gegen den IStGH oder seine Mitarbeiter, die die Arbeitsweise des Gerichtshofs oder gar seine Existenz gefährden würden, zu verhindern.***
	Or. en

Änderungsantrag 361
Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. bekräftigt, dass die EU den Internationalen Gerichtshof und den IStGH in dieser besonders schwierigen Zeit für die internationale Gerichtsbarkeit nachdrücklich unterstützt; weist mit großer Besorgnis auf die beunruhigende und zunehmende Tendenz hin, dass die Entscheidungen internationaler Einrichtungen und ihrer Mitarbeiter von Staatsbeamten untergraben werden;	20. bekräftigt, dass die EU den Internationalen Gerichtshof und den IStGH in dieser besonders schwierigen Zeit für die internationale Gerichtsbarkeit nachdrücklich unterstützt; weist mit großer Besorgnis auf die beunruhigende und zunehmende Tendenz hin, dass die Entscheidungen internationaler Einrichtungen und ihrer Mitarbeiter von Staatsbeamten untergraben werden; ***fordert die internationale Gemeinschaft auf, die vom Internationalen Strafgerichtshof erlassenen Haftbefehle zu vollstrecken; ist der Ansicht, dass es schwerwiegende Folgen haben sollte, wenn ein***

Unterzeichnerstaat des Römischen Statuts nicht seiner völkerrechtlichen Verpflichtung nachkommt, Putin zu verhaften, und betont, wie wichtig die internationale Zusammenarbeit ist, wenn es darum geht, die Verantwortlichen für Kriegsverbrechen zur Rechenschaft zu ziehen und den Opfern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen;

Or. pl

Änderungsantrag 362
Hana Jalloul Muro

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. bekräftigt, dass die EU den Internationalen Gerichtshof und den IStGH in dieser besonders schwierigen Zeit für ***die internationale Gerichtsbarkeit*** nachdrücklich unterstützt; weist mit großer Besorgnis auf die beunruhigende und zunehmende Tendenz hin, dass die Entscheidungen internationaler Einrichtungen und ihrer Mitarbeiter von Staatsbeamten untergraben werden;	20. bekräftigt, dass die EU den Internationalen Gerichtshof und den IStGH ***als unverzichtbare Einrichtungen zur Wahrung der internationalen Gerichtsbarkeit*** in dieser besonders schwierigen Zeit für ***den Multilateralismus*** nachdrücklich unterstützt; weist mit großer Besorgnis auf die beunruhigende und zunehmende Tendenz hin, dass die Entscheidungen internationaler Einrichtungen und ihrer Mitarbeiter von Staatsbeamten untergraben werden; ***weist erneut darauf hin, dass es die Unabhängigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs, wie sie im Römischen Statut verankert ist, nachdrücklich unterstützt, und fordert alle Mitgliedstaaten auf, diese Unabhängigkeit zu achten und zu schützen, indem sie von jeglichen Handlungen absehen, die die Unparteilichkeit des Strafgerichtshofs untergraben könnten;***

Or. en

Änderungsantrag 363
Tomasz Froelich

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. bekräftigt, dass die EU den Internationalen Gerichtshof und den IStGH in dieser besonders schwierigen Zeit für die internationale Gerichtsbarkeit nachdrücklich unterstützt; weist mit großer Besorgnis auf die beunruhigende und zunehmende Tendenz hin, dass die Entscheidungen internationaler Einrichtungen und ihrer Mitarbeiter von Staatsbeamten untergraben werden;	20. bekräftigt, dass die EU den Internationalen Gerichtshof und den IStGH in dieser besonders schwierigen Zeit für die internationale Gerichtsbarkeit nachdrücklich unterstützt; weist mit großer Besorgnis auf die beunruhigende und zunehmende Tendenz hin, dass die Entscheidungen internationaler Einrichtungen und ihrer Mitarbeiter von Staatsbeamten untergraben werden; ***ist der Ansicht, dass die Unparteilichkeit der Richter des Internationalen Gerichtshofes und des IStGH von wesentlicher Bedeutung zur Wahrung der Glaubwürdigkeit ist; hält es für wesentlich, dass der Internationale Gerichtshof und der IStGH nicht als politisches Instrument eingesetzt werden;***

Or. de

Änderungsantrag 364
Barry Andrews, Petras Auštrevičius, Lucia Yar, Ilhan Kyuchyuk, Jan-Christoph Oetjen

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. bekräftigt, dass die EU den Internationalen Gerichtshof und den IStGH in dieser besonders schwierigen Zeit für die internationale Gerichtsbarkeit nachdrücklich unterstützt; weist mit großer Besorgnis auf die beunruhigende und zunehmende Tendenz hin, dass die Entscheidungen internationaler Einrichtungen und ihrer Mitarbeiter von Staatsbeamten untergraben werden;	20. bekräftigt, dass die EU den Internationalen Gerichtshof und den IStGH in dieser besonders schwierigen Zeit für die internationale Gerichtsbarkeit nachdrücklich unterstützt; ***fordert die Organe der EU und alle Mitgliedstaaten auf, die Maßnahmen und Entscheidungen aller Organe des IGH zu achten und umzusetzen;*** weist mit großer Besorgnis auf die beunruhigende und zunehmende

Tendenz hin, dass die Entscheidungen internationaler Einrichtungen und ihrer Mitarbeiter von Staatsbeamten untergraben werden; ***fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den Internationalen Gerichtshof, sein Personal und diejenigen, die mit ihm zusammenarbeiten, vor Bedrohungen und Angriffen zu schützen;***

Or. en

Änderungsantrag 365
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. bekräftigt, dass die EU den Internationalen Gerichtshof und den IStGH in dieser besonders schwierigen Zeit für die internationale Gerichtsbarkeit nachdrücklich unterstützt; ***weist mit großer Besorgnis auf*** die beunruhigende und zunehmende Tendenz ***hin***, ***dass*** die Entscheidungen internationaler Einrichtungen und ihrer Mitarbeiter von ***Staatsbeamten untergraben werden***;	20. bekräftigt, dass die EU den Internationalen Gerichtshof und den IStGH in dieser besonders schwierigen Zeit für die internationale Gerichtsbarkeit nachdrücklich unterstützt; ***verurteilt*** die beunruhigende und zunehmende Tendenz ***von Staatsbeamten***, die Entscheidungen internationaler Einrichtungen und ihrer Mitarbeiter ***sowie derjenigen, die mit ihnen zusammenarbeiten, zu untergraben; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den Internationalen Strafgerichtshof, sein Personal und diejenigen, die mit ihm zusammenarbeiten, unabhängig*** von ***der Herkunft dieser Bedrohungen vor Bedrohungen und Angriffen zu schützen***;

Or. en

Änderungsantrag 366
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag

Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. bekräftigt, dass die EU den Internationalen Gerichtshof und den IStGH in dieser besonders schwierigen Zeit für die internationale Gerichtsbarkeit nachdrücklich unterstützt; ***weist mit großer Besorgnis auf*** die beunruhigende und zunehmende Tendenz ***hin***, ***dass*** die Entscheidungen internationaler Einrichtungen und ihrer Mitarbeiter ***von Staatsbeamten*** untergraben ***werden***;	20. bekräftigt, dass die EU den Internationalen Gerichtshof und den IStGH in dieser besonders schwierigen Zeit für die internationale Gerichtsbarkeit nachdrücklich unterstützt; ***verurteilt*** die beunruhigende und zunehmende Tendenz ***von Staatsbeamten***, die Entscheidungen internationaler Einrichtungen und ihrer Mitarbeiter ***sowie derjenigen, die mit ihnen zusammenarbeiten, zu*** untergraben***; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, den Internationalen Strafgerichtshof, sein Personal und diejenigen, die mit ihm zusammenarbeiten, vor Bedrohungen und Angriffen zu schützen***;

Or. en

Änderungsantrag 367
András László

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. bekräftigt, dass die EU den Internationalen Gerichtshof und den IStGH in dieser besonders schwierigen Zeit für die internationale Gerichtsbarkeit nachdrücklich unterstützt; ***weist mit großer Besorgnis auf die beunruhigende und zunehmende Tendenz hin, dass die Entscheidungen internationaler Einrichtungen und ihrer Mitarbeiter von Staatsbeamten untergraben werden;***	20. bekräftigt, dass die EU den Internationalen Gerichtshof und den IStGH in dieser besonders schwierigen Zeit für die internationale Gerichtsbarkeit nachdrücklich unterstützt;

Or. en

Änderungsantrag 368
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert

Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. bekräftigt, dass die EU den Internationalen Gerichtshof und den IStGH in dieser besonders schwierigen Zeit für die internationale Gerichtsbarkeit nachdrücklich unterstützt; weist mit großer Besorgnis auf die beunruhigende und zunehmende Tendenz hin, dass die Entscheidungen internationaler Einrichtungen und ihrer Mitarbeiter von Staatsbeamten untergraben werden;	20. bekräftigt, dass die EU den Internationalen Gerichtshof und den IStGH in dieser besonders schwierigen Zeit für die internationale Gerichtsbarkeit nachdrücklich unterstützt; weist mit großer Besorgnis auf die beunruhigende und zunehmende Tendenz hin, dass die Entscheidungen internationaler Einrichtungen und ihrer Mitarbeiter von Staatsbeamten untergraben werden; ***bedauert, dass einige IStGH-Mitgliedstaaten die Haftbefehle des IStGH nicht vollstrecken und damit die Arbeit des Gerichtshofs untergraben;***

Or. en

Änderungsantrag 369
Isabel Wiseler-Lima

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. bekräftigt, dass die EU den Internationalen Gerichtshof und den IStGH in dieser besonders schwierigen Zeit für die internationale Gerichtsbarkeit nachdrücklich unterstützt; ***weist mit großer Besorgnis*** auf ***die beunruhigende und zunehmende Tendenz hin***, ***dass*** die ***Entscheidungen internationaler Einrichtungen und ihrer Mitarbeiter von Staatsbeamten untergraben werden***;	20. bekräftigt, dass die EU den Internationalen Gerichtshof und den IStGH in dieser besonders schwierigen Zeit für die internationale Gerichtsbarkeit nachdrücklich unterstützt; ***fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten*** auf***, den Internationalen Strafgerichtshof, sein Personal und diejenigen***, die ***mit ihm zusammenarbeiten, vor Bedrohungen und Angriffen zu schützen***;

Or. en

Änderungsantrag 370
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. fordert Unterstützung für die Initiative der Republik Südafrika, Israel wegen Kriegsverbrechen und Völkermord im Gazastreifen vor Gericht zu bringen; fordert die Mitgliedstaaten auf, den IGH zu unterstützen und Israel aufzufordern, den gerichtlichen Anordnungen des Gerichts vom Januar, März und Mai 2024 unverzüglich nachzukommen, mit denen der IGH Israel anordnete, den Völkermord an den Palästinensern zu verhindern und dafür zu sorgen, dass notwendige Hilfe in den Gazastreifen gelangt;

Or. en

Änderungsantrag 371
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. fordert die EU nachdrücklich auf, Präventivmaßnahmen zu ergreifen, um den IStGH wirksam vor der möglichen Verabschiedung der im US-Repräsentantenhaus anhängigen Gesetzgebung zu schützen, mit der gezielte Sanktionen gegen die Richter, das Personal und die Rechtssachverständigen des IStGH verhängt werden sollen, um die nachteiligen Folgen für die Arbeit des Gerichtshofs abzumildern;

Or. en

Änderungsantrag 372
Isabel Wiseler-Lima

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. erkennt die universelle Gerichtsbarkeit als wichtiges Instrument des internationalen Strafrechtssystems an, um Straflosigkeit zu verhindern und zu bekämpfen und die internationale Rechenschaftspflicht zu fördern; fordert die Mitgliedstaaten auf, bei der Bekämpfung der Straflosigkeit das Prinzip der universellen Gerichtsbarkeit anzuwenden;

Or. en

Änderungsantrag 373
András László

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. bekräftigt, dass internationale Gerichte unabhängig und unparteiisch sein müssen;

Or. en

Änderungsantrag 374
Petras Auštrevičius, Urmas Paet, Lucia Yar, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Jan-Christoph Oetjen, Nathalie Loiseau, Dan Barna

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

21. weist mit Besorgnis auf die zunehmende Missachtung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen hin, insbesondere im Rahmen der anhaltenden Konflikte in der Welt; betont, dass es unerlässlich ist, dass humanitäre Hilfsorganisationen allen schutzbedürftigen Menschen uneingeschränkt, zeitnah und ungehindert Hilfe leisten können, und fordert alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien auf, Zivilisten ***und*** humanitäres und medizinisches Personal zu schützen; fordert alle Staaten auf, das humanitäre Völkerrecht bedingungslos und uneingeschränkt zu achten; fordert die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Mitgliedstaaten auf, die Rechenschaftspflicht und das Vorgehen gegen die Straflosigkeit bei schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht zu fördern; fordert, dass, wann immer notwendig, in Kriegsregionen und in Gefechtssituationen systematisch humanitäre Korridore eingerichtet werden, damit gefährdete Zivilisten den Konflikten entkommen können, und verurteilt alle Angriffe auf Zivilisten auf das Schärfste;

21. weist mit Besorgnis auf die zunehmende Missachtung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen hin, insbesondere im Rahmen der anhaltenden Konflikte in der Welt; betont, dass es unerlässlich ist, dass humanitäre Hilfsorganisationen allen schutzbedürftigen Menschen uneingeschränkt, zeitnah und ungehindert Hilfe leisten können, und fordert alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien auf, Zivilisten***,*** humanitäres und medizinisches Personal ***sowie Journalisten und Medienschaffende*** zu schützen; fordert alle Staaten auf, das humanitäre Völkerrecht bedingungslos und uneingeschränkt zu achten; fordert die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Mitgliedstaaten auf, die Rechenschaftspflicht und das Vorgehen gegen die Straflosigkeit bei schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht zu fördern; fordert, dass, wann immer notwendig, in Kriegsregionen und in Gefechtssituationen systematisch humanitäre Korridore eingerichtet werden, damit gefährdete Zivilisten den Konflikten entkommen können, und verurteilt alle Angriffe auf Zivilisten auf das Schärfste; ***fordert den ungehinderten Zugang zu humanitären Organisationen, die Kriegsgefangene überwachen und unterstützen, wie dies im Genfer Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen vorgesehen ist; bringt seine Besorgnis über die gemeldeten Missstände und Unzulänglichkeiten des Russischen Roten Kreuzes bei der Unterstützung ukrainischer Kriegsgefangener und der Unterrichtung ihrer Familien über den Ort ihrer Inhaftierung zum Ausdruck und erwartet, dass die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung im Einklang mit ihrer Satzung unverzüglich tätig wird; fordert internationale Zusammenarbeit und Unterstützung bei der Rückführung von gewaltsam abgeschobenen und rechtswidrig adoptierten ukrainischen***

Kindern aus der Russischen Föderation;

Or. en

Änderungsantrag 375
Hana Jalloul Muro

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. weist mit Besorgnis auf die zunehmende Missachtung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen hin, insbesondere im Rahmen der anhaltenden Konflikte in ***der Welt***; betont, dass es unerlässlich ist, dass humanitäre Hilfsorganisationen allen schutzbedürftigen Menschen uneingeschränkt, zeitnah und ungehindert Hilfe leisten können, und fordert alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien auf, Zivilisten ***und*** humanitäres und medizinisches Personal zu schützen; fordert alle Staaten auf, das humanitäre Völkerrecht bedingungslos und uneingeschränkt zu achten; fordert die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Mitgliedstaaten auf, die Rechenschaftspflicht und das Vorgehen gegen die Straflosigkeit bei schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht zu fördern; fordert, dass, wann immer notwendig, in Kriegsregionen und in Gefechtssituationen systematisch humanitäre Korridore eingerichtet werden, damit gefährdete Zivilisten den Konflikten entkommen können, und verurteilt alle Angriffe auf Zivilisten auf das Schärfste;	21. weist mit Besorgnis auf die zunehmende Missachtung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen hin, insbesondere im Rahmen der anhaltenden Konflikte***,*** in ***denen wahllos Zivilpersonen angegriffen werden***; betont, dass es unerlässlich ist, dass humanitäre Hilfsorganisationen allen schutzbedürftigen Menschen uneingeschränkt, zeitnah und ungehindert Hilfe leisten können, und fordert alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien auf, ***ihre Arbeit in vollem Umfang zu respektieren und sicherzustellen, dass sie die Grundversorgung der Zivilbevölkerung ungehindert gewährleisten können; fordert alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien nachdrücklich auf,*** Zivilisten***, Journalisten sowie*** humanitäres und medizinisches Personal zu schützen; fordert alle Staaten auf, ***die internationalen Menschenrechtsnormen und*** das humanitäre Völkerrecht bedingungslos und uneingeschränkt zu achten; fordert die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Mitgliedstaaten auf, die Rechenschaftspflicht und das Vorgehen gegen die Straflosigkeit bei schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht zu fördern ***und den IGH und den IStGH bei der Erfüllung ihrer Mandate als unverzichtbare Einrichtungen zur Wahrung der***

internationalen Gerichtsbarkeit zu unterstützen; fordert, dass, wann immer notwendig, in Kriegsregionen und in Gefechtssituationen systematisch humanitäre Korridore eingerichtet werden, damit gefährdete Zivilisten den Konflikten entkommen können, und verurteilt alle Angriffe auf Zivilisten auf das Schärfste;

Or. en

Änderungsantrag 376
Arkadiusz Mularczyk
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. weist mit Besorgnis auf die zunehmende Missachtung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen hin, insbesondere im Rahmen der anhaltenden Konflikte in der Welt; betont, dass es unerlässlich ist, dass humanitäre Hilfsorganisationen allen schutzbedürftigen Menschen uneingeschränkt, zeitnah und ungehindert Hilfe leisten können, und fordert alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien auf, Zivilisten und humanitäres und medizinisches Personal zu schützen; fordert alle Staaten auf, das humanitäre Völkerrecht bedingungslos und uneingeschränkt zu achten; fordert die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Mitgliedstaaten auf, die Rechenschaftspflicht und das Vorgehen gegen die Straflosigkeit bei schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht zu fördern; fordert, dass, wann immer notwendig, in Kriegsregionen und in Gefechtssituationen systematisch humanitäre Korridore eingerichtet werden, damit gefährdete Zivilisten den Konflikten entkommen können, und verurteilt alle	21. weist mit Besorgnis auf die zunehmende Missachtung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen hin, insbesondere im Rahmen der anhaltenden Konflikte in der Welt; betont, dass es unerlässlich ist, dass humanitäre Hilfsorganisationen allen schutzbedürftigen Menschen uneingeschränkt, zeitnah und ungehindert Hilfe leisten können, und fordert alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien auf, Zivilisten und humanitäres und medizinisches Personal zu schützen; ***betont, dass dringend die anhaltende humanitäre Krise angegangen werden muss, die durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verursacht wurde, der bereits Millionen von Menschen sowohl innerhalb der EU als auch über die Grenzen der EU hinaus vertrieben hat, und fordert einen verstärkten Schutz dieser Vertriebenen;*** fordert alle Staaten auf, das humanitäre Völkerrecht bedingungslos und uneingeschränkt zu achten; fordert die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Mitgliedstaaten auf, die

Angriffe auf Zivilisten auf das Schärfste;	Rechenschaftspflicht und das Vorgehen gegen die Straflosigkeit bei schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht zu fördern; fordert, dass, wann immer notwendig, in Kriegsregionen und in Gefechtssituationen systematisch humanitäre Korridore eingerichtet werden, damit gefährdete Zivilisten den Konflikten entkommen können, und verurteilt alle Angriffe auf Zivilisten auf das Schärfste;

Or. en

Änderungsantrag 377
Nacho Sánchez Amor, Francisco Assis

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. weist mit Besorgnis auf die zunehmende Missachtung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen hin, insbesondere im Rahmen der anhaltenden Konflikte in der Welt; betont, dass es unerlässlich ist, dass humanitäre Hilfsorganisationen allen schutzbedürftigen Menschen uneingeschränkt, zeitnah und ungehindert Hilfe leisten können, und fordert alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien auf, Zivilisten und humanitäres und medizinisches Personal zu schützen; fordert alle Staaten auf, das humanitäre Völkerrecht bedingungslos und uneingeschränkt zu achten; fordert die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Mitgliedstaaten auf, die Rechenschaftspflicht und das Vorgehen gegen die Straflosigkeit bei schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht zu fördern; fordert, dass, wann immer notwendig, in Kriegsregionen und in Gefechtssituationen systematisch humanitäre Korridore eingerichtet werden, damit gefährdete Zivilisten den Konflikten	21. weist mit Besorgnis auf die zunehmende Missachtung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen hin, insbesondere im Rahmen der anhaltenden Konflikte in der Welt; ***verurteilt die ständigen Versuche, die Vereinten Nationen, ihren Generalsekretär und ihre Organisationen wie das UNRWA zu unterwandern und zu diskreditieren, sowie die Angriffe auf ihre Friedenssicherungsmissionen;*** betont, dass es unerlässlich ist, dass humanitäre Hilfsorganisationen allen schutzbedürftigen Menschen uneingeschränkt, zeitnah und ungehindert Hilfe leisten können, und fordert alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien auf, Zivilisten und humanitäres und medizinisches Personal zu schützen; fordert alle Staaten auf, das humanitäre Völkerrecht bedingungslos und uneingeschränkt zu achten; fordert die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Mitgliedstaaten auf, die Rechenschaftspflicht und das Vorgehen gegen die Straflosigkeit bei schweren

entkommen können, und verurteilt alle Angriffe auf Zivilisten auf das Schärfste;

Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht zu fördern; fordert, dass, wann immer notwendig, in Kriegsregionen und in Gefechtssituationen systematisch humanitäre Korridore eingerichtet werden, damit gefährdete Zivilisten den Konflikten entkommen können, und verurteilt alle Angriffe auf Zivilisten auf das Schärfste;

Or. en

Änderungsantrag 378
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. weist mit Besorgnis auf die zunehmende Missachtung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen hin, insbesondere im Rahmen der anhaltenden Konflikte in der Welt; betont, dass es unerlässlich ist, dass humanitäre Hilfsorganisationen allen schutzbedürftigen Menschen uneingeschränkt, zeitnah und ungehindert Hilfe leisten können, und fordert alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien auf, Zivilisten und humanitäres und medizinisches Personal zu schützen; fordert alle Staaten auf, das humanitäre Völkerrecht bedingungslos und uneingeschränkt zu achten; fordert die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Mitgliedstaaten auf, die Rechenschaftspflicht und das Vorgehen gegen die Straflosigkeit bei schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht zu fördern; fordert, dass, wann immer notwendig, in Kriegsregionen und in Gefechtssituationen systematisch humanitäre Korridore eingerichtet werden, damit gefährdete Zivilisten den Konflikten entkommen können, und verurteilt ***alle***	21. weist mit Besorgnis auf die zunehmende Missachtung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen hin, insbesondere im Rahmen der anhaltenden Konflikte in der Welt; ***verurteilt aufs Schärfste die Zunahme vorsätzlicher, wahlloser und unverhältnismäßiger Angriffe auf Zivilpersonen und zivile Objekte in zahlreichen Konfliktsituationen;*** betont, dass es unerlässlich ist, dass humanitäre Hilfsorganisationen allen schutzbedürftigen Menschen uneingeschränkt, zeitnah und ungehindert Hilfe leisten können, und fordert alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien auf, Zivilisten und humanitäres und medizinisches Personal zu schützen; fordert alle Staaten auf, das humanitäre Völkerrecht bedingungslos und uneingeschränkt zu achten; fordert die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Mitgliedstaaten auf, die Rechenschaftspflicht und das Vorgehen gegen die Straflosigkeit bei schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht zu fördern; fordert, dass, wann

Angriffe auf Zivilisten auf das Schärfste;	immer notwendig, in Kriegsregionen und in Gefechtssituationen systematisch humanitäre Korridore eingerichtet werden, damit gefährdete Zivilisten den Konflikten entkommen können, und verurteilt ***die jüngsten*** Angriffe auf Zivilisten auf das Schärfste;

Or. en

Änderungsantrag 379
Alice Teodorescu Måwe

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. weist mit Besorgnis auf die zunehmende Missachtung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen hin, insbesondere im Rahmen der anhaltenden Konflikte in der Welt; betont, dass es unerlässlich ist, dass humanitäre Hilfsorganisationen allen schutzbedürftigen Menschen uneingeschränkt, zeitnah und ungehindert Hilfe leisten können, und fordert alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien auf, Zivilisten und humanitäres und medizinisches Personal zu schützen; fordert alle Staaten auf, das humanitäre Völkerrecht bedingungslos und uneingeschränkt zu achten; fordert die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Mitgliedstaaten auf, die Rechenschaftspflicht und das Vorgehen gegen die Straflosigkeit bei schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht zu fördern; fordert, dass, wann immer notwendig, in Kriegsregionen und in Gefechtssituationen systematisch humanitäre Korridore eingerichtet werden, damit gefährdete Zivilisten den Konflikten entkommen können, und verurteilt alle Angriffe auf Zivilisten auf das Schärfste;	21. weist mit Besorgnis auf die zunehmende Missachtung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen hin, insbesondere im Rahmen der anhaltenden Konflikte in der Welt; betont, dass es unerlässlich ist, dass humanitäre Hilfsorganisationen allen schutzbedürftigen Menschen uneingeschränkt, zeitnah und ungehindert Hilfe leisten können, und fordert alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien auf, Zivilisten und humanitäres und medizinisches Personal zu schützen; fordert alle Staaten auf, das humanitäre Völkerrecht bedingungslos und uneingeschränkt zu achten; fordert die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Mitgliedstaaten auf, die Rechenschaftspflicht und das Vorgehen gegen die Straflosigkeit bei schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht zu fördern; fordert, dass, wann immer notwendig, in Kriegsregionen und in Gefechtssituationen systematisch humanitäre Korridore eingerichtet werden, damit gefährdete Zivilisten den Konflikten entkommen können, und verurteilt alle Angriffe auf Zivilisten auf das Schärfste; ***bekräftigt, dass der Einsatz menschlicher***

Schutzschilde in Konflikten inakzeptabel ist, und verurteilt Geiselnahmen aufs Schärfste;

Or. sv

Änderungsantrag 380
Lucia Yar, Barry Andrews, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. weist mit Besorgnis auf die zunehmende Missachtung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen hin, insbesondere im Rahmen der anhaltenden Konflikte in der Welt; betont, dass es unerlässlich ist, dass humanitäre Hilfsorganisationen allen schutzbedürftigen Menschen uneingeschränkt, zeitnah und ungehindert Hilfe leisten können, und fordert alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien auf, Zivilisten und humanitäres und medizinisches Personal zu schützen; fordert alle Staaten auf, das humanitäre Völkerrecht bedingungslos und uneingeschränkt zu achten; fordert die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Mitgliedstaaten auf, die Rechenschaftspflicht und das Vorgehen gegen die Straflosigkeit bei schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht zu fördern; fordert, dass, wann immer notwendig, in Kriegsregionen und in Gefechtssituationen systematisch humanitäre Korridore eingerichtet werden, damit gefährdete Zivilisten den Konflikten entkommen können, und verurteilt alle Angriffe auf Zivilisten auf das Schärfste;	21. weist mit Besorgnis auf die zunehmende Missachtung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen hin, insbesondere im Rahmen der anhaltenden Konflikte in der Welt; betont, dass es unerlässlich ist, dass humanitäre Hilfsorganisationen allen schutzbedürftigen Menschen uneingeschränkt, zeitnah und ungehindert Hilfe leisten können, und fordert alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien auf, Zivilisten und humanitäres und medizinisches Personal zu schützen; ***fordert alle Parteien bewaffneter Konflikte auf, die Legitimität und Unverletzlichkeit der Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen zu achten;*** fordert alle Staaten auf, das humanitäre Völkerrecht bedingungslos und uneingeschränkt zu achten; fordert die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Mitgliedstaaten auf, die Rechenschaftspflicht und das Vorgehen gegen die Straflosigkeit bei schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht zu fördern; fordert, dass, wann immer notwendig, in Kriegsregionen und in Gefechtssituationen systematisch humanitäre Korridore eingerichtet werden, damit gefährdete Zivilisten den Konflikten entkommen können, und verurteilt alle

Angriffe auf Zivilisten auf das Schärfste;

Or. en

Änderungsantrag 381
András László, Matthieu Valet

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. weist mit Besorgnis auf die zunehmende Missachtung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen hin, insbesondere im Rahmen der anhaltenden Konflikte in der Welt; betont, dass es unerlässlich ist, dass humanitäre Hilfsorganisationen allen schutzbedürftigen Menschen uneingeschränkt, zeitnah und ungehindert Hilfe leisten können, und fordert alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien auf, Zivilisten und humanitäres und medizinisches Personal zu schützen; fordert alle Staaten auf, das humanitäre Völkerrecht bedingungslos und uneingeschränkt zu achten; fordert die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Mitgliedstaaten auf, die Rechenschaftspflicht und das Vorgehen gegen die Straflosigkeit bei schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht zu fördern; fordert, dass, wann immer notwendig, in Kriegsregionen und in Gefechtssituationen systematisch humanitäre Korridore eingerichtet werden, damit gefährdete Zivilisten den Konflikten entkommen können, und verurteilt alle Angriffe auf Zivilisten auf das Schärfste;	21. weist mit Besorgnis auf die zunehmende Missachtung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen hin, insbesondere im Rahmen der anhaltenden Konflikte in der Welt; betont, dass es unerlässlich ist, dass humanitäre Hilfsorganisationen allen schutzbedürftigen Menschen uneingeschränkt, zeitnah und ungehindert Hilfe leisten können, und fordert alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien auf, Zivilisten und humanitäres und medizinisches Personal zu schützen; fordert alle Staaten auf, das humanitäre Völkerrecht bedingungslos und uneingeschränkt zu achten; fordert die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Mitgliedstaaten auf, die Rechenschaftspflicht und das Vorgehen gegen die Straflosigkeit bei schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht zu fördern; fordert, dass, wann immer notwendig, in Kriegsregionen und in Gefechtssituationen systematisch humanitäre Korridore eingerichtet werden, damit gefährdete Zivilisten den Konflikten entkommen können, und verurteilt alle Angriffe auf Zivilisten auf das Schärfste; ***ist besorgt darüber, dass sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Konflikten weitverbreitet ist;***

Or. en

Änderungsantrag 382
Barry Andrews, Petras Auštrevičius, Lucia Yar, Ilhan Kyuchyuk

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. weist mit Besorgnis auf die zunehmende Missachtung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen hin, insbesondere im Rahmen der anhaltenden Konflikte in der Welt; betont, dass es unerlässlich ist, dass ***humanitäre*** Hilfsorganisationen allen schutzbedürftigen Menschen uneingeschränkt, zeitnah und ungehindert Hilfe leisten können, und fordert alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien auf, Zivilisten und humanitäres und medizinisches Personal zu schützen; fordert alle Staaten auf, das humanitäre Völkerrecht bedingungslos und uneingeschränkt zu achten; fordert die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Mitgliedstaaten auf, die Rechenschaftspflicht und das Vorgehen gegen die Straflosigkeit bei schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht zu fördern; fordert, dass, wann immer notwendig, in Kriegsregionen und in Gefechtssituationen systematisch humanitäre Korridore eingerichtet werden, damit gefährdete Zivilisten den Konflikten entkommen können, und verurteilt alle Angriffe auf Zivilisten auf das Schärfste;	21. weist mit Besorgnis auf die zunehmende Missachtung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen hin, insbesondere im Rahmen der anhaltenden Konflikte in der Welt; betont, dass es unerlässlich ist, dass ***alle Organisationen der Vereinten Nationen und alle humanitären*** Hilfsorganisationen allen schutzbedürftigen Menschen uneingeschränkt, zeitnah und ungehindert Hilfe leisten können, und fordert alle an bewaffneten Konflikten beteiligten Parteien auf, Zivilisten und humanitäres und medizinisches Personal zu schützen; fordert alle Staaten auf, das humanitäre Völkerrecht bedingungslos und uneingeschränkt zu achten; fordert die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Mitgliedstaaten auf, die Rechenschaftspflicht und das Vorgehen gegen die Straflosigkeit bei schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht zu fördern; fordert, dass, wann immer notwendig, in Kriegsregionen und in Gefechtssituationen systematisch humanitäre Korridore eingerichtet werden, damit gefährdete Zivilisten den Konflikten entkommen können, und verurteilt alle Angriffe auf Zivilisten auf das Schärfste;

Or. en

Änderungsantrag 383
Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. verurteilt aufs Schärfste die von Russland veranlassten Exekutionen ukrainischer Kriegsgefangener; ist der Ansicht, dass das Fehlen einer Rechenschaftspflicht für ähnliche Verbrechen in der Vergangenheit - einschließlich des an polnischen Offizieren begangenen Völkermords von Katyn, der in der Sowjetunion auf höchster Ebene angeordnet wurde - sowie die Berufung auf stalinistische Traditionen und die Verfälschung der Geschichte eine Atmosphäre der Straflosigkeit schaffen und weiteren Kriegsverbrechen Vorschub leisten; fordert die internationale Gemeinschaft auf, entschiedene Maßnahmen zu ergreifen, um die für solche Verbrechen verantwortlichen Personen zu bestrafen und wirksame Mechanismen zu schaffen, um solche Verbrechen in Zukunft zu verhindern;

Or. pl

Änderungsantrag 384
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. weist auf die geschlechtsspezifischen Auswirkungen von bewaffneten Konflikten hin, einschließlich der Anwendung sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen als Kriegswaffe; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, der Unterstützung und Finanzierung von Gütern und Dienstleistungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, wie sie im Mindestdienstleistungspaket (MISP) für

sexuelle und reproduktive Gesundheit in Krisensituationen dargelegt sind, im Rahmen ihrer humanitären Maßnahmen hohe Priorität einzuräumen und diese systematisch einzubeziehen;

Or. en

Änderungsantrag 385
Miriam Lexmann

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. verurteilt Russlands Verbrechen der Aggression und die in der Ukraine begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten erneut auf, die Bemühungen tatkräftig zu unterstützen, mit denen sichergestellt werden soll, dass diejenigen, die Kriegsverbrechen begangen haben, vor bestehenden internationalen Gerichten und Institutionen sowie für das Verbrechen der Aggression – unter anderem durch die Einrichtung eines internationalen Sondergerichtshofs – zur Rechenschaft gezogen werden;

Or. en

Änderungsantrag 386
András László, Matthieu Valet

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. verurteilt aufs Schärfste die Angriffe auf humanitäres Hilfspersonal und weist darauf hin, dass humanitäres

Hilfspersonal sowie medizinisches Personal in Konfliktzeiten im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht geschützt werden müssen; bekräftigt, dass humanitäres Hilfspersonal in Konflikten nicht angegriffen werden darf;

Or. en

Änderungsantrag 387
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. verurteilt aufs Schärfste den Einsatz sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen als Kriegswaffe und fordert stärker abgestimmte Anstrengungen, um der Straflosigkeit der Täter ein Ende zu setzen;

Or. en

Änderungsantrag 388
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. verurteilt, dass fast alle Zivilpersonen im Gazastreifen vertrieben werden und fast alle unter Hunger leiden; erinnert daran, dass der Internationale Gerichtshof Israel angewiesen hat, dafür zu sorgen, dass notwendige Hilfe in den Gazastreifen gelangt, und fordert die israelische Regierung in diesem Zusammenhang auf, die dringend benötigte Bereitstellung von

grundlegenden Dienstleistungen und humanitärer Hilfe sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 389
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 21 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21b. hebt hervor, dass das UNRWA eine unentbehrliche Rolle bei der Bereitstellung wichtiger Hilfe spielt, um das tägliche Überleben von 2,2 Millionen Zivilpersonen im Gazastreifen zu sichern, die einer unsäglichen Bedrohung ihres Lebens und ihrer grundlegenden Rechte ausgesetzt sind; lehnt die Aussetzung der Finanzierung des UNRWA ab und fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, das UNRWA mit angemessenen Mitteln zu unterstützen, damit es seine lebensrettende humanitäre Arbeit fortsetzen und verbessern kann;

Or. en

Änderungsantrag 390
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Ziffer 21 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21b. fordert die Mitgliedstaaten erneut auf, sich streng an Artikel 7 des Vertrags über den Waffenhandel der Vereinten Nationen (Ausfuhr und deren Bewertung) und an den Gemeinsamen Standpunkt 2008/944/GASP des Rates zu

Waffenexporten zu halten und so zur Eindämmung bewaffneter Konflikte und schwerer Verstöße gegen die Menschenrechte oder das humanitäre Völkerrecht beizutragen;

Or. en

Änderungsantrag 391
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 21 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21c. bedauert in Anbetracht der geschlechtsspezifischen Auswirkungen bewaffneter Konflikte, dass sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt sowie sexueller und reproduktiver Gesundheit und den damit verbundenen Rechten im Rahmen der humanitären Hilfe und der Flüchtlingshilfe der EU nicht genügend Priorität und Aufmerksamkeit eingeräumt wird; weist erneut darauf hin, dass humanitäre Krisen die Herausforderungen im Zusammenhang mit der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und den damit verbundenen Rechten sowie mit der Geschlechterfrage verschärfen, und weist ferner darauf hin, dass Frauen und Mädchen in Krisengebieten, insbesondere unter schutzbedürftigen Gruppen wie Flüchtlingen und Migranten, in besonderem Maße sexueller Gewalt, sexuell übertragbaren Krankheiten, sexueller Ausbeutung, Vergewaltigung als Kriegswaffe und ungewollten Schwangerschaften ausgesetzt sind; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, bei ihren Maßnahmen im Bereich der humanitären Hilfe der Gleichstellung der Geschlechter und der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und den damit verbundenen

Rechten hohe Priorität einzuräumen, ebenso wie der Rechenschaftspflicht und dem Zugang zur Justiz und zu Rechtsmitteln bei Verletzungen der sexuellen und reproduktiven Rechte und bei geschlechtsspezifischer Gewalt, einschließlich bei der Ausbildung humanitärer Akteure und der derzeitigen und künftigen finanziellen Unterstützung;

Or. en

Änderungsantrag 392
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 21 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21d. äußert sich besorgt über die häufigen Verstöße gegen den Gemeinsamen Standpunkt 2008/944/GASP betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern; fordert alle Mitgliedstaaten auf, den EU-Verhaltenskodex für Waffenausfuhren uneingeschränkt einzuhalten und insbesondere alle Ausfuhren von Waffen sowie Ausrüstung und Material zur Überwachung und nachrichtendienstlichen Tätigkeit zu stoppen, die von Regierungen, terroristischen Vereinigungen oder Söldnern zur Verletzung der Menschenrechte und insbesondere im Rahmen bewaffneter Konflikte genutzt werden könnten; betont, dass einige EU-Mitgliedstaaten zu den größten Waffenexporteuren der Welt zählen, und hält es für wesentlich, die internationalen Normen für den Verkauf von Waffen anzuwenden und zu stärken, um zu verhindern, dass EU-Mitgliedstaaten und europäische Unternehmen direkt oder indirekt an einer Eskalation der Gewalt

und der Finanzierung von Streitkräften oder Gruppen mitwirken, die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind; fordert, dass sich diese Unternehmen zu ihrer moralischen, sozialen und rechtlichen Verantwortung bekennen;

Or. en

Änderungsantrag 393
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 21 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21e. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Ausfuhr von Waffen nach Israel im Einklang mit dem Gemeinsamen Standpunkt 2008/944/GASP des Rates betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern unverzüglich einzustellen; weist warnend darauf hin, dass Staaten, die Israel mit Waffenlieferungen unterstützen, nun aufgrund von Beihilfe zum Völkermord an der palästinensischen Bevölkerung unter Verstoß gegen Artikel 3e der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, mit dem die Mittäterschaft unter Strafe gestellt wird, vor dem Internationalen Gerichtshof verklagt werden können;

Or. en

Änderungsantrag 394
András László, Matthieu Valet

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Ansatz „Team Europa“	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 395
András László, Matthieu Valet

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. räumt ein, dass im Hinblick auf eine einheitlichere Ausrichtung der Ansätze zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte zwischen den Botschaften der Mitgliedstaaten und den EU-Delegationen in Drittländern mehr getan werden könnte; betont, dass die Botschaften der Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, eine zunehmend aktive Rolle bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte zu übernehmen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft in diesen Ländern zu unterstützen; betont, dass es wichtig ist, dass die Mitgliedstaaten und die EU-Delegationen bei diesen Bemühungen gemeinsam Verantwortung übernehmen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre gemeinsamen Anstrengungen zu intensivieren, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte zu fördern und die Demokratie weltweit zu fördern;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 396
Matthieu Valet, Jordan Bardella, András László, Sebastiaan Stöteler, Pierre-Romain Thionnet

Entschließungsantrag

Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. ***räumt ein, dass im Hinblick auf eine einheitlichere Ausrichtung der Ansätze zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte zwischen den Botschaften der Mitgliedstaaten und den EU-Delegationen in Drittländern mehr getan werden könnte; betont, dass die Botschaften der Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, eine zunehmend aktive Rolle bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte zu übernehmen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft in diesen Ländern zu unterstützen; betont, dass es wichtig ist, dass die Mitgliedstaaten und die EU-Delegationen bei diesen Bemühungen gemeinsam Verantwortung übernehmen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre gemeinsamen Anstrengungen zu intensivieren, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte zu fördern und die Demokratie weltweit zu fördern;***	22. ***stellt fest, dass Versuche, die Außenpolitik der Mitgliedstaaten durch den Aufbau einer autonomen EU-Diplomatie im Wege eines „Team-Europa“-Ansatzes zu übergehen, einen direkten Angriff auf die Souveränität der Mitgliedstaaten und einen weiteren Schritt hin zu einer Föderalisierung darstellen;***

Or. en

Änderungsantrag 397
Isabel Wiseler-Lima

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. räumt ein, dass im Hinblick auf eine einheitlichere Ausrichtung der Ansätze zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte zwischen den Botschaften der Mitgliedstaaten und den EU-Delegationen in Drittländern mehr getan werden könnte; betont, dass die Botschaften der Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, eine zunehmend aktive	22. räumt ein, dass im Hinblick auf eine einheitlichere Ausrichtung der Ansätze zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte zwischen den Botschaften der Mitgliedstaaten und den EU-Delegationen in Drittländern mehr getan werden könnte; betont, dass die Botschaften der Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, eine zunehmend aktive

Rolle bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte zu übernehmen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft in diesen Ländern zu unterstützen; betont, dass es wichtig ist, dass die Mitgliedstaaten und die EU-Delegationen bei diesen Bemühungen gemeinsam Verantwortung übernehmen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre gemeinsamen Anstrengungen zu intensivieren, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte zu fördern und die Demokratie weltweit zu fördern;	Rolle bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte zu übernehmen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft in diesen Ländern zu unterstützen; betont, dass es wichtig ist, dass die Mitgliedstaaten und die EU-Delegationen bei diesen Bemühungen gemeinsam Verantwortung übernehmen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre gemeinsamen Anstrengungen zu intensivieren, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte zu fördern und die Demokratie weltweit zu fördern; ***fordert eine sorgfältige Überwachung und Bewertung der Kapazitäten der EU-Delegationen, um sicherzustellen, dass jede EU-Delegation über eine benannte Kontaktstelle für Fälle von Menschenrechtsverletzungen verfügt und dass dieses Mandat mit ausreichenden Mitteln ausgestattet wird, um wirksam und zeitnah reagieren zu können; bekräftigt in diesem Zusammenhang die Bedeutung der bestehenden EU-Leitlinien zu spezifischen Menschenrechtsfragen für die EU-Delegationen;***

Or. en

Änderungsantrag 398
Antonio López-Istúriz White, Andrey Kovatchev, Lukas Mandl, Nicolás Pascual De La Parte, Davor Ivo Stier

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. räumt ein, dass im Hinblick auf eine einheitlichere Ausrichtung der Ansätze zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte zwischen den Botschaften der Mitgliedstaaten und den EU-Delegationen in Drittländern mehr getan werden könnte; betont, dass die Botschaften der Mitgliedstaaten die	22. räumt ein, dass im Hinblick auf eine einheitlichere Ausrichtung der Ansätze zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte zwischen den Botschaften der Mitgliedstaaten und den EU-Delegationen in Drittländern mehr getan werden könnte; betont, dass die Botschaften der Mitgliedstaaten die

Möglichkeit haben, eine zunehmend aktive Rolle bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte zu übernehmen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft in diesen Ländern zu unterstützen; betont, dass es wichtig ist, dass die Mitgliedstaaten und die EU-Delegationen bei diesen Bemühungen gemeinsam Verantwortung übernehmen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre gemeinsamen Anstrengungen zu intensivieren, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte zu fördern und die Demokratie weltweit zu fördern;	Möglichkeit haben, eine zunehmend aktive Rolle bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte zu übernehmen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft in diesen Ländern zu unterstützen; betont, dass es wichtig ist, dass die Mitgliedstaaten und die EU-Delegationen bei diesen Bemühungen gemeinsam Verantwortung übernehmen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre gemeinsamen Anstrengungen zu intensivieren, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte zu fördern und die Demokratie weltweit zu fördern; ***fordert eine sorgfältige Überwachung und Bewertung der Kapazitäten der EU-Delegationen, um sicherzustellen, dass jede EU-Delegation über eine benannte Kontaktstelle für Fälle von Menschenrechtsverletzungen verfügt und dass dieses Mandat mit ausreichenden Mitteln ausgestattet wird, um wirksam und zeitnah reagieren zu können; empfiehlt, dass die EU-Delegationen regelmäßig in Bezug auf die bestehenden EU-Leitlinien zu spezifischen Menschenrechtsfragen geschult werden;***

Or. en

Änderungsantrag 399
Petras Auštrevičius, Urmas Paet, Lucia Yar, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Jan-Christoph Oetjen, Barry Andrews, Nathalie Loiseau, Dan Barna

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. räumt ein, dass im Hinblick auf eine einheitlichere Ausrichtung der Ansätze zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte zwischen den Botschaften der Mitgliedstaaten und den EU-Delegationen in Drittländern mehr getan werden könnte; betont, dass die	22. räumt ein, dass im Hinblick auf eine einheitlichere Ausrichtung der Ansätze zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte zwischen den Botschaften der Mitgliedstaaten und den EU-Delegationen in Drittländern mehr getan werden könnte***, insbesondere durch die***

Botschaften der Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, eine zunehmend aktive Rolle bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte zu übernehmen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft in diesen Ländern zu unterstützen; betont, dass es wichtig ist, dass die Mitgliedstaaten und die EU-Delegationen bei diesen Bemühungen gemeinsam Verantwortung übernehmen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre gemeinsamen Anstrengungen zu intensivieren, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte zu fördern und die Demokratie weltweit zu fördern;

Ermutigung dieser Länder, ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen und von Schikanierung und Verfolgung kritischer Stimmen abzusehen; betont, dass die Botschaften der Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, eine zunehmend aktive Rolle bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte zu übernehmen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft in diesen Ländern zu unterstützen***; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, alle erdenklichen Mittel zu nutzen, um Länder zur Freilassung politischer Gefangener zu ermutigen***; betont, dass es wichtig ist, dass die Mitgliedstaaten und die EU-Delegationen bei diesen Bemühungen gemeinsam Verantwortung übernehmen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre gemeinsamen Anstrengungen zu intensivieren, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte zu fördern und die Demokratie weltweit zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 400
Bert-Jan Ruissen

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. räumt ein, dass im Hinblick auf eine einheitlichere Ausrichtung der Ansätze zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte zwischen den Botschaften der Mitgliedstaaten und den EU-Delegationen in Drittländern mehr getan werden könnte; betont, dass die Botschaften der Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, eine zunehmend aktive Rolle bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte zu übernehmen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft in diesen	22. räumt ein, dass im Hinblick auf eine einheitlichere Ausrichtung der Ansätze zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte zwischen den Botschaften der Mitgliedstaaten und den EU-Delegationen in Drittländern mehr getan werden könnte; betont, dass die Botschaften der Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, eine zunehmend aktive Rolle bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte zu übernehmen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft in diesen

Ländern zu unterstützen; betont, dass es wichtig ist, dass die Mitgliedstaaten und die EU-Delegationen bei diesen Bemühungen gemeinsam Verantwortung übernehmen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre gemeinsamen Anstrengungen zu intensivieren, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte zu fördern und die Demokratie weltweit zu fördern;	Ländern zu unterstützen; betont, dass es wichtig ist, dass die Mitgliedstaaten und die EU-Delegationen bei diesen Bemühungen gemeinsam Verantwortung übernehmen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre gemeinsamen Anstrengungen zu intensivieren, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte zu fördern und die Demokratie weltweit zu fördern; ***empfiehlt, dass das Personal der EU-Delegationen regelmäßig zu den bestehenden EU-Leitlinien zur Förderung und zum Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit geschult wird;***

Or. en

Änderungsantrag 401
Barry Andrews, Petras Auštrevičius, Lucia Yar, Ilhan Kyuchyuk

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. räumt ein, dass im Hinblick auf eine einheitlichere Ausrichtung der Ansätze zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte zwischen den Botschaften der Mitgliedstaaten und den EU-Delegationen in Drittländern mehr getan werden könnte; betont, dass die Botschaften der Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, eine zunehmend aktive Rolle bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte zu übernehmen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft in diesen Ländern zu unterstützen; betont, dass es wichtig ist, dass die Mitgliedstaaten und die EU-Delegationen bei diesen Bemühungen gemeinsam Verantwortung übernehmen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre gemeinsamen Anstrengungen zu intensivieren, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte zu	22. räumt ein, dass im Hinblick auf eine einheitlichere Ausrichtung der Ansätze zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte zwischen den Botschaften der Mitgliedstaaten und den EU-Delegationen in Drittländern mehr getan werden könnte; betont, dass die Botschaften der Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, eine zunehmend aktive Rolle bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte zu übernehmen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft in diesen Ländern zu unterstützen; betont, dass es wichtig ist, dass die Mitgliedstaaten und die EU-Delegationen bei diesen Bemühungen gemeinsam Verantwortung übernehmen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre gemeinsamen Anstrengungen zu intensivieren, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte zu

fördern und die Demokratie weltweit zu fördern;	fördern und die Demokratie weltweit zu fördern; ***fordert die EU auf, bei ihren Investitionen und Projekten im Rahmen von Global Gateway die Förderung und den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten, um sicherzustellen, dass sie keinen Schaden verursachen;***

Or. en

Änderungsantrag 402
Sandra Gómez López, Nacho Sánchez Amor

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. räumt ein, dass im Hinblick auf eine einheitlichere Ausrichtung der Ansätze zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte zwischen den Botschaften der Mitgliedstaaten und den EU-Delegationen in Drittländern mehr getan werden könnte; betont, dass die Botschaften der Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, eine zunehmend aktive Rolle bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte zu übernehmen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft in diesen Ländern zu unterstützen; betont, dass es wichtig ist, dass die Mitgliedstaaten und die EU-Delegationen bei diesen Bemühungen gemeinsam Verantwortung übernehmen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre gemeinsamen Anstrengungen zu intensivieren, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte zu fördern und die Demokratie weltweit zu fördern;	22. räumt ein, dass im Hinblick auf eine einheitlichere Ausrichtung der Ansätze zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte zwischen den Botschaften der Mitgliedstaaten und den EU-Delegationen in Drittländern ***sowie zwischen den Mitgliedstaaten und den EU-Organen*** mehr getan werden könnte; betont, dass die Botschaften der Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, eine zunehmend aktive Rolle bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte zu übernehmen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft in diesen Ländern zu unterstützen; betont, dass es wichtig ist, dass die Mitgliedstaaten und die EU-Delegationen bei diesen Bemühungen gemeinsam Verantwortung übernehmen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre gemeinsamen Anstrengungen zu intensivieren, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte zu fördern und die Demokratie weltweit zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 403
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. ***räumt ein***, dass im Hinblick auf eine einheitlichere Ausrichtung der Ansätze zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte zwischen den Botschaften der Mitgliedstaaten und den EU-Delegationen in Drittländern mehr getan ***werden könnte***; betont, dass die Botschaften der Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, eine zunehmend aktive Rolle bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte zu übernehmen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft in diesen Ländern zu unterstützen; betont, dass es wichtig ist, dass die Mitgliedstaaten und die EU-Delegationen bei diesen Bemühungen gemeinsam Verantwortung übernehmen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre gemeinsamen Anstrengungen zu intensivieren, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte zu fördern und die Demokratie weltweit zu fördern;	22. ***fordert nachdrücklich***, dass im Hinblick auf eine einheitlichere Ausrichtung der Ansätze zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte zwischen den Botschaften der Mitgliedstaaten und den EU-Delegationen in Drittländern mehr getan ***wird***; betont, dass die Botschaften der Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, eine zunehmend aktive Rolle bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte zu übernehmen und gleichzeitig die Zivilgesellschaft in diesen Ländern zu unterstützen; betont, dass es wichtig ist, dass die Mitgliedstaaten und die EU-Delegationen bei diesen Bemühungen gemeinsam Verantwortung übernehmen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre gemeinsamen Anstrengungen zu intensivieren, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte zu fördern und die Demokratie weltweit zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 404
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. stellt mit Besorgnis fest, dass die EU in ihrem auswärtigen Handeln in Bezug auf die Menschenrechte nicht

einheitlich vorgeht und fordert die EU auf, bei ihren Investitionen und Projekten im Rahmen von Global Gateway die Förderung und den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten, um sicherzustellen, dass sie keinen Schaden verursachen; begrüßt den Marker zur Ungleichheit (I-Marker) der Kommission, empfiehlt dessen weitestmögliche Anwendung, auch im Rahmen von „Team-Europa"-Initiativen und in Bezug auf Global Gateway, und fordert, ihn durch die Gleichstellungs- und Inklusionsmarker zu ergänzen, um eine größtmögliche Wirkung auf die Gruppen sicherzustellen, die von intersektionalen Benachteiligungen betroffen sind;

Or. en

Änderungsantrag 405
Matthieu Valet, Jordan Bardella, András László, Sebastiaan Stöteler, Pierre-Romain Thionnet

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. weist darauf hin, dass die EU-Delegationen unter keinen Umständen in den Außenbeziehungen die Rolle der Botschaften der Mitgliedstaaten kopieren dürfen, die die wichtigsten Akteure im diplomatischen Engagement und in den bilateralen Beziehungen sind und die nationalen Interessen der Mitgliedstaaten vertreten; betont die Bedeutung der Beibehaltung unterschiedlicher Zuständigkeiten und Funktionen, um eine wirksame Zusammenarbeit und Vertretung sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 406
Emmanouil Fragkos

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	verurteilt aufs Schärfste und ist zutiefst besorgt über die Gräueltaten, Kriegsverbrechen und schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, einschließlich sexueller Gewalt, geschlechtsspezifischer Gewalt, der Verschleppung von Kindern sowie der Folterung und Tötung von Zivilisten und Kriegsgefangenen, die von den türkischen Streitkräften und ihren Stellvertretern im Rahmen des illegalen, ungerechtfertigten und unprovozierten Angriffskriegs der Türkei gegen die Republik Zypern begangen wurden; weist darauf hin, dass die Unterstützung der Republik Zypern bei ihrer Gegenwehr gegen die illegale türkische Besetzung ihres Hoheitsgebiets von zentraler Bedeutung für die Wahrung einer regelbasierten internationalen Ordnung ist; fordert nachdrücklich, dass alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, dass diejenigen, die in der Republik Zypern Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen begangen haben, ermittelt und zur Rechenschaft gezogen werden; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die einschlägigen Interessenträger sowie die Maßnahmen und Mechanismen in diesem Bereich uneingeschränkt zu unterstützen; erachtet es als dringend geboten, Beweise für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu sichern, und begrüßt alle diesbezüglichen Bemühungen;

Or. el

Änderungsantrag 407
Emmanouil Fragkos

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 15 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	stellt fest, dass im Osmanischen Reich/der Türkei eine ideologisch motivierte und im Laufe der Geschichte systematisch verfolgte vollständige Säuberung des Landes von den Christen betrieben wurde, dass es seitens der europäischen Institutionen jedoch keinerlei Initiativen gibt, um Gerechtigkeit für die Armenier, Griechen und Assyrer herzustellen;

Or. el

Änderungsantrag 408
Emmanouil Fragkos

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 15 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	stellt fest, dass eine von der Europäischen Kommission geleitete Koordinierung der Zahlung deutscher Reparationen und der Rückzahlung der Zwangsanleihen an Griechenland und Polen nach dem zweiten Weltkrieg in erster Linie eine moralische Frage, aber auch eine Frage der Menschlichkeit und der Demokratie ist, die das gute Beispiel, mit dem Europa hinsichtlich der Demokratie auf internationaler Ebene vorangeht, stärken wird;

Or. el

Änderungsantrag 409
Emmanouil Fragkos

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 15 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	stellt fest, dass die EU im Sinne des Völkerrechts handeln muss, insbesondere wenn es um den Schutz ihrer Mitgliedstaaten geht; fordert in diesem Zusammenhang,
	dass der Vertrag von Lausanne buchstabengetreu umgesetzt wird, dass also den Griechen aus Istanbul sowie von Imbros und Tenedos ihr Eigentum zurückgegeben wird und sie für die Verfolgung entschädigt werden;
	fordert, dass Maßnahmen gegen die Präsenz der türkischen Armee in der Republik Zypern, in Syrien und im Irak ergriffen werden;

Or. el

Änderungsantrag 410
Isabel Wiseler-Lima

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Recht auf Freiheit von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung	Recht auf Freiheit von Folter und ***anderer grausamer,*** unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung ***oder Strafe***

Or. en

Änderungsantrag 411
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Recht auf Freiheit von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung	Recht auf Freiheit von Folter und ***anderer grausamer,*** unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung ***oder Strafe***

Or. en

Änderungsantrag 412
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. verurteilt unter allen Umständen jede Handlung oder jeden Versuch, Folter und andere Formen grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung zu legalisieren, dazu anzustiften, sie zu genehmigen, zu billigen oder zu dulden; verurteilt die sich mehrenden Berichte über die Anwendung von Folter durch staatliche Akteure in Konfliktsituationen auf der ganzen Welt und bekräftigt das unabdingbare Recht, nicht gefoltert oder in anderer Weise unmenschlich oder erniedrigend behandelt zu werden;	23. verurteilt unter allen Umständen jede Handlung oder jeden Versuch, Folter und andere Formen grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung zu legalisieren, dazu anzustiften, sie zu genehmigen, zu billigen oder zu dulden; verurteilt die sich mehrenden Berichte über die Anwendung von Folter durch staatliche Akteure in ***vielen unterschiedlichen Kontexten, darunter in Haftanstalten und außerhalb von Haftanstalten, insbesondere im Zusammenhang mit Protesten, und in*** Konfliktsituationen auf der ganzen Welt und bekräftigt das unabdingbare Recht, nicht gefoltert oder in anderer Weise unmenschlich oder erniedrigend behandelt zu werden; ***schließt sich der Anerkennung der Menschenrechtsgremien an, dass durch ein Abtreibungsverbot Frauen Leid zugefügt werden kann, das Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung gleichkommt, und fordert eine Reform der restriktiven Abtreibungsgesetze; bekräftigt seine Forderung nach einer weltweiten Ratifizierung des Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe und des***

dazugehörigen Fakultativprotokolls und erklärt erneut, dass die Staaten ihre nationalen Bestimmungen mit ihren internationalen Verpflichtungen in Einklang bringen müssen;

Or. en

Änderungsantrag 413
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. verurteilt unter allen Umständen jede Handlung oder jeden Versuch, Folter und andere Formen grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung zu legalisieren, dazu anzustiften, sie zu genehmigen, zu billigen oder zu dulden; verurteilt die sich mehrenden Berichte über die Anwendung von Folter durch staatliche Akteure in Konfliktsituationen auf der ganzen Welt und bekräftigt das unabdingbare Recht, nicht gefoltert oder in anderer Weise unmenschlich oder erniedrigend behandelt zu werden;	23. verurteilt unter allen Umständen jede Handlung oder jeden Versuch, Folter und andere Formen grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung zu legalisieren, dazu anzustiften, sie zu genehmigen, zu billigen oder zu dulden; ***fordert die EU auf, ihre Null-Toleranz-Politik gegenüber Folter und anderen Misshandlungen zu bekräftigen;*** verurteilt die sich mehrenden Berichte über die Anwendung von Folter durch staatliche Akteure in Konfliktsituationen auf der ganzen Welt und bekräftigt das unabdingbare Recht, nicht gefoltert oder in anderer Weise unmenschlich oder erniedrigend behandelt zu werden; ***schließt sich der Anerkennung der Menschenrechtsgremien an, dass durch ein Abtreibungsverbot Frauen Leid zugefügt werden kann, das Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung gleichkommt, und fordert eine Reform der restriktiven Abtreibungsgesetze;***

Or. en

Änderungsantrag 414
Isabel Wiseler-Lima

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. verurteilt unter allen Umständen jede Handlung oder jeden Versuch, Folter und andere Formen grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung zu legalisieren, dazu anzustiften, sie zu genehmigen, zu billigen oder zu dulden; verurteilt die sich mehrenden Berichte über die Anwendung von Folter durch staatliche Akteure in Konfliktsituationen auf der ganzen Welt und bekräftigt das unabdingbare Recht, nicht gefoltert oder in anderer Weise unmenschlich oder erniedrigend behandelt zu werden;	23. verurteilt unter allen Umständen jede Handlung oder jeden Versuch, Folter und andere Formen grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung zu legalisieren, dazu anzustiften, sie zu genehmigen, zu billigen oder zu dulden; verurteilt die sich mehrenden Berichte über die Anwendung von Folter durch staatliche Akteure in ***vielen unterschiedlichen Kontexten, darunter in Haftanstalten und außerhalb von Haftanstalten und in*** Konfliktsituationen auf der ganzen Welt und bekräftigt das unabdingbare Recht, nicht gefoltert oder in anderer Weise unmenschlich oder erniedrigend behandelt zu werden; ***bekräftigt seine Null-Toleranz-Politik gegenüber Folter und anderen Misshandlungen;***

Or. en

Änderungsantrag 415
Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. verurteilt unter allen Umständen jede Handlung oder jeden Versuch, Folter und andere Formen grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung zu legalisieren, dazu anzustiften, sie zu genehmigen, zu billigen oder zu dulden; verurteilt die sich mehrenden Berichte über die Anwendung von Folter durch staatliche	23. verurteilt unter allen Umständen jede Handlung oder jeden Versuch, Folter und andere Formen grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung zu legalisieren, dazu anzustiften, sie zu genehmigen, zu billigen oder zu dulden; verurteilt die sich mehrenden Berichte über die Anwendung von Folter durch staatliche

Akteure in Konfliktsituationen auf der ganzen Welt und bekräftigt das unabdingbare Recht, nicht gefoltert oder in anderer Weise unmenschlich oder erniedrigend behandelt zu werden;	Akteure***, nicht nur*** in Konfliktsituationen auf der ganzen Welt***,*** und bekräftigt das unabdingbare Recht, nicht gefoltert oder in anderer Weise unmenschlich oder erniedrigend behandelt zu werden; ***fordert die einschlägigen Institutionen – darunter auch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte – auf, jeden solchen Fall gründlich zu untersuchen;***

Or. pl

Änderungsantrag 416
Petras Auštrevičius, Urmas Paet, Lucia Yar, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Jan-Christoph Oetjen, Barry Andrews, Nathalie Loiseau, Dan Barna

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. verurteilt unter allen Umständen jede Handlung oder jeden Versuch, Folter und andere Formen grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung zu legalisieren, dazu anzustiften, sie zu genehmigen, zu billigen oder zu dulden; verurteilt die sich mehrenden Berichte über die Anwendung von Folter durch staatliche Akteure in Konfliktsituationen auf der ganzen Welt und bekräftigt das unabdingbare Recht, nicht gefoltert oder in anderer Weise unmenschlich oder erniedrigend behandelt zu werden;	23. verurteilt unter allen Umständen jede Handlung oder jeden Versuch, Folter und andere Formen grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung zu legalisieren, dazu anzustiften, sie zu genehmigen, zu billigen oder zu dulden; verurteilt die sich mehrenden Berichte über die Anwendung von Folter durch staatliche Akteure in Konfliktsituationen auf der ganzen Welt***, insbesondere die Verletzung des Genfer Abkommens über die Behandlung der Kriegsgefangenen sowie die Tötung von Kriegsgefangenen, die ein Kriegsverbrechen darstellt,*** und bekräftigt das unabdingbare Recht, nicht gefoltert oder in anderer Weise unmenschlich oder erniedrigend behandelt zu werden;

Or. en

Änderungsantrag 417
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. weist erneut darauf hin, dass bei der Bekämpfung von Folter und Misshandlung ein auf die Opfer ausgerichteter und umfassender Ansatz von der Prävention bis zur Wiedergutmachung, einschließlich Rehabilitation, Schutz und Rechenschaftspflicht, umgesetzt werden muss; bekräftigt im Einklang mit den überarbeiteten Leitlinien für die Politik der Europäischen Union gegenüber Drittländern betreffend Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, die der Rat am 16. September 2019 angenommen hat, seine Unterstützung für zivilgesellschaftliche Organisationen bei ihren Tätigkeiten zur Abschaffung der Folter und zur Überwachung von Haftanstalten; betrachtet die lokalen Organisationen der Zivilgesellschaft als eine Priorität bei der gesamten bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit;

Or. en

Änderungsantrag 418
Isabel Wiseler-Lima

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. bekräftigt seine Forderung nach einer weltweiten Ratifizierung des Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe und des dazugehörigen Fakultativprotokolls und erklärt erneut,

dass die Staaten ihre nationalen Bestimmungen mit internationalen Standards in Einklang bringen müssen; bekräftigt im Einklang mit den überarbeiteten Leitlinien für die Politik der Europäischen Union gegenüber Drittländern betreffend Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, die der Rat am 16. September 2019 angenommen hat, die Bedeutung der Zusammenarbeit mit einschlägigen Akteuren bei der Abschaffung der Folter und der Überwachung von Haftanstalten;

Or. en

Änderungsantrag 419
Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. verurteilt, dass das Lukaschenko-Regime Folter und Zwangsarbeit einsetzt und politischen Gefangenen den Zugang zu Medikamenten verwehrt; fordert das Internationale Rote Kreuz und andere Institutionen auf, ihren Teil zur Unterstützung der politischen Gefangenen beizutragen; fordert die internationale Gemeinschaft auf, gegenüber Angehörigen des Repressionsapparats, die für die Inhaftierungen und die harten Haftbedingungen von politischen Gefangenen im Lukaschenko-Regime verantwortlich sind, von der internationalen Gerichtsbarkeit Gebrauch zu machen;

Or. pl

Änderungsantrag 420
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. verurteilt die systematische Folter ukrainischer Kriegsgefangener durch Russland im Zusammenhang mit seinem brutalen Angriffskrieg aufs Schärfste; fordert, dass diejenigen, die für Folter und Hinrichtungen ukrainischer Gefangener verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden;

Or. fi

Änderungsantrag 421
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Recht, sich frei und friedlich mit anderen zu versammeln und sich frei mit anderen zusammenzuschließen

Or. en

Änderungsantrag 422
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 23 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23b. bekräftigt, dass der demokratische Raum der EU und die Ausübung der

	Grundfreiheiten, insbesondere der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, geschützt werden müssen; hebt die zunehmende gewaltsame Unterdrückung von Protesten und friedlichen Versammlungen innerhalb des zivilgesellschaftlichen Raums der EU hervor, wobei es zu Fällen von Folter und Misshandlung mit Todesfolge und anderen schweren Verstößen gekommen ist; betont, dass dieses Grundrecht in Verbindung mit dem absoluten Verbot von Folter und Misshandlung gestärkt werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 423
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Recht auf Nahrung	Recht auf Nahrung ***und Wasser***

Or. en

Änderungsantrag 424
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. weist erneut darauf hin, dass das Recht auf Nahrung, einschließlich des physischen und wirtschaftlichen Zugangs zu angemessener Nahrung oder zu den Mitteln zu ihrer Beschaffung, ein Menschenrecht ist; ist äußerst besorgt über die weltweiten Schwierigkeiten im	24. weist erneut darauf hin, dass das Recht auf Nahrung, einschließlich des physischen und wirtschaftlichen Zugangs zu angemessener Nahrung oder zu den Mitteln zu ihrer Beschaffung, ein Menschenrecht ist; ist äußerst besorgt über die weltweiten Schwierigkeiten im

Zusammenhang mit dem Recht auf Nahrung, insbesondere in Kriegs- und Konfliktsituationen; ***stellt mit Besorgnis fest, dass sich Berichte darüber mehren, dass Nahrung in bewaffneten Konflikten als Waffe eingesetzt wird***; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, sich im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen für verbindliche Leitlinien zum diskriminierungsfreien Recht auf Nahrung einzusetzen;

Zusammenhang mit dem Recht auf Nahrung, insbesondere in Kriegs- und Konfliktsituationen; ***verurteilt nachdrücklich den Einsatz der Ernährungsunsicherheit und entsprechender Drohungen als politisches Kriegsinstrument sowie die negativen Auswirkungen von Spekulationen mit Lebensmittelpreisen***; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, sich im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen für verbindliche Leitlinien zum diskriminierungsfreien Recht auf Nahrung einzusetzen; ***fordert insbesondere eine sofortige und dauerhafte Waffenruhe im Gazastreifen, um allen Bewohnern einen ununterbrochenen Zugang zu Nahrungsmitteln und Wasser zu ermöglichen;***

Or. en

Änderungsantrag 425
Hana Jalloul Muro

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. weist erneut darauf hin, dass das Recht auf Nahrung, einschließlich des physischen und wirtschaftlichen Zugangs zu angemessener Nahrung oder zu den Mitteln zu ihrer Beschaffung, ein Menschenrecht ist; ist äußerst besorgt über die weltweiten Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Recht auf Nahrung, insbesondere in Kriegs- und Konfliktsituationen; stellt mit Besorgnis fest, dass sich Berichte darüber mehren, dass Nahrung in bewaffneten Konflikten als Waffe eingesetzt wird; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, sich im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen für verbindliche Leitlinien zum diskriminierungsfreien Recht auf Nahrung	24. weist erneut darauf hin, dass das Recht auf Nahrung, einschließlich des physischen und wirtschaftlichen Zugangs zu angemessener Nahrung oder zu den Mitteln zu ihrer Beschaffung, ein Menschenrecht ist; ist äußerst besorgt über die weltweiten Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Recht auf Nahrung, insbesondere in Kriegs- und Konfliktsituationen; stellt mit Besorgnis fest, dass sich Berichte darüber mehren, dass Nahrung in bewaffneten Konflikten als Waffe eingesetzt wird; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, sich im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen für verbindliche Leitlinien zum diskriminierungsfreien Recht auf Nahrung

einzusetzen;

einzusetzen; ***fordert die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, Organisationen und Agenturen, die sich für das Recht auf Nahrung in Konfliktgebieten einsetzen, uneingeschränkt politisch und finanziell zu unterstützen, und verurteilt die Stigmatisierung solcher Agenturen und ihres Personals;***

Or. en

Änderungsantrag 426
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. weist erneut darauf hin, dass das Recht auf Nahrung, einschließlich des physischen und wirtschaftlichen Zugangs zu angemessener Nahrung oder zu den Mitteln zu ihrer Beschaffung, ein Menschenrecht ist; ist äußerst besorgt über die weltweiten Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Recht auf Nahrung, insbesondere in Kriegs- und Konfliktsituationen; stellt mit Besorgnis fest, dass sich Berichte darüber mehren, dass Nahrung in bewaffneten Konflikten als Waffe eingesetzt wird; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, sich im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen für verbindliche Leitlinien zum diskriminierungsfreien Recht auf Nahrung einzusetzen;	24. weist erneut darauf hin, dass das Recht auf Nahrung, einschließlich des physischen und wirtschaftlichen Zugangs zu angemessener Nahrung oder zu den Mitteln zu ihrer Beschaffung, ein Menschenrecht ist; ist äußerst besorgt über die weltweiten Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Recht auf Nahrung, insbesondere in Kriegs- und Konfliktsituationen; stellt mit Besorgnis fest, dass sich Berichte darüber mehren, dass Nahrung in bewaffneten Konflikten als Waffe eingesetzt wird; ***verurteilt die russischen Angriffe auf Schiffe, die ukrainisches Getreide befördern, aufs Schärfste; betont, dass der kriminelle Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine die weltweite Ernährungssicherheit gefährdet;*** fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, sich im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen für verbindliche Leitlinien zum diskriminierungsfreien Recht auf Nahrung einzusetzen;

Or. fi

Änderungsantrag 427
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. weist erneut darauf hin, dass das Recht auf Nahrung, einschließlich des physischen und wirtschaftlichen Zugangs zu angemessener Nahrung oder zu den Mitteln zu ihrer Beschaffung, ein Menschenrecht ist; ist äußerst besorgt über die weltweiten Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Recht auf Nahrung, insbesondere in Kriegs- und Konfliktsituationen; stellt mit Besorgnis fest, dass sich Berichte darüber mehren, dass Nahrung in bewaffneten Konflikten als Waffe eingesetzt wird; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, sich im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen für verbindliche Leitlinien zum diskriminierungsfreien Recht auf Nahrung einzusetzen;	24. weist erneut darauf hin, dass das Recht auf Nahrung, einschließlich des physischen und wirtschaftlichen Zugangs zu angemessener Nahrung oder zu den Mitteln zu ihrer Beschaffung, ein Menschenrecht ist; ist äußerst besorgt über die weltweiten Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Recht auf Nahrung, insbesondere in Kriegs- und Konfliktsituationen; stellt mit Besorgnis fest, dass sich Berichte darüber mehren, dass Nahrung in bewaffneten Konflikten als Waffe eingesetzt wird; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, sich im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen für verbindliche Leitlinien zum diskriminierungsfreien Recht auf Nahrung einzusetzen; ***weist im Hinblick auf die Erreichung der Ernährungssicherheit erneut auf die Bedeutung der Erklärung der Vereinten Nationen zu den Rechten von Kleinbauern und anderen Menschen, die in ländlichen Gebieten arbeiten, hin;***

Or. en

Änderungsantrag 428
Alexander Sell

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. weist erneut darauf hin, dass das Recht auf Nahrung, einschließlich des	24. weist erneut darauf hin, dass das Recht auf Nahrung, einschließlich des

physischen und wirtschaftlichen Zugangs zu angemessener Nahrung oder zu den Mitteln zu ihrer Beschaffung, ein Menschenrecht ist; ist äußerst besorgt über die weltweiten Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Recht auf Nahrung, insbesondere in Kriegs- und Konfliktsituationen; stellt mit Besorgnis fest, dass sich Berichte darüber mehren, dass Nahrung in bewaffneten Konflikten als Waffe eingesetzt wird; ***fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, sich im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen für verbindliche Leitlinien zum diskriminierungsfreien*** Recht auf Nahrung ***einzusetzen***;	physischen und wirtschaftlichen Zugangs zu angemessener Nahrung oder zu den Mitteln zu ihrer Beschaffung, ein Menschenrecht ist; ist äußerst besorgt über die weltweiten Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Recht auf Nahrung, insbesondere in Kriegs- und Konfliktsituationen; stellt mit Besorgnis fest, dass sich Berichte darüber mehren, dass Nahrung in bewaffneten Konflikten als Waffe eingesetzt wird; ***betont, dass die Politikgestaltung in Bezug auf das*** Recht auf Nahrung ***in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten und internationaler Organisationen wie der Vereinten Nationen fällt und dass sich die EU auf eine unterstützende Rolle beschränken sollte, ohne verbindliche Leitlinien vorzuschreiben;***
	Or. en

Änderungsantrag 429
Miriam Lexmann

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. weist erneut darauf hin, dass das Recht auf Nahrung, einschließlich des physischen und wirtschaftlichen Zugangs zu angemessener Nahrung oder zu den Mitteln zu ihrer Beschaffung, ein Menschenrecht ist; ist äußerst besorgt über die weltweiten Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Recht auf Nahrung, insbesondere in Kriegs- und Konfliktsituationen; stellt mit Besorgnis fest, dass sich Berichte darüber mehren, dass Nahrung in bewaffneten Konflikten als Waffe eingesetzt wird; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, sich im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen für verbindliche Leitlinien zum diskriminierungsfreien Recht auf Nahrung	24. weist erneut darauf hin, dass das Recht auf Nahrung, einschließlich des physischen und wirtschaftlichen Zugangs zu angemessener Nahrung oder zu den Mitteln zu ihrer Beschaffung, ein Menschenrecht ist; ist äußerst besorgt über die weltweiten Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Recht auf Nahrung, insbesondere in Kriegs- und Konfliktsituationen; stellt mit Besorgnis fest, dass sich Berichte darüber mehren, dass Nahrung in bewaffneten Konflikten als Waffe eingesetzt wird; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, sich im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen für verbindliche Leitlinien zum diskriminierungsfreien Recht auf Nahrung

einzusetzen;	einzusetzen; ***würdigt die Arbeit des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen;***

Or. en

Änderungsantrag 430
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. bekräftigt das Recht auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung als Menschenrecht, wobei beide Rechte einander ergänzen; betont, dass der Zugang zu sauberem Trinkwasser unabdingbar für ein gesundes und würdiges Leben und von wesentlicher Bedeutung für die Entfaltung der Menschenwürde ist; betont, dass das Recht auf Wasser eine grundlegende Voraussetzung für die Ausübung anderer Rechte ist, weshalb es einer Logik des öffentlichen Interesses und der gemeinsamen öffentlichen und globalen Güter folgen muss; hebt die Bedeutung der Menschenrechtsleitlinien der EU über sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung hervor und fordert die Organe der EU und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, diese in Drittländern und gegenüber Drittländern sowie auf multilateralen Foren umzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 431
Susanna Ceccardi, Roberto Vannacci, Silvia Sardone

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Klimawandel und Umwelt	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 432
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Klimawandel und Umwelt	Klimawandel und ***das Recht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige*** Umwelt

Or. en

Änderungsantrag 433
Susanna Ceccardi, Roberto Vannacci, Silvia Sardone

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. betont, dass der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Umwelt unmittelbare Auswirkungen darauf haben, inwieweit die Menschenrechte tatsächlich wahrgenommen werden können; würdigt die wichtige Arbeit, die Organisationen der Zivilgesellschaft, indigene Völker, Menschenrechtsverteidiger in den Bereichen Land und Umwelt und indigene Aktivisten für den Schutz einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt leisten; bedauert die Risiken, denen Menschenrechtsverteidiger und indigene Aktivisten im Bereich Umwelt	***entfällt***

ausgesetzt sind, und fordert, dass dafür gesorgt wird, dass sie wirksam geschützt werden; weist äußerst besorgt auf die zunehmenden Bedrohungen für eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt hin, die durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen und anderen Formen der Kriegsführung entstehen, die sich negativ und unverhältnismäßig stark auf die Umwelt auswirken;

Or. en

Änderungsantrag 434
Jorge Martín Frías, Hermann Tertsch

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. betont, dass der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Umwelt unmittelbare Auswirkungen darauf haben, inwieweit die Menschenrechte tatsächlich wahrgenommen werden können; würdigt die wichtige Arbeit, die Organisationen der Zivilgesellschaft, indigene Völker, Menschenrechtsverteidiger in den Bereichen Land und Umwelt und indigene Aktivisten für den Schutz einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt leisten; bedauert die Risiken, denen Menschenrechtsverteidiger und indigene Aktivisten im Bereich Umwelt ausgesetzt sind, und fordert, dass dafür gesorgt wird, dass sie wirksam geschützt werden; weist äußerst besorgt auf die zunehmenden Bedrohungen für eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt hin, die durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen und anderen Formen der Kriegsführung entstehen, die sich negativ und unverhältnismäßig stark auf die Umwelt auswirken;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 435
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. betont, dass ***der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Umwelt*** unmittelbare Auswirkungen darauf haben, inwieweit die Menschenrechte tatsächlich wahrgenommen werden können; würdigt die wichtige Arbeit, die Organisationen der Zivilgesellschaft, indigene Völker, Menschenrechtsverteidiger in den Bereichen Land und Umwelt und indigene Aktivisten für den Schutz einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt leisten; bedauert die ***Risiken***, denen Menschenrechtsverteidiger und indigene Aktivisten im Bereich Umwelt ausgesetzt sind, und fordert, dass dafür gesorgt wird, dass sie wirksam geschützt werden; weist äußerst besorgt auf die zunehmenden Bedrohungen für eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt hin, die durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen und anderen Formen der Kriegsführung entstehen, die sich negativ und unverhältnismäßig stark auf die Umwelt auswirken;	25. betont, dass ***die Dreifachkrise des Planeten – Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Umweltverschmutzung –*** unmittelbare Auswirkungen darauf haben, inwieweit die Menschenrechte tatsächlich wahrgenommen werden können; würdigt die wichtige Arbeit, die Organisationen der Zivilgesellschaft, indigene Völker ***und lokale Gemeinschaften***, Menschenrechtsverteidiger in den Bereichen Land und Umwelt und indigene Aktivisten für den Schutz einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt leisten; bedauert die ***zunehmenden Angriffe***, denen Menschenrechtsverteidiger und indigene Aktivisten im Bereich Umwelt ausgesetzt sind, und fordert, dass dafür gesorgt wird, dass sie wirksam geschützt werden; ***fordert die EU auf, eine Initiative für internationale Beobachter auf der Ebene der Vereinten Nationen voranzutreiben, um schwerwiegende Umweltschäden oder Situationen zu überwachen, in denen Umweltrechtsverteidiger am stärksten gefährdet sind, und die staatlichen Stellen bei der Schaffung eines schützenden Umfelds für diese Personen einzubeziehen und zu unterstützen; weist darauf hin, dass die indigenen Völker und lokalen Gemeinschaften eine wichtige Rolle für die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und die Erhaltung der biologischen Vielfalt spielen; fordert alle Staaten, insbesondere***

die EU und ihre Mitgliedstaaten, auf, dafür zu sorgen, dass indigene Völker und lokale Gemeinschaften in die Beratungen und Entscheidungsprozesse der internationalen Klimadiplomatie einbezogen werden; weist äußerst besorgt auf die zunehmenden Bedrohungen für eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt hin, die durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen und anderen Formen der Kriegsführung entstehen, die sich negativ und unverhältnismäßig stark auf die Umwelt auswirken; ***fordert erneut, rasch wirkungsvolle Fortschritte in Bezug auf die Anerkennung des Rechts auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt zu erzielen; bekundet seine Unterstützung für die normativen Anstrengungen auf internationaler Ebene im Hinblick auf Umweltkriminalität; legt der EU und den Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang nahe, die Anerkennung des „Ökozids“ als internationales Verbrechen im Sinne des Römischen Statuts zu fördern; weist außerdem auf die Risiken hin, die der Klimawandel für Frieden und Sicherheit bedeutet, da Ernährungsunsicherheit und Wasserknappheit zu Konkurrenz um natürliche Ressourcen führen können, was wiederum Instabilität und Konflikte innerhalb von und zwischen Staaten zur Folge hat; erkennt an, dass Kinder stärker von klimabedingten Katastrophen bedroht sind und auch eine der größten betroffenen Gruppen sind; fordert die EU auf, sich auf die Bekämpfung der Auswirkungen des Klimawandels auf die Wahrnehmung der Rechte des Kindes zu konzentrieren;***

Or. en

Änderungsantrag 436
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag

Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. betont, dass der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Umwelt unmittelbare Auswirkungen darauf haben, inwieweit die Menschenrechte tatsächlich wahrgenommen werden können; würdigt die wichtige Arbeit, die Organisationen der Zivilgesellschaft, indigene Völker, Menschenrechtsverteidiger in den Bereichen Land und Umwelt und indigene Aktivisten für den Schutz einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt leisten; bedauert die Risiken, denen Menschenrechtsverteidiger und indigene Aktivisten im Bereich Umwelt ausgesetzt sind, und fordert, dass dafür gesorgt wird, dass sie wirksam geschützt werden; weist äußerst besorgt auf die zunehmenden Bedrohungen für eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt hin, die durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen und anderen Formen der Kriegsführung entstehen, die sich negativ und unverhältnismäßig stark auf die Umwelt auswirken;	25. betont, dass der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Umwelt unmittelbare Auswirkungen darauf haben, inwieweit die Menschenrechte tatsächlich wahrgenommen werden können***, einschließlich der grundlegendsten Menschenrechte, wie etwa der Zugang zu Wasser, natürlichen Ressourcen und Nahrungsmitteln***; würdigt die wichtige Arbeit, die Organisationen der Zivilgesellschaft, indigene Völker, Menschenrechtsverteidiger in den Bereichen Land und Umwelt und indigene Aktivisten für den Schutz einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt leisten; bedauert die Risiken, denen Menschenrechtsverteidiger und indigene Aktivisten im Bereich Umwelt ausgesetzt sind, und fordert, dass dafür gesorgt wird, dass sie wirksam geschützt werden; ***erinnert daran, dass die Umstellung auf saubere Energie fair erfolgen muss und dabei die Grundrechte aller Menschen gewahrt werden müssen;*** weist äußerst besorgt auf die zunehmenden Bedrohungen für eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt hin, die durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen und anderen Formen der Kriegsführung entstehen, die sich negativ und unverhältnismäßig stark auf die Umwelt auswirken; ***weist insbesondere auf den Zusammenhang zwischen der Ausbeutung von natürlichen Ressourcen und der Finanzierung von Konflikten, Kriegen und Gewalt hin, woran auch multinationale Unternehmen direkt oder indirekt beteiligt sind; erkennt an, dass die Folgen des Klimawandels für die Umwelt zu noch mehr Zwangsumsiedlungen und Vertreibungen führen können;***

Or. en

Änderungsantrag 437
Sandra Gómez López, Nacho Sánchez Amor

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. betont, dass der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Umwelt unmittelbare Auswirkungen darauf haben, inwieweit die Menschenrechte tatsächlich wahrgenommen werden können; würdigt die wichtige Arbeit, die Organisationen der Zivilgesellschaft, indigene Völker, Menschenrechtsverteidiger in den Bereichen Land und Umwelt und indigene Aktivisten für den Schutz einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt leisten; bedauert die Risiken, denen Menschenrechtsverteidiger und indigene Aktivisten im Bereich Umwelt ausgesetzt sind, und fordert, dass dafür gesorgt wird, dass sie wirksam geschützt werden; weist äußerst besorgt auf die zunehmenden Bedrohungen für eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt hin, die durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen und anderen Formen der Kriegsführung entstehen, die sich negativ und unverhältnismäßig stark auf die Umwelt auswirken;	25. betont, dass der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Umwelt unmittelbare Auswirkungen darauf haben, inwieweit die Menschenrechte tatsächlich wahrgenommen werden können; ***stellt fest, dass Gemeinschaften, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen, diejenigen sind, die mit größerer Wahrscheinlichkeit von Klimarisiken und Naturkatastrophen betroffen sind, und fordert in diesem Zusammenhang eine bessere Unterstützung der am stärksten gefährdeten Gruppen;*** würdigt die wichtige Arbeit, die Organisationen der Zivilgesellschaft, indigene Völker, Menschenrechtsverteidiger in den Bereichen Land und Umwelt und indigene Aktivisten für den Schutz einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt leisten; bedauert die Risiken, denen Menschenrechtsverteidiger und indigene Aktivisten im Bereich Umwelt ausgesetzt sind, und fordert, dass dafür gesorgt wird, dass sie wirksam geschützt werden; weist äußerst besorgt auf die zunehmenden Bedrohungen für eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt hin, die durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen und anderen Formen der Kriegsführung entstehen, die sich negativ und unverhältnismäßig stark auf die Umwelt auswirken; ***bekräftigt die Bedeutung der Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung und der Verringerung der Emissionen für den Schutz der Menschenrechte heutiger und künftiger Generationen;***

Or. en

Änderungsantrag 438
Tomasz Froelich

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. ***betont, dass der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Umwelt unmittelbare Auswirkungen darauf haben, inwieweit die Menschenrechte tatsächlich wahrgenommen werden können;*** würdigt die wichtige Arbeit, die Organisationen der Zivilgesellschaft, indigene Völker, Menschenrechtsverteidiger in den Bereichen Land und Umwelt und indigene Aktivisten für den Schutz einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt leisten; bedauert die Risiken, denen Menschenrechtsverteidiger und indigene Aktivisten im Bereich Umwelt ausgesetzt sind, und fordert, dass dafür gesorgt wird, dass sie wirksam geschützt werden; weist äußerst besorgt auf die zunehmenden Bedrohungen für eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt hin, die durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen und anderen Formen der Kriegsführung entstehen, die sich negativ und unverhältnismäßig stark auf die Umwelt auswirken;	25. würdigt die wichtige Arbeit, die Organisationen der Zivilgesellschaft, indigene Völker, Menschenrechtsverteidiger in den Bereichen Land und Umwelt und indigene Aktivisten für den Schutz einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt leisten; bedauert die Risiken, denen Menschenrechtsverteidiger und indigene Aktivisten im Bereich Umwelt ausgesetzt sind, und fordert, dass dafür gesorgt wird, dass sie wirksam geschützt werden; weist äußerst besorgt auf die zunehmenden Bedrohungen für eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt hin, die durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen und anderen Formen der Kriegsführung entstehen, die sich negativ und unverhältnismäßig stark auf die Umwelt auswirken; ***ist besorgt über die Auswirkungen der Externalisierung der EU-Klimapolitik auf die Rechte der indigenen Völker sowie auf die Rechte und Freiheiten von Einzelpersonen weltweit; warnt dafür, dass das Streben der EU nach grünem Wasserstoff nicht zu Lasten der Menschen und der Umwelt in anderen Teilen der Welt gehen darf;***

Or. de

Änderungsantrag 439
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. betont, dass der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Umwelt unmittelbare Auswirkungen darauf haben, inwieweit die Menschenrechte tatsächlich wahrgenommen werden können; würdigt die wichtige Arbeit, die Organisationen der Zivilgesellschaft, indigene Völker, Menschenrechtsverteidiger in den Bereichen Land und Umwelt und indigene Aktivisten für den Schutz einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt leisten; bedauert die Risiken, denen Menschenrechtsverteidiger und indigene Aktivisten im Bereich Umwelt ausgesetzt sind, und fordert, dass dafür gesorgt wird, dass sie wirksam geschützt werden; weist äußerst besorgt auf die zunehmenden Bedrohungen für eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt hin, die durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen und anderen Formen der Kriegsführung entstehen, die sich negativ und unverhältnismäßig stark auf die Umwelt auswirken;	25. betont, dass der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Umwelt unmittelbare Auswirkungen darauf haben, inwieweit die Menschenrechte tatsächlich wahrgenommen werden können; würdigt die wichtige Arbeit, die Organisationen der Zivilgesellschaft, indigene Völker, Menschenrechtsverteidiger in den Bereichen Land und Umwelt und indigene Aktivisten für den Schutz einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt leisten; bedauert die Risiken, denen Menschenrechtsverteidiger und indigene Aktivisten im Bereich Umwelt ausgesetzt sind, und fordert, dass dafür gesorgt wird, dass sie wirksam geschützt werden; ***verurteilt auch die Zerstörung von kulturhistorisch bedeutenden Stätten und von Kunstwerken im Namen des Umweltaktivismus;*** weist äußerst besorgt auf die zunehmenden Bedrohungen für eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt hin, die durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen und anderen Formen der Kriegsführung entstehen, die sich negativ und unverhältnismäßig stark auf die Umwelt auswirken;

Or. fi

Änderungsantrag 440
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. betont, dass der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Umwelt unmittelbare Auswirkungen darauf haben, inwieweit die Menschenrechte tatsächlich wahrgenommen werden können; würdigt die wichtige Arbeit, die Organisationen der	25. betont, dass der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Umwelt unmittelbare Auswirkungen darauf haben, inwieweit die Menschenrechte tatsächlich wahrgenommen werden können; würdigt die wichtige Arbeit, die Organisationen der

Zivilgesellschaft, indigene Völker, Menschenrechtsverteidiger in den Bereichen Land und Umwelt und indigene Aktivisten für den Schutz einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt leisten; bedauert die Risiken, denen Menschenrechtsverteidiger und indigene Aktivisten im Bereich Umwelt ausgesetzt sind, und fordert, dass dafür gesorgt wird, dass sie wirksam geschützt werden; weist äußerst besorgt auf die zunehmenden Bedrohungen für eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt hin, die durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen und anderen Formen der Kriegsführung entstehen, die sich negativ und unverhältnismäßig stark auf die Umwelt auswirken;	Zivilgesellschaft, indigene Völker, ***traditionelle lokale Gemeinschaften,*** Menschenrechtsverteidiger in den Bereichen Land und Umwelt und indigene Aktivisten für den Schutz einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt***, einschließlich des Zugangs zu Land und Wasserquellen,*** leisten; bedauert die Risiken, denen Menschenrechtsverteidiger und indigene Aktivisten ***sowie Aktivisten lokaler Gemeinschaften*** im Bereich Umwelt ausgesetzt sind, und fordert, dass dafür gesorgt wird, dass sie wirksam geschützt werden; weist äußerst besorgt auf die zunehmenden Bedrohungen für eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt hin, die durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen und anderen Formen der Kriegsführung entstehen, die sich negativ und unverhältnismäßig stark auf die Umwelt auswirken;

Or. en

Änderungsantrag 441
Barry Andrews, Petras Auštrevičius, Lucia Yar, Ilhan Kyuchyuk

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. betont, dass der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Umwelt unmittelbare Auswirkungen darauf haben, inwieweit die Menschenrechte tatsächlich wahrgenommen werden können; würdigt die wichtige Arbeit, die Organisationen der Zivilgesellschaft, indigene Völker, Menschenrechtsverteidiger in den Bereichen Land und Umwelt und indigene Aktivisten für den Schutz einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt leisten; bedauert die Risiken, denen Menschenrechtsverteidiger und indigene Aktivisten im Bereich Umwelt ausgesetzt sind, und fordert, dass dafür gesorgt wird,	25. betont, dass der Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Umwelt unmittelbare Auswirkungen darauf haben, inwieweit die Menschenrechte tatsächlich wahrgenommen werden können; würdigt die wichtige Arbeit, die Organisationen der Zivilgesellschaft, indigene Völker, Menschenrechtsverteidiger in den Bereichen Land und Umwelt und indigene Aktivisten für den Schutz einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt leisten; bedauert die Risiken, denen Menschenrechtsverteidiger und indigene Aktivisten im Bereich Umwelt ausgesetzt sind, und fordert, dass dafür gesorgt wird,

dass sie wirksam geschützt werden; weist äußerst besorgt auf die zunehmenden Bedrohungen für eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt hin, die durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen und anderen Formen der Kriegsführung entstehen, die sich negativ und unverhältnismäßig stark auf die Umwelt auswirken;	dass sie wirksam geschützt werden; weist äußerst besorgt auf die zunehmenden Bedrohungen für eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt hin, die durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen und anderen Formen der Kriegsführung entstehen, die sich negativ und unverhältnismäßig stark auf die Umwelt auswirken; ***begrüßt in diesem Zusammenhang die Annahme der Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit;***
	Or. en

Änderungsantrag 442
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25a. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte der indigenen Völker auf das gewohnheitsmäßige Eigentum und die Kontrolle über ihre Gebiete und natürlichen Ressourcen anzuerkennen und zu schützen, wie sie in der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker und im Übereinkommen Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation formuliert sind, und den Grundsatz der freien, vorherigen und in Kenntnis der Sachlage erteilten Zustimmung zu respektieren; fordert die Mitgliedstaaten, die das Übereinkommen Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation über eingeborene und in Stämmen lebende Völker noch nicht ratifiziert haben, dazu auf, dies zu tun;
	Or. en

Änderungsantrag 443
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25a. betont, dass die durch Umweltzerstörung und den Klimawandel verursachte Vertreibung von Menschen, die die Gefahr von Menschenrechtsverletzungen und die Anfälligkeit für verschiedene Formen der Ausbeutung erhöht, wirksam angegangen werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 444
Marion Maréchal, Nicolas Bay

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. fordert einen systematischen und kohärenten Ansatz, um die Rechte des Kindes im gesamten auswärtigen Handeln der EU zu fördern und zu schützen; fordert stärker konzertierte Anstrengungen, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Rechte des Kindes in Krisen- oder Notsituationen zu fördern; verurteilt den Niedergang im Zusammenhang mit der Achtung der Rechte des Kindes und die sich mehrenden Verletzungen dieser Rechte, u. a. durch Gewalt, Früh- und Zwangsverheiratung, sexuellen Missbrauch, einschließlich Genitalverstümmelung, Menschenhandel, Kinderarbeit, Rekrutierung als Kindersoldaten, fehlenden Zugang zu	26. fordert einen systematischen und kohärenten Ansatz, um die Rechte des Kindes im gesamten auswärtigen Handeln der EU zu fördern und zu schützen; fordert stärker konzertierte Anstrengungen, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Rechte des Kindes in Krisen- oder Notsituationen zu fördern; verurteilt den Niedergang im Zusammenhang mit der Achtung der Rechte des Kindes und die sich mehrenden Verletzungen dieser Rechte, u. a. durch Gewalt, Früh- und Zwangsverheiratung, sexuellen Missbrauch, einschließlich Genitalverstümmelung, Menschenhandel, Kinderarbeit, Rekrutierung als Kindersoldaten, fehlenden Zugang zu

Bildung und Gesundheitsversorgung, Unterernährung und extreme Armut; verurteilt außerdem, dass immer mehr Kinder in bewaffneten Konflikten sterben, und betont, dass im Rahmen von kriegerischen Handlungen die Rechte von Kindern wirksam geschützt werden müssen; fordert erneut einen systematischen und kohärenten Ansatz, in dessen Rahmen die Rechte des Kindes im gesamten auswärtigen Handeln der EU gefördert und geschützt werden;	Bildung und Gesundheitsversorgung, Unterernährung und extreme Armut; ***betont, dass die Registrierung minderjähriger Flüchtlinge und minderjähriger irregulärer Migranten, einschließlich der Erhebung biometrischer Daten, gemäß den Leitlinien des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen für operative Normen der Registrierung und Dokumentation von entscheidender Bedeutung ist, um ihre Sicherheit zu gewährleisten und alle Formen des Missbrauchs, einschließlich ihrer Rekrutierung als Kindersoldaten, zu verhindern;*** verurteilt außerdem, dass immer mehr Kinder in bewaffneten Konflikten sterben, und betont, dass im Rahmen von kriegerischen Handlungen die Rechte von Kindern wirksam geschützt werden müssen; fordert erneut einen systematischen und kohärenten Ansatz, in dessen Rahmen die Rechte des Kindes im gesamten auswärtigen Handeln der EU gefördert und geschützt werden;

Or. fr

Änderungsantrag 445
Carlo Fidanza, Alberico Gambino, Paolo Inselvini, Arkadiusz Mularczyk

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. fordert einen systematischen und kohärenten Ansatz, um die Rechte ***des Kindes*** im gesamten auswärtigen Handeln der EU zu fördern und zu schützen; fordert stärker konzertierte Anstrengungen, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Rechte des Kindes in Krisen- oder Notsituationen zu fördern; verurteilt den Niedergang im Zusammenhang mit der Achtung der Rechte des Kindes und die sich mehrenden	26. fordert einen systematischen und kohärenten Ansatz, um die Rechte ***von Kindern, einschließlich der am stärksten ausgegrenzten und schutzbedürftigen Kinder,*** im gesamten auswärtigen Handeln der EU zu fördern und zu schützen; fordert stärker konzertierte Anstrengungen, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Rechte des Kindes in Krisen- oder Notsituationen zu fördern; verurteilt den Niedergang im

Verletzungen dieser Rechte, u. a. durch Gewalt, Früh- und Zwangsverheiratung, sexuellen Missbrauch, einschließlich Genitalverstümmelung, Menschenhandel, Kinderarbeit, Rekrutierung als Kindersoldaten, fehlenden Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, Unterernährung und extreme Armut; verurteilt außerdem, dass immer mehr Kinder in bewaffneten Konflikten sterben, und betont, dass im Rahmen von kriegerischen Handlungen die Rechte von Kindern wirksam geschützt werden müssen; fordert erneut einen systematischen und kohärenten Ansatz, in dessen Rahmen die Rechte des Kindes im gesamten auswärtigen Handeln der EU gefördert und geschützt werden;	Zusammenhang mit der Achtung der Rechte des Kindes und die sich mehrenden Verletzungen dieser Rechte, u. a. durch Gewalt, Früh- und Zwangsverheiratung, sexuellen Missbrauch, einschließlich Genitalverstümmelung, Menschenhandel, ***Praktiken wie die Leihmutterschaft,*** Kinderarbeit, Rekrutierung als Kindersoldaten, fehlenden Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, Unterernährung und extreme Armut; verurteilt außerdem, dass immer mehr Kinder in bewaffneten Konflikten sterben, und betont, dass im Rahmen von kriegerischen Handlungen die Rechte von Kindern wirksam geschützt werden müssen***; fordert neue EU-Initiativen zur Förderung und zum Schutz der Rechte des Kindes, um von Konflikten betroffene Kinder zu rehabilitieren und wiedereinzugliedern, indem für geschützte familiäre und kommunale Lebensbedingungen als natürliches Umfeld gesorgt wird, in dem Betreuung und Bildung wesentliche Bestandteile sind;*** fordert erneut einen systematischen und kohärenten Ansatz, in dessen Rahmen die Rechte des Kindes im gesamten auswärtigen Handeln der EU gefördert und geschützt werden;
	Or. it

Änderungsantrag 446
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. fordert einen systematischen und kohärenten Ansatz, um die Rechte des Kindes im gesamten auswärtigen Handeln der EU zu fördern und zu schützen; fordert stärker konzertierte Anstrengungen, um die	26. fordert einen systematischen und kohärenten Ansatz, um die Rechte des Kindes im gesamten auswärtigen Handeln der EU zu fördern und zu schützen; fordert stärker konzertierte Anstrengungen, um die

Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Rechte des Kindes in Krisen- oder Notsituationen zu fördern; verurteilt den Niedergang im Zusammenhang mit der Achtung der Rechte des Kindes und die sich mehrenden Verletzungen dieser Rechte, u. a. durch Gewalt, Früh- und Zwangsverheiratung, sexuellen Missbrauch, einschließlich Genitalverstümmelung, Menschenhandel, Kinderarbeit, Rekrutierung als Kindersoldaten, fehlenden Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, Unterernährung und extreme Armut; verurteilt außerdem, dass immer mehr Kinder in bewaffneten Konflikten sterben, und betont, dass im Rahmen von kriegerischen Handlungen die Rechte von Kindern wirksam geschützt werden müssen; fordert erneut einen systematischen und kohärenten Ansatz, in dessen Rahmen die Rechte des Kindes ***im*** gesamten ***auswärtigen Handeln*** der EU gefördert und geschützt werden;	Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Rechte des Kindes in Krisen- oder Notsituationen zu fördern; verurteilt den Niedergang im Zusammenhang mit der Achtung der Rechte des Kindes und die sich mehrenden Verletzungen dieser Rechte, u. a. durch Gewalt, Früh- und Zwangsverheiratung, sexuellen Missbrauch, einschließlich Genitalverstümmelung, Menschenhandel, Kinderarbeit, Rekrutierung als Kindersoldaten, fehlenden Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, Unterernährung und extreme Armut; verurteilt außerdem, dass immer mehr Kinder in bewaffneten Konflikten sterben, und betont, dass im Rahmen von kriegerischen Handlungen die Rechte von Kindern wirksam geschützt werden müssen; fordert erneut einen systematischen und kohärenten Ansatz, in dessen Rahmen die Rechte des Kindes ***in der*** gesamten ***Außen- und Innenpolitik*** der EU gefördert und geschützt werden; ***fordert die USA, als einziges Land, das das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes nicht ratifiziert hat, auf, dies dringend zu tun, um eine weltweite Ratifizierung dieses grundlegenden Instruments zu ermöglichen;***
	Or. en

Änderungsantrag 447
Viktória Ferenc, András László, Kinga Gál

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. fordert einen systematischen und kohärenten Ansatz, um die Rechte des Kindes im gesamten auswärtigen Handeln der EU zu fördern und zu schützen; fordert stärker konzertierte Anstrengungen, um die	26. fordert einen systematischen und kohärenten Ansatz, um die Rechte des Kindes im gesamten auswärtigen Handeln der EU zu fördern und zu schützen; fordert stärker konzertierte Anstrengungen, um die

Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Rechte des Kindes in Krisen- oder Notsituationen zu fördern; verurteilt den Niedergang im Zusammenhang mit der Achtung der Rechte des Kindes und die sich mehrenden Verletzungen dieser Rechte, u. a. durch Gewalt, Früh- und Zwangsverheiratung, sexuellen Missbrauch, einschließlich Genitalverstümmelung, Menschenhandel, Kinderarbeit, Rekrutierung als Kindersoldaten, fehlenden Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, Unterernährung und extreme Armut; verurteilt außerdem, dass immer mehr Kinder in bewaffneten Konflikten sterben, und betont, dass im Rahmen von kriegerischen Handlungen die Rechte von Kindern wirksam geschützt werden müssen; fordert erneut einen systematischen und kohärenten Ansatz, in dessen Rahmen die Rechte des Kindes im gesamten auswärtigen Handeln der EU gefördert und geschützt werden;

Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Rechte des Kindes in Krisen- oder Notsituationen zu fördern; verurteilt den Niedergang im Zusammenhang mit der Achtung der Rechte des Kindes und die sich mehrenden Verletzungen dieser Rechte, u. a. durch Gewalt, Früh- und Zwangsverheiratung, sexuellen Missbrauch, einschließlich Genitalverstümmelung, Menschenhandel, Kinderarbeit, Rekrutierung als Kindersoldaten, fehlenden Zugang zu Bildung***, einschließlich des Rechts auf Bildung in der Muttersprache,*** und Gesundheitsversorgung, Unterernährung und extreme Armut; verurteilt außerdem, dass immer mehr Kinder in bewaffneten Konflikten sterben, und betont, dass im Rahmen von kriegerischen Handlungen die Rechte von Kindern wirksam geschützt werden müssen; fordert erneut einen systematischen und kohärenten Ansatz, in dessen Rahmen die Rechte des Kindes im gesamten auswärtigen Handeln der EU gefördert und geschützt werden;

Or. en

Änderungsantrag 448
Matthieu Valet, András László, Sebastiaan Stöteler, Pierre-Romain Thionnet

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. fordert einen systematischen und kohärenten Ansatz, um die Rechte des Kindes im gesamten auswärtigen Handeln der EU zu fördern und zu schützen; fordert stärker konzertierte Anstrengungen, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Rechte des Kindes in Krisen- oder Notsituationen zu fördern; verurteilt den Niedergang im Zusammenhang mit der Achtung der Rechte des Kindes und die sich mehrenden	26. fordert einen systematischen und kohärenten Ansatz, um die Rechte des Kindes im gesamten auswärtigen Handeln der EU zu fördern und zu schützen; fordert stärker konzertierte Anstrengungen, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Rechte des Kindes in Krisen- oder Notsituationen zu fördern; verurteilt den Niedergang im Zusammenhang mit der Achtung der Rechte des Kindes und die sich mehrenden

Verletzungen dieser Rechte, u. a. durch Gewalt, Früh- und Zwangsverheiratung, sexuellen Missbrauch, einschließlich Genitalverstümmelung, Menschenhandel, Kinderarbeit, Rekrutierung als Kindersoldaten, fehlenden Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, Unterernährung und extreme Armut; verurteilt außerdem, dass immer mehr Kinder in bewaffneten Konflikten sterben, und betont, dass im Rahmen von kriegerischen Handlungen die Rechte von Kindern wirksam geschützt werden müssen; fordert erneut einen systematischen und kohärenten Ansatz, in dessen Rahmen die Rechte des Kindes im gesamten auswärtigen Handeln der EU gefördert und geschützt werden;	Verletzungen dieser Rechte, u. a. durch Gewalt, Früh- und Zwangsverheiratung, sexuellen Missbrauch, einschließlich Genitalverstümmelung ***bei Frauen und Mädchen und sexueller Missbrauch im Internet***, Menschenhandel, Kinderarbeit, Rekrutierung als Kindersoldaten, fehlenden Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, Unterernährung und extreme Armut; verurteilt außerdem, dass immer mehr Kinder in bewaffneten Konflikten sterben, und betont, dass im Rahmen von kriegerischen Handlungen die Rechte von Kindern wirksam geschützt werden müssen; fordert erneut einen systematischen und kohärenten Ansatz, in dessen Rahmen die Rechte des Kindes im gesamten auswärtigen Handeln der EU gefördert und geschützt werden;

Or. en

Änderungsantrag 449
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. fordert einen systematischen und kohärenten Ansatz, um die Rechte des Kindes im gesamten auswärtigen Handeln der EU zu fördern und zu schützen; fordert stärker konzertierte Anstrengungen, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Rechte des Kindes in Krisen- oder Notsituationen zu fördern; verurteilt den Niedergang im Zusammenhang mit der Achtung der Rechte des Kindes und die sich mehrenden Verletzungen dieser Rechte, u. a. durch Gewalt, Früh- und Zwangsverheiratung, sexuellen Missbrauch, einschließlich Genitalverstümmelung, Menschenhandel, Kinderarbeit, Rekrutierung als Kindersoldaten, fehlenden Zugang zu	26. fordert einen systematischen und kohärenten Ansatz, um die Rechte des Kindes im gesamten auswärtigen Handeln der EU zu fördern und zu schützen; fordert stärker konzertierte Anstrengungen, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Rechte des Kindes in Krisen- oder Notsituationen zu fördern; verurteilt den Niedergang im Zusammenhang mit der Achtung der Rechte des Kindes und die sich mehrenden Verletzungen dieser Rechte, u. a. durch Gewalt, Früh- und Zwangsverheiratung, sexuellen Missbrauch, einschließlich Genitalverstümmelung ***von Mädchen und Jungen***, Menschenhandel, Kinderarbeit, Rekrutierung als Kindersoldaten, fehlenden

Bildung und Gesundheitsversorgung, Unterernährung und extreme Armut; verurteilt außerdem, dass immer mehr Kinder in bewaffneten Konflikten sterben, und betont, dass im Rahmen von kriegerischen Handlungen die Rechte von Kindern wirksam geschützt werden müssen; fordert erneut einen systematischen und kohärenten Ansatz, in dessen Rahmen die Rechte des Kindes im gesamten auswärtigen Handeln der EU gefördert und geschützt werden;	Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, Unterernährung und extreme Armut; verurteilt außerdem, dass immer mehr Kinder in bewaffneten Konflikten sterben, und betont, dass im Rahmen von kriegerischen Handlungen die Rechte von Kindern wirksam geschützt werden müssen; fordert erneut einen systematischen und kohärenten Ansatz, in dessen Rahmen die Rechte des Kindes im gesamten auswärtigen Handeln der EU gefördert und geschützt werden;

Or. fi

Änderungsantrag 450
Alice Teodorescu Måwe

Entschließungsantrag
Ziffer 26

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
26. fordert einen systematischen und kohärenten Ansatz, um die Rechte des Kindes im gesamten auswärtigen Handeln der EU zu fördern und zu schützen; fordert stärker konzertierte Anstrengungen, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Rechte des Kindes in Krisen- oder Notsituationen zu fördern; verurteilt den Niedergang im Zusammenhang mit der Achtung der Rechte des Kindes und die sich mehrenden Verletzungen dieser Rechte, u. a. durch Gewalt, Früh- und Zwangsverheiratung, sexuellen Missbrauch, einschließlich Genitalverstümmelung, Menschenhandel, Kinderarbeit, Rekrutierung als Kindersoldaten, fehlenden Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, Unterernährung und extreme Armut; verurteilt außerdem, dass immer mehr Kinder in bewaffneten Konflikten sterben, und betont, dass im Rahmen von kriegerischen Handlungen die Rechte von Kindern wirksam geschützt werden	26. fordert einen systematischen und kohärenten Ansatz, um die Rechte des Kindes im gesamten auswärtigen Handeln der EU zu fördern und zu schützen; fordert stärker konzertierte Anstrengungen, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Rechte des Kindes in Krisen- oder Notsituationen zu fördern; verurteilt den Niedergang im Zusammenhang mit der Achtung der Rechte des Kindes und die sich mehrenden Verletzungen dieser Rechte, u. a. durch Gewalt, Früh- und Zwangsverheiratung, sexuellen Missbrauch, einschließlich Genitalverstümmelung, ***Unterdrückung im Namen der Ehre,*** Menschenhandel, Kinderarbeit, Rekrutierung als Kindersoldaten, fehlenden Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, Unterernährung und extreme Armut; verurteilt außerdem, dass immer mehr Kinder in bewaffneten Konflikten sterben, und betont, dass im Rahmen von kriegerischen Handlungen die Rechte von

müssen; fordert erneut einen systematischen und kohärenten Ansatz, in dessen Rahmen die Rechte des Kindes im gesamten auswärtigen Handeln der EU gefördert und geschützt werden;

Kindern wirksam geschützt werden müssen; fordert erneut einen systematischen und kohärenten Ansatz, in dessen Rahmen die Rechte des Kindes im gesamten auswärtigen Handeln der EU gefördert und geschützt werden;

Or. sv

Änderungsantrag 451
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. verurteilt aufs Schärfste die Entführung ukrainischer Kinder nach Russland; erinnert daran, dass der Internationale Strafgerichtshof infolge dieser Vorfälle einen Haftbefehl gegen Wladimir Putin und die russische Kommissarin für Kinderrechte Maria Lwowa-Belowa erlassen hat; weist darauf hin, dass die Maßnahmen Russlands darauf abzielen, die ukrainische Identität der Kinder zu verdrängen und sie zu Russen zu erziehen; ist der Ansicht, dass dies ein Beweis dafür ist, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine als Völkermord einzustufen ist;

Or. fi

Änderungsantrag 452
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. verurteilt aufs Schärfste, dass nach Angaben des Ausschusses für die

Rechte des Kindes seit dem 7. Oktober im Gazastreifen etwa 17 000 Kinder getötet wurden, Dutzende Kinder an Unterernährung gestorben sind und 3 500 Kinder aufgrund Nahrungsmangel vom Tod bedroht sind, mindestens eine Million Kinder vertrieben wurden, 21 000 Kinder als vermisst gemeldet sind, 20 000 Kinder einen oder beide Elternteile verloren haben und 17 000 Kinder allein oder von ihren Familien getrennt sind und in einigen Fällen auch willkürlich inhaftiert wurden;

Or. en

Änderungsantrag 453
Petras Auštrevičius, Urmas Paet, Lucia Yar, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Jan-Christoph Oetjen, Barry Andrews, Nathalie Loiseau, Dan Barna

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. betont die Bedeutung einer Schließung der Finanzierungslücke, die es den Ländern ermöglichen würde, ihre Ziele für nachhaltige Entwicklung Nr. 4 in Bezug auf hochwertige Bildung zu erreichen und den Zugang zu Bildung für alle Kinder und Jugendlichen sicherzustellen; bekräftigt seine Forderung, gegen kulturelle Normen und geschlechtsspezifische Vorurteile vorzugehen, die Mädchen und Frauen daran hindern, Bildung zu erhalten, und fordert nachdrücklich die Schaffung geschlechtergerechter Bildungssysteme weltweit;

Or. en

Änderungsantrag 454
András László, Matthieu Valet

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. beklagt alle Initiativen von nichtstaatlichen Organisationen und Medienorganisationen, die das Recht von Kindern auf eine gesunde und natürliche Entwicklung durch die Förderung der sogenannten affirmativen Therapie verletzen; fordert die EU-Organe auf, die gesunde und natürliche Entwicklung von Minderjährigen weltweit zu verteidigen;

Or. en

Änderungsantrag 455
Matthieu Valet, András László, Pierre-Romain Thionnet

Entschließungsantrag
Ziffer 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26a. weist darauf hin, dass in Artikel 7 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes (KRK) festgelegt ist, dass Kinder so weit wie möglich das Recht darauf haben, ihre Eltern zu kennen und von ihnen umsorgt zu werden; verurteilt Fortpflanzungsmethoden, die gegen dieses Recht verstoßen, wie etwa Leihmutterschaft;

Or. en

Änderungsantrag 456
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 26 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	26b. hebt die Rolle der Bildung für die Entwicklung von Kindern und jungen Menschen auf der ganzen Welt hervor; betont, dass der Zugang zu obligatorischer umfassender Sexualerziehung ein Menschenrecht und ein Schlüsselinstrument ist, um geschlechtsspezifische Diskriminierung, Gewalt und Ausbeutung zu verhindern und jungen Menschen das Wissen zu vermitteln, das sie zum Schutz ihrer Gesundheit und zur Stärkung ihrer Handlungskompetenz benötigen;

Or. en

Änderungsantrag 457
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Rechte der Frauen und Gleichstellung der Geschlechter	Rechte der Frauen***, einschließlich sexueller und reproduktiver Gesundheit und der damit verbundenen Rechte,*** und Gleichstellung der Geschlechter

Or. en

Änderungsantrag 458
Miriam Lexmann

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Rechte der Frauen und ***Gleichstellung der Geschlechter***	Rechte der Frauen***, Gleichstellung*** und ***Recht auf Leben***

Or. en

Änderungsantrag 459
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; ***fordert*** die ***EU***, ***ihre Mitgliedstaaten*** und ***gleichgesinnte Partner*** auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU ***zum Übereinkommen von Istanbul***; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;	27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, ***der Konfliktfolgezeit und der Vertreibung,*** und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; ***verurteilt die anhaltenden Gegenreaktionen gegen die Gleichstellung der Geschlechter und Frauenrechte, einschließlich aller Versuche, bestehende Ansprüche und Schutzmaßnahmen wieder aufzuheben, sowie Rechtsvorschriften, politische Maßnahmen und Praktiken, mit denen diese Rechte in vielen Ländern weiterhin verweigert oder eingeschränkt werden; fordert die EU*** und ***ihre Mitgliedstaaten*** auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; ***fordert eine EU-Charta für die Rechte der Frau, einschließlich eines Rechts auf Abreibung;*** verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU ***zur Istanbul-Konvention und fordert die EU-Mitgliedstaaten, die dies noch nicht getan haben, auf, die Istanbul-Konvention so bald wie möglich zu ratifizieren und***

umzusetzen; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 460
András László

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleichgesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt ***auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf*** die ***sexuelle*** und ***reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie*** die ***weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt*** der ***EU zum Übereinkommen*** von ***Istanbul***; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf,	27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, ***verurteilt die Anwendung von Gewalt gegen Frauen und Kinder, einschließlich Vergewaltigung, Mord, sexueller Sklaverei, erzwungener Schwangerschaft und Zwangssterilisation als Kriegswaffe,*** insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleich gesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt ***geschlechtsspezifische Gewalt; fordert erneut nachdrücklich die Bekämpfung***

ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;

geschlechtsselektiver Abtreibungen, die insbesondere auf Mädchen und Frauen abzielen; fordert ein stärkeres Engagement der EU für den Schutz von Müttern in Drittländern, insbesondere von Müttern, die ***aufgrund ihres Status als Mutter, in*** der ***Schwangerschaft oder mit Kindern angefeindet, diskriminiert oder stigmatisiert werden, arbeitslos sind oder*** von ***Armut betroffen sind***; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 461
Marion Maréchal

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und gleichgesinnte Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von	27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und gleichgesinnte Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von

Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;	Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; ***bedauert zutiefst alle Fälle von Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen sowie Ehrenmorde, Kinder- und Zwangsehen, die in islamischen Gemeinwesen besonders stark verbreitet sind;*** begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen; ***fordert die Mitgliedstaaten auf, gegen die Praxis der Leihmutterschaft vorzugehen, die eine Form der Ausbeutung des Körpers von Frauen darstellt;***
	Or. fr

Änderungsantrag 462
Petras Auštrevičius, Urmas Paet, Lucia Yar, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Jan-Christoph Oetjen, Nathalie Loiseau, Dan Barna

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt	27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt

erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleichgesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;	erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleich gesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul; ***fordert die übrigen EU-Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, das Übereinkommen von Istanbul unverzüglich zu ratifizieren; fordert die*** EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen; ***verurteilt aufs Schärfste die Politik der Taliban gegenüber Frauen und Mädchen, die einer Geschlechterapartheid gleichkommt, und fordert eine kontinuierliche und verstärkte Unterstützung der EU, um afghanischen Mädchen und Frauen die Mittel für den Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen;***
	Or. en

Änderungsantrag 463
Tomasz Froelich

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. ***betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind;*** bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor ***Diskriminierung*** und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; ***fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und gleichgesinnte Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen***, dass Frauen ***ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und*** Frauen ***zu sorgen***; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;	27. bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor ***Ungleichbehandlung*** und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; ***betont***, dass Frauen ***in den meisten islamischen Ländern ungleich behandelt werden und dass die Ungleichbehandlungen auf kulturellen Normen und religiösen Praktiken beruhen, die sich häufig sowohl im Zivil- als auch im Strafrecht widerspiegeln; betont, dass häusliche Gewalt, Vergewaltigung in der Ehe, Zwangsverheiratung, Zeitehen, Kinderehen, Ehrenmorde und weibliche Genitalverstümmelung in vielen islamischen Ländern immer noch weit verbreitet sind; ist zutiefst besorgt über die Folgen der Massenmigration für die Freiheit und Rechte von*** Frauen ***sowie ihre Sicherheit in Europa***; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;
	Or. de

Änderungsantrag 464
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleichgesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;	27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleich gesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen***; unterstreicht die Notwendigkeit, die grausamen und frauenfeindlichen Anti-Abtreibungsgesetze, die Frauen und Mädchen selbst in Fällen von Vergewaltigung, Inzest oder wenn das Leben der Schwangeren in Gefahr ist, mit jahrzehntelangen Haftstrafen belegen, weiterhin zu bekämpfen und aufs Schärfste zu verurteilen;*** betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;
	Or. en

Änderungsantrag 465
Miriam Lexmann

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und gleichgesinnte Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz ***der Menschenrechte*** von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste ***die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite*** geschlechtsspezifische Gewalt; ***begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul;*** fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;	27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter ***sowie das Recht auf Leben*** unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und gleich gesinnte Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz ***des Lebens*** von Frauen und Mädchen ***und ihrer grundlegenden Menschenrechte*** sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste geschlechtsspezifische Gewalt; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; ***betont die Notwendigkeit, die Rechte von Frauen zu schützen und dafür zu sorgen, dass ihre Gesundheit, ihre Sicherheit und ihre Würde geschützt werden, insbesondere im Zusammenhang mit dem Zugang zur Gesundheitsversorgung und dem Schutz am Arbeitsplatz; spricht sich gegen die Praxis der Leihmutterschaft aus und betrachtet sie als Form der Kommerzialisierung von Frauenkörpern und Kindern, und fordert die EU nachdrücklich auf, Frauen vor einer solchen Ausbeutung zu schützen;*** betont,

dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 466
Hana Jalloul Muro

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleichgesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung	27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor ***in unverhältnismäßiger Weise*** Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleich gesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen***, und einen Gender-Mainstreaming-Ansatz in alle Politikbereiche aufzunehmen, bei dem die unterschiedlichen Auswirkungen globaler Herausforderungen wie Klimawandel oder Konflikte berücksichtigt werden***; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre

bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;

Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 467
Nathalie Loiseau

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleichgesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte	27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; ***ist entsetzt über den Einsatz von Vergewaltigung und sexueller Gewalt als Kriegswaffe und betont die Notwendigkeit, diese Fälle aufzuklären und die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Strafflosigkeit für diese Verbrechen zu verbessern;*** fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleich gesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen

uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;

Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 468
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleichgesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite	27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, ***der Konfliktfolgezeit und der Vertreibung,*** und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleich gesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und

geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;	die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen; ***unterstützt voll und ganz die Rolle der EU-Botschafterin für Geschlechterfragen und Vielfalt und fordert eine Aufstockung der Mittel für ihr Mandat;***

Or. en

Änderungsantrag 469
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und gleichgesinnte Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit	27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere ***in Gesellschaften, die die Scharia befolgen, sowie*** im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und gleichgesinnte Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen

zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;

und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; ***unterstützt nachdrücklich das Recht der Frau auf Selbstbestimmung und verurteilt die Verschleierungspflicht für Frauen;*** betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;

Or. fi

Änderungsantrag 470
Arkadiusz Mularczyk
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleichgesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um	27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleich gesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu

die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste ***die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite*** geschlechtsspezifische Gewalt***; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul***; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;

verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste geschlechtsspezifische Gewalt; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 471
Susanna Ceccardi, Roberto Vannacci, Silvia Sardone

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleichgesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von	27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleich gesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der

Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;	Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen; ***Ehrenmorde, Kinder- und Zwangsehen, die alle in islamischen Gemeinschaften besonders stark verbreitet sind;***

Or. en

Änderungsantrag 472
Sandra Gómez López, Nacho Sánchez Amor

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, ***insbesondere*** im Zusammenhang mit Konflikten***, und dass sie*** ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleichgesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um	27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren***; weist darauf hin***, ***dass Frauen*** im Zusammenhang mit Konflikten ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; ***verurteilt in diesem Zusammenhang auf das Schärfste die Anwendung sexueller Gewalt gegen***

die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;

Frauen und Mädchen als Kriegswaffe; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleich gesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 473
Matthieu Valet, András László, Pierre-Romain Thionnet

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre	27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden***, wie durch das***

Mitgliedstaaten und ***gleichgesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen***; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul***; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;

Fortbestehen geschlechtsselektiver Abtreibungen in einigen Ländern, auch in Europa, aufgezeigt wird; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleich gesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 474
Barry Andrews, Petras Auštrevičius, Lucia Yar, Ilhan Kyuchyuk, Jan-Christoph Oetjen

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleichgesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um	27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleich gesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu

die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;	verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul***; bedauert, dass mehrere EU-Mitgliedstaaten es bisher nicht ratifiziert haben;*** fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 475
Jorge Martín Frías, Hermann Tertsch

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleichgesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um	27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleich gesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu

die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die ***weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische*** Gewalt; ***begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul;*** fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;

verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die ***zunehmende*** Gewalt; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen***, der Zwangsverheiratung und all dieser Praktiken, die insbesondere in islamischen Gemeinschaften verbreitet sind,*** fortgesetzt werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 476
Alice Teodorescu Måwe

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und gleichgesinnte Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von	27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten ***und aufgrund von Unterdrückung im Namen der Ehre***, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und gleichgesinnte Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die

Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;

uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;

Or. sv

Änderungsantrag 477
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 27

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleichgesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der Menschenrechte von	27. betont, dass die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter unverzichtbare und unteilbare Menschenrechte sowie eine Grundlage für Rechtsstaatlichkeit und inklusive resiliente Demokratien sind; bedauert, dass Millionen von Frauen und Mädchen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt erfahren, insbesondere im Zusammenhang mit Konflikten, und dass sie ihrer Würde, ihrer Autonomie und sogar ihres Lebens beraubt werden; fordert die EU, ihre Mitgliedstaaten und ***gleich gesinnte*** Partner auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, um die uneingeschränkte Wahrnehmung und den Schutz der

Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die ***sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte*** sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt***; begrüßt den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul***; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;	Menschenrechte von Frauen und Mädchen sicherzustellen; verurteilt auf das Schärfste die weltweit zunehmenden Angriffe auf die ***Rechte der Frauen, einschließlich des Zugangs zur medizinischen Versorgung von Müttern,*** sowie die weltweite geschlechtsspezifische Gewalt; fordert die EU und ihre internationalen Partner auf, ihre Bemühungen zu verstärken, um dafür zu sorgen, dass Frauen ihre Menschenrechte uneingeschränkt ausüben können, sowie für eine Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen; betont, dass die Bemühungen um die vollständige Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen fortgesetzt werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 478
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. betont, dass die Rechte schwangerer Frauen unbedingt geschützt werden müssen, wobei eine umfassende Unterstützung im Hinblick auf ihre Gesundheit, Sicherheit und Würde sicherzustellen ist;

Or. en

Änderungsantrag 479
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. erkennt an, dass die Förderung und der Schutz der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte ausschlaggebend dafür ist, die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen, und bekräftigt das Recht auf Zugang zu umfassenden Diensten im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte, einschließlich moderner Empfängnisverhütung, sicherer und legaler Schwangerschaftsabbrüche, Gesundheitsversorgung von Müttern und vor- und nachgeburtlicher Betreuung, medizinisch unterstützter Fortpflanzung und des Zugangs zu Aufklärung und Informationen in Bezug auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte, einschließlich ganzheitlicher Sexualerziehung, ohne jede Form von Diskriminierung, Zwang oder Gewalt; fordert, dass im angekündigten Fahrplan für Frauenrechte der Schutz aller Rechte der Frau, einschließlich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte, sowohl extern als auch intern in der EU umfassend behandelt und verbessert wird;

Or. en

Änderungsantrag 480
Matthieu Valet, András László, Pierre-Romain Thionnet

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. verurteilt die Praxis der Leihmutterschaft, bei der die Menschenwürde untergraben wird, der Körper der Frau und ihre Fortpflanzungsfunktionen ausgebeutet

werden und das ungeborene Kind als Objekt betrachtet wird; fordert die Mitgliedstaaten auf, dem Beispiel Italiens zu folgen, das vor Kurzem ein Gesetz verabschiedet hat, mit dem das Verbot der Leihmutterschaft verschärft wird, indem es diese im Ausland illegal macht; begrüßt die Initiative der Erklärung von Casablanca, einer internationalen Gruppe von Sachverständigen, Forschern, Rechtsanwälten und Ärzten, die einen Vorschlag für ein internationales Übereinkommen zur weltweiten Abschaffung der Leihmutterschaft ausgearbeitet haben;

Or. en

Änderungsantrag 481
Bert-Jan Ruissen

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. bekräftigt, dass es die Leihmutterschaft in all ihren Formen verurteilt, ein globales Phänomen, das Frauen weltweit zwangsläufig der Ausbeutung und dem Menschenhandel aussetzt und besonders finanziell und sozial schwache Frauen ins Visier nimmt; betont, dass diese Praktik eine Verletzung der Rechte und der Würde von Frauen darstellt und gravierende Folgen für die Gesundheit von Frauen hat, und hebt die grenzüberschreitenden Auswirkungen dieser Praktik hervor;

Or. en

Änderungsantrag 482
Carlo Fidanza, Alberico Gambino, Paolo Inselvini, Arkadiusz Mularczyk

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. verurteilt die Leihmutterschaft, da durch sie die Menschenwürde der Frau herabgesetzt wird, indem ihr Körper und dessen Fortpflanzungsfunktionen als Handelsware genutzt werden; ist der Ansicht, dass Leihmutterschaft, die eine Ausbeutung von Frauenkörpern zum Zweck der Fortpflanzung ist, verboten werden sollte, und zwar auch in Bezug auf schutzbedürftige Frauen in Entwicklungsländern;

Or. it

Änderungsantrag 483
Susanna Ceccardi, Roberto Vannacci, Silvia Sardone

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. verurteilt erneut die Praxis der Leihmutterschaft, ein globales Phänomen, das Frauen weltweit der Ausbeutung und dem Menschenhandel aussetzt und besonders finanziell und sozial schwache Frauen ins Visier nimmt; betont die gravierenden Folgen für Frauen, die Frauenrechte und die Gesundheit von Frauen und hebt die grenzüberschreitenden Auswirkungen dieser Praktik hervor;

Or. en

Änderungsantrag 484
Miriam Lexmann

Entschließungsantrag

Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. verurteilt die Anwendung von Gewalt gegen Frauen und Kinder, etwa in Form von Vergewaltigung, Mord, sexueller Sklaverei, erzwungener Schwangerschaft und Zwangssterilisation als Kriegswaffe;

Or. en

Änderungsantrag 485
András László, Matthieu Valet

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. fordert die EU auf, Mädchen und Frauen zu schützen und deren Rechte auf der Grundlage des biologischen Geschlechts der einzelnen Person zu verteidigen;

Or. en

Änderungsantrag 486
Nathalie Loiseau

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2 a. bekräftigt seine unerschütterliche Unterstützung für alle unterdrückten Frauen weltweit, insbesondere für die Frauen in Afghanistan, die aufgrund der extremen Auslegung der Scharia durch die Taliban aus dem öffentlichen Leben verbannt wurden und denen die Ausübung ihrer Grundrechte auf Bildung

und Arbeit verwehrt wird, und für die Frauen in Iran, deren Rechte zwei Jahre nach der brutalen Niederschlagung der Bewegung „Frau, Leben, Freiheit“ immer noch auf unmenschliche Weise eingeschränkt werden; unterstützt die internationale Initiative zur Kodifizierung der Geschlechterapartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Rahmen der Arbeit an einer künftigen Konvention über die Verhütung und Bestrafung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit;

Or. en

Änderungsantrag 487
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 27 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27a. verurteilt die verheerende Politik der Geschlechterapartheid, die von den Taliban in Afghanistan betrieben wird, und fordert das De-facto-Regime nachdrücklich auf, die uneingeschränkte, gleichberechtigte und zielführende Teilhabe von Frauen und Mädchen am öffentlichen Leben, insbesondere den Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Arbeit, unverzüglich wiederherzustellen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die der Geschlechterapartheid als Straftat gegen das Völkerrecht anzuerkennen, damit Afghanistan und die für dieses Verbrechen Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden können;

Or. en

Änderungsantrag 488
Catarina Vieira

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 27 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27b. erkennt an, dass die Geschlechterapartheid eine systematische und institutionalisierte Form der Unterdrückung ist, bei der Frauen und Mädchen ausschließlich aufgrund ihres Geschlechts ihrer Grundrechte beraubt werden; stellt mit großer Besorgnis fest, dass sich die Geschlechterapartheid in verschiedenen Regionen verfestigt, wobei Frauen mit weitreichenden Einschränkungen im Hinblick auf Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsversorgung und Freizügigkeit konfrontiert sind, was häufig durch rechtliche und kulturelle Rahmenbedingungen untermauert wird, die die geschlechtsspezifische Diskriminierung verstärken;

Or. en

Änderungsantrag 489
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 27 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27b. erkennt an, dass die Förderung und der Schutz der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte ausschlaggebend dafür ist, die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen, und bekräftigt das Recht auf Zugang zu umfassenden Diensten im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der damit verbundenen Rechte, einschließlich moderner Empfängnisverhütung, sicherer

und legaler Schwangerschaftsabbrüche, Gesundheitsversorgung von Müttern und vor- und nachgeburtlicher Betreuung, medizinisch unterstützter Fortpflanzung und des Zugangs zu Aufklärung und Informationen in Bezug auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte, einschließlich ganzheitlicher Sexualerziehung, ohne jede Form von Diskriminierung, Zwang oder Gewalt; fordert die EU, den EAD und die Mitgliedstaaten auf, energische Maßnahmen zu ergreifen, um die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte, einschließlich des Zugangs zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen, in den multilateralen und bilateralen Beziehungen im Einklang mit den internationalen Rechtsvorschriften und Normen im Bereich der Menschenrechte und den Leitlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zu priorisieren und zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 490
Miriam Lexmann

Entschließungsantrag
Ziffer 27 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27b. verurteilt auf das Schärfste die Früh- und Zwangsverheiratung von Frauen und Mädchen; fordert die Kommission und den EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte auf, das Problem der Früh- und Zwangsheirat in Ländern wie beispielsweise Pakistan anzugehen;

Or. en

Änderungsantrag 491
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 27 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27b. verurteilt aufs Schärfste alle Formen von Leihmutterschaftsvereinbarungen, sowohl kommerzieller als auch altruistischer Art, und fordert die Kommission nachdrücklich auf, Rechtsvorschriften vorzuschlagen, die darauf abzielen, die mit solchen Vereinbarungen praktizierte Ausbeutung von Frauen zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 492
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 27 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	27c. fordert die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Geschlechterapartheid durch verstärkte diplomatische Bemühungen, gezielte wirtschaftliche Maßnahmen und Mechanismen der Rechenschaftspflicht, mit denen Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen, unterstützt werden, proaktiv anzugehen; fordert, die Geschlechterapartheid offiziell als eigene Menschenrechtsverletzung anzuerkennen und internationale Initiativen für ihre Einstufung als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu unterstützen und so zur Einrichtung eines globalen Standards für die Rechenschaftspflicht beizutragen;

Or. en

Änderungsantrag 493
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden	Rechte von ***Migranten,*** Flüchtlingen und Asylsuchenden

Or. en

Änderungsantrag 494
Nacho Sánchez Amor, Francisco Assis

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden	Rechte von ***Migranten,*** Flüchtlingen und Asylsuchenden

Or. en

Änderungsantrag 495
András László, Matthieu Valet

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass	***entfällt***

Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften

mit Partnerländern;

---

*[10] **Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).***

Or. en

Änderungsantrag 496
Jorge Martín Frías, Hermann Tertsch

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. ***verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten***	28. bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind;

Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; ***fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;***

---

[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).

Or. en

Änderungsantrag 497
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von	28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von

Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen***, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken***; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten

Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen***, auch an den Außengrenzen der EU***; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ***ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen, unter anderem indem sie gewaltsamen und illegalen Zurückweisungen an ihren Außengrenzen unverzüglich ein Ende setzen, Such- und Rettungseinsätze durchführen und die rasche Ausschiffung der auf See geretteten Menschen in einem sicheren Hafen ermöglichen und*** ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen ***– auch durch Neuansiedlung und Aufnahme aus humanitären Gründen – sowie für die Transitländer deutlich aufzustocken***; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; ***betont, dass die Achtung der Grundrechte eine Voraussetzung für eine solche Zusammenarbeit sein sollte; weist darauf hin, dass einige Behörden von Drittländern in Schleuserkriminalität verwickelt sind, und fordert die EU***

für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;

nachdrücklich auf, zu gewährleisten, dass sie nicht zu diesen Praktiken beiträgt, indem sie derlei Einrichtungen direkt oder indirekt finanziert; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind***; besteht darauf, dass alle Übereinkommen über Migrationszusammenarbeit und Rückübernahme der EU und der Mitgliedstaaten mit Drittländern in striktem Einklang mit den internationalen Menschenrechtsnormen, dem Flüchtlings- und Seerecht und insbesondere mit dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge stehen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, jegliche direkte oder indirekte Unterstützung für Dritte und Zusammenarbeit mit Dritten im Migrationsbereich einzustellen, die bekanntermaßen schwere Verletzungen der Menschenrechte von Flüchtlingen, Migranten oder Asylsuchenden begangen haben; fordert die Kommission erneut auf, vor der Unterzeichnung möglicher neuer Partnerschaften mit Drittländern Ex-ante-Folgenabschätzungen in Bezug auf die Menschenrechte sowie Überwachungsmechanismen einzubeziehen, um sicherzustellen, dass die finanzielle Unterstützung der EU weder direkt noch indirekt zu Menschenrechtsverletzungen beiträgt; fordert, dass die Praxis des Abschlusses informeller Vereinbarungen mit Drittländern in Bezug auf die Zusammenarbeit im Bereich Migration abgeschafft wird, um für Transparenz zu sorgen und eine parlamentarische und demokratische Kontrolle zu ermöglichen***; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet

wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;

[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).

[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).

Or. en

Änderungsantrag 498
Tomasz Froelich

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. ***verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl*** haben***; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in*** der Zusammenarbeit ***der EU*** mit den ***Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren***; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können,	28. ***stellt mit Besorgnis fest, dass die EU-Außengrenzen ständig und zunehmend unter Druck geraten und dass seit 2015 über 2,39 Millionen Migranten das Mittelmeer überquert*** haben ***um Europa zu erreichen; betont, dass die derzeitigen Herausforderungen im Asyl- und Migrationsbereich wegen des starken Anstiegs der illegalen Migration, nicht mehr zu bewältigen sind; betont, dass die Ineffizienz des EU-Rückkehrsystems der illegalen Migration Vorschub leistet und dass die Schwierigkeit*** der Zusammenarbeit mit den ***Herkunftsländern der Migranten einer der Gründe für die niedrige Rückkehrquote illegaler Migranten ist; plädiert dafür, den Schwerpunkt von der Steuerung der illegalen Migration in Europa auf die Unterstützung der Asylsuchenden und Migranten in den***

wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; ***hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10] , einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;***

Herkunftsländern und Regionen zu verlagern; plädiert für wirksamere Rückkehrsysteme in den EU-Mitgliedsstaaten und für Aufnahmezentren in Drittstaaten; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen***; bedauert es, dass der EU-Rechnungshof erneut festgestellt hat, dass die Mittel des Nothilfe-Treuhandfonds der EU noch immer nicht zielgerichtet eingesetzt werden, um die Ursachen von illegaler Migration zu bekämpfen***; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird;

[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU

(COM(2022)0657).

Or. de

Änderungsantrag 499
Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. ***verurteilt*** die ***Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit*** von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen***; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht*** auf ***Asyl haben; weist erneut darauf*** hin, ***dass Staaten gemäß*** dem ***Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren***; ***fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf***, ***die Rechte dieser Menschen in der Asyl-*** und ***Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit*** den ***Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren***; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor ***der Schlüssel*** sind, ***die Schleusung*** von Migranten zu ***verhüten***; betont in	28. ***weist auf*** die ***Lage*** von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen ***sowie*** auf ***die Herausforderungen*** hin, ***die mit*** dem ***zunehmenden Migrationsdruck einhergehen***; ***bekräftigt***, ***dass ihnen unveräußerliche Menschenrechte*** und ***das Grundrecht auf Asyl zustehen, sie aber auch Pflichten gegenüber*** den ***Aufnahmestaaten unterliegen***; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor ***von entscheidender Bedeutung*** sind, ***um das Einschleusen*** von Migranten zu ***verhindern***; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren ***des Einschleusens*** von

diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren ***der Schleusung*** von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ***ihr Schutz*** während ***ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung*** der ***Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern***;

entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und während der ***Flucht ihr Schutz gewährleistet wird***;

---

10 Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).

Or. pl

Änderungsantrag 500
Hana Jalloul Muro

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser	28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser

Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der ***Herkunftsgemeinschaften*** von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten***; betont in diesem Zusammenhang***, ***dass*** die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von ***entscheidender Bedeutung sind***; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;

Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der ***Herkunfts- und Transitgemeinschaften*** von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten, ***sowie*** die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung***; verurteilt in diesem Zusammenhang den Abschluss informeller Abkommen über die Migrationssteuerung mit Transitländern,*** von ***denen bekannt ist, dass sie die Menschenrechte von Migranten missachten, und das ohne die Kontrolle durch das Europäische Parlament, und fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, robuste Menschenrechtsklauseln, Überwachungsmechanismen und Folgenabschätzungen vorzusehen***; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern ***und Frauen*** berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU***,*** ***etwa humanitäre Visa,*** zu entwickeln, und

	begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;
[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).	[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).
	Or. en

Änderungsantrag 501
Mika Aaltola

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben	28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben

in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;

[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).

in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern; ***fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, das Phänomen der Instrumentalisierung von Migration zu erörtern, wie sie von Moskau und damit verbündeten Organisationen organisiert wird, und betont, dass die Instrumentalisierung von Migration umfassend analysiert werden muss sowie wirksame Gegenmaßnahmen entwickelt und ihre Auswirkungen auf den Menschenrechtsrahmen berücksichtigt werden müssen;***

[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).

Or. en

Änderungsantrag 502
Miriam Lexmann

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben***; weist erneut*** darauf hin, dass ***Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren***; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass ***sich*** die EU ***stärker darum bemühen*** sollte, die Ursachen von ***irregulärer*** Migration und Vertreibung zu erkennen und ***Möglichkeiten*** zu ***entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können***, ***wobei sie*** die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen ***dabei*** helfen ***sollte***, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert,	28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben***, und weist nachdrücklich*** darauf hin, dass ***ausländische Widersacher Migration als Waffe instrumentalisieren***; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass die EU ***ihre Bemühungen verstärken*** sollte, ***um*** die Ursachen von Migration und Vertreibung zu erkennen und ***Wege*** zu ***ihrer Bewältigung zu entwickeln***, die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten ***zu*** stärken und ihnen ***zu*** helfen, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten

dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; ***hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;***

humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird;

10 Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).

Or. en

Änderungsantrag 503
Andrey Kovatchev

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker	28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; ***betont, wie wichtig die Registrierung als entscheidendes Instrument für den Schutz von Flüchtlingen und die Gewährleistung der Integrität der Systeme für den Schutz von Flüchtlingen ist, wodurch die Abzweigung humanitärer Hilfe, Menschenhandel und***

darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;

die Rekrutierung von Kindern durch bewaffnete Milizen verhindert kann;
fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;

[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).

[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).

Or. en

Änderungsantrag 504
Nacho Sánchez Amor, Francisco Assis

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach	28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von ***Migranten,*** Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren***; bedauert die zunehmende Fremdenfeindlichkeit, den zunehmenden Rassismus und die zunehmende Diskriminierung gegenüber Migranten sowie die verschiedenen Formen von Gewalt, mit denen sie konfrontiert sind, auch während ihrer Vertreibung, und die vielen Hindernisse, etwa beim Zugang zur Gesundheitsversorgung***; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben

wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;

in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;

[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).

[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).

Or. en

Änderungsantrag 505
Nathalie Loiseau

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die

28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; ***verurteilt die Instrumentalisierung von Migration an den Außengrenzen der EU durch ausländische Akteure, wobei es sich um hybride Angriffe auf Mitgliedstaaten und eine Entmenschlichung von Migranten handelt;*** betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern

Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;

berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;

[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).

[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).

Or. en

Änderungsantrag 506
Sandra Gómez López, Nacho Sánchez Amor

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene	28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von ***Migranten,*** Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben***; betont, dass das entsprechende bürokratische Verfahren klar sein sollte, damit dieses Recht ausgeübt werden kann, und dass sie bei Bedarf Unterstützung erhalten sollten***; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam

bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;

[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).

zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;

[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).

Or. en

Änderungsantrag 507
Susanna Ceccardi, Roberto Vannacci, Silvia Sardone

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert,	28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren***, betont jedoch, dass diese Rechte gegen die Rechte der Bürger der Mitgliedstaaten abgewogen werden müssen***; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie

dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; ***hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;***

Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird;

---

10 Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).

Or. en

Änderungsantrag 508
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. ***verurteilt*** die ***Aushöhlung der*** Menschenrechte ***und der Sicherheit*** von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; ***bekräftigt***, dass ***sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und*** das ***Grundrecht auf Asyl haben***; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam	28. ***bekräftigt*** die ***unveräußerlichen*** Menschenrechte von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen ***und ihr Grundrecht auf Asyl***; ***betont***, dass ***die Mitgliedstaaten das Recht haben, die Bearbeitung von Asylanträgen außerhalb der EU zu organisieren, da*** das ***jetzige System derzeit systematisch missbraucht wird***; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den

zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;

[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).

Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;

[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).

Or. fi

Änderungsantrag 509
Arkadiusz Mularczyk
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ***ihre Unterstützung für die Länder***, die ***die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung*** nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die	28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ***Drittländer enger einzubeziehen***, die nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern

Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;	berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;
[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).	[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).

Or. en

Änderungsantrag 510
Alice Teodorescu Måwe

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den	28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den

Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;

[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU

Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel ***dafür*** sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung ***sowie über die Migrationsvorschriften der EU*** von entscheidender Bedeutung sind***, um unnötige riskante Reisen für Personen, die keinen Asylgrund haben, zu vermeiden***; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;

[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU

(COM(2022)0657).

(COM(2022)0657).

Or. sv

Änderungsantrag 511
Emmanouil Fragkos

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von ***irregulärer Migration*** und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die	28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, ***von*** Asylsuchenden ***in sicheren Staaten, die an ihr Herkunftsland grenzen,*** und ***von*** Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und ***in benachbarten sicheren Staaten*** das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von ***illegaler Einwanderung*** und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach

Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;	wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;
[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).	[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).

Or. el

Änderungsantrag 512
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem	28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem

Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern;

Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung ***– unter uneingeschränkter Achtung der Grundrechte –*** nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, wie wichtig es ist, einen wirksamen Rahmen für sichere und legale Wege in die EU zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10], einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit

Partnerländern;

[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).

[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).

Or. en

Änderungsantrag 513
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 28

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und	28. verurteilt die Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Vertriebenen; bekräftigt, dass sie über unveräußerliche Menschenrechte verfügen und das Grundrecht auf Asyl haben; weist erneut darauf hin, dass Staaten gemäß dem Völkerrecht verpflichtet sind, ihnen Schutz zu gewähren; ***prangert die Todesfälle auf See wie auch auf anderen Migrationsrouten an und lehnt Fälle von Menschenrechtsmissbrauch und -verletzungen ab, deren Opfer Flüchtlinge und Migranten werden;*** fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die Rechte dieser Menschen in der Asyl- und Migrationspolitik der EU und in der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern in dieser Hinsicht wirksam zu wahren; betont, dass sich die EU stärker darum bemühen sollte, die Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung zu erkennen und Möglichkeiten zu entwickeln, wie diese Phänomene bewältigt werden können, wobei sie die Widerstandsfähigkeit der Herkunftsgemeinschaften von Migranten stärken und ihnen dabei helfen sollte, ihren Mitgliedern ein menschenwürdiges Leben

nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, ***wie wichtig es ist, einen wirksamen*** Rahmen für sichere und legale Wege in die EU ***zu entwickeln, und begrüßt in diesem Zusammenhang die Mitteilung der Kommission über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU[10]***, ***einschließlich der Entwicklung von Talentpartnerschaften mit Partnerländern***;

in ihrem Heimatland zu ermöglichen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Unterstützung für die Länder, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen, sowie für die Transitländer weiterzuführen und nach Möglichkeit zu verstärken; bekräftigt, dass die enge Zusammenarbeit mit Drittländern und deren Einbeziehung nach wie vor der Schlüssel sind, die Schleusung von Migranten zu verhüten; betont in diesem Zusammenhang, dass die Verbreitung von Informationen sowie Sensibilisierungskampagnen über die Gefahren der Schleusung von entscheidender Bedeutung sind; fordert, dass bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen die besonderen Bedürfnisse und die besondere Schutzbedürftigkeit von Kindern berücksichtigt werden und ihr Schutz während ihrer Vertreibung gewährleistet wird; hebt hervor, ***dass unbedingt ein wirksamer*** Rahmen für sichere und legale Wege in die EU ***entwickelt werden muss***, ***damit der Schleusung von Migranten ein Riegel vorgeschoben werden kann***;

[10] Mitteilung der Kommission vom 27. April 2022 über die Anwerbung von Fähigkeiten und Talenten für die EU (COM(2022)0657).

Or. en

Änderungsantrag 514
Jorge Martín Frías, Hermann Tertsch

Entschließungsantrag
Ziffer 28 – Nummer 1 (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	(1) fordert die Kommission auf, durch eine starke und klare politische Steuerung dafür zu sorgen, dass Entwicklungshilfe und Investitionen der EU erst dann

genehmigt werden, wenn der begünstigte Staat Abkommen über die Migrationssteuerung zugestimmt hat, mit denen die Rückführung all seiner Bürgerinnen und Bürger, gegen die in einem Mitgliedstaat eine gültige Ausweisungsverfügung ergangen ist, oder die Einrichtung von Asylbearbeitungs- und Aufnahmezentren in Partner-Drittstaaten ermöglicht wird;

Or. en

Änderungsantrag 515
Jorge Martín Frías, Hermann Tertsch

Entschließungsantrag
Ziffer 28 – Nummer 2 (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	(2) fordert eine Politik der regionalen Unterbringung von Flüchtlingen und fordert ferner, dass internationale Finanzmittel nur unter der Bedingung bereitgestellt werden, dass Rückkehr- und Rückübernahmeabkommen mit Drittländern wirkungsvoll umgesetzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 516
Jorge Martín Frías, Hermann Tertsch

Entschließungsantrag
Ziffer 28 – Nummer 3 (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	(3) prangert den Umstand an, dass die Migrationspolitik der EU seit vielen Jahren die Schuld an der Aushöhlung der Menschenrechte und der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger der

Mitgliedstaaten trägt, da illegale Migranten ihr Leben nicht aufs Spiel setzen würden, um nach Europa zu kommen, wenn durch politische Maßnahmen der EU keine Sogwirkung geschaffen würde;

Or. en

Änderungsantrag 517
Jorge Martín Frías, Hermann Tertsch

Entschließungsantrag
Ziffer 28 – Nummer 4 (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	(4) stellt mit Besorgnis fest, dass regierungsunabhängige Organisationen eine wichtige Rolle bei der Förderung der Schlepperei spielen, indem sie als Shuttledienst fungieren und Migranten bei der Umgehung nationaler Gesetze helfen, indem sie ihnen empfehlen, sich ihrer Reise- und Ausweisdokumente zu entledigen; betont, dass regierungsunabhängige Organisationen, die illegale Migration fördern, keine Unionsmittel erhalten sollten, und fordert erneut, illegale Such- und Rettungsoperationen durch regierungsunabhängige Organisationen zu kriminalisieren;

Or. en

Änderungsantrag 518
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Ziffer 28 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

28a. ist zutiefst besorgt über die Praxis des Abschlusses informeller Vereinbarungen mit Drittländern in Bezug auf die Zusammenarbeit im Bereich Migration, über die das Europäische Parlament keine Kontrolle hat; fordert die Mitgliedstaaten auf, für Transparenz zu sorgen und eine parlamentarische und demokratische Kontrolle zu ermöglichen, insbesondere in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Parteien, die bekanntermaßen Menschenrechtsverletzungen begangen haben; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Vorabbewertungen und Überwachungsmechanismen einzuführen, um die Auswirkungen der Zusammenarbeit mit Drittländern im Bereich Migration auf die Menschenrechte zu prüfen, und die Ergebnisse dem Parlament mitzuteilen; besteht darauf, dass Menschenrechtsklauseln in Migrationsabkommen aufgenommen werden, und fordert ihre Aussetzung bei Verstößen gegen die Menschenrechte;

Or. en

Änderungsantrag 519
Marion Maréchal

Entschließungsantrag
Ziffer 28 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28a. weist darauf hin, dass das Recht auf Asyl und die Rechte von Flüchtlingen nicht absolut sein dürfen und von der Pflicht der Staaten abhängig sind, den inneren Frieden in ihrem Hoheitsgebiet zu gewährleisten und zu erhalten; bedauert, dass diese Rechte durch nichtstaatliche Organisationen und Verbände ausgehöhlt werden, die durch ihr Handeln und ihre Beratung zur

Schleusung von Migranten beitragen; betont, dass diese nichtstaatlichen Organisationen und Verbände keine EU-Mittel erhalten sollten; bekräftigt, dass Aktivitäten zur Unterstützung der illegalen Einreise in die Mitgliedstaaten, wie Such- und Rettungseinsätze nichtstaatlicher Organisationen, strafrechtlich verfolgt werden sollten;

Or. fr

Änderungsantrag 520
Matthieu Valet, Jordan Bardella, András László, Sebastiaan Stöteler, Pierre-Romain Thionnet

Entschließungsantrag
Ziffer 28 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28a. nimmt die Verfälschung und Beihilfe regierungsunabhängiger Organisationen zur Kenntnis, was die Förderung der Schlepperei in der EU anbelangt; betont, dass private Stellen nicht an Such- und Rettungsaktionen beteiligt sein sollten, da dies einen Verstoß gegen einzelstaatliches Recht darstellt; bekräftigt seine Forderung, die Finanzierung dieser sogenannten gesellschaftlichen Gruppen zu blockieren, die als illegaler Shuttledienst fungieren und Migranten schleppen, und fordert erneut, diese regierungsunabhängigen Organisationen wegen Schlepperei von Migranten und Menschenhandel strafrechtlich zu verfolgen;

Or. en

Änderungsantrag 521
Susanna Ceccardi, Roberto Vannacci, Silvia Sardone

Entschließungsantrag

Ziffer 28 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28a. ist der festen Überzeugung, dass eine Aufstockung der humanitären Hilfe in Verbindung mit klaren Zielen in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und Regierungsführung sowie mit Maßnahmen zur Verhinderung und Begrenzung der illegalen Migration erforderlich ist, damit die Union auf künftige Krisen reagieren kann; fordert, dass die Empfänger und die Verwendung solcher Hilfen sorgfältig überwacht werden und dass das Europäische Parlament kontinuierlich über ihre Verwendung informiert wird;

Or. en

Änderungsantrag 522
Emmanouil Fragkos

Entschließungsantrag
Ziffer 28 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28a. fordert die Kommission auf, die Schaffung europäischer Sonderzonen im Hoheitsgebiet von Drittländern in Erwägung zu ziehen, in denen
	a) der Besitzstand der Union uneingeschränkt zur Anwendung kommt,
	b) von europäischen Unternehmen schwerpunktmäßig investiert wird,
	c) diejenigen, die Zuflucht und Arbeit in einem europäischen Umfeld suchen, dies in Sicherheit tun können.

Or. el

Änderungsantrag 523

Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 28 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28a. fordert, den Grundsatz der Nichtzurückweisung in Länder, in denen das Leben und die Sicherheit eines Menschen gefährdet wären, zu achten; bedauert, dass einige Betroffene sogar unter Missachtung des Völkerrechts, einschließlich des Rechts auf Asyl, zur Grenze zurückgeführt oder an Orte abgeschoben wurden, an denen sie in Lebensgefahr waren;

Or. en

Änderungsantrag 524
Barry Andrews, Petras Auštrevičius, Lucia Yar, Ilhan Kyuchyuk, Jan-Christoph Oetjen

Entschließungsantrag
Ziffer 28 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, vor Abschluss eines Abkommens zu Migration mit Partnerländern eine Bewertung in Bezug auf die Menschenrechte durchzuführen; bekräftigt, dass das Parlament in diesen Vorgang einbezogen werden sollte, damit für parlamentarische und demokratische Kontrolle gesorgt ist;

Or. en

Änderungsantrag 525
András László, Matthieu Valet

Entschließungsantrag
Ziffer 28 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28a. verurteilt die Handlungen vermeintlicher regierungsunabhängiger Organisationen, mit denen die illegale Masseneinwanderung nach Europa gefördert wird; fordert diese Organisationen auf, der Verbindung illegaler Einwanderer mit echten Asylsuchenden ein Ende zu bereiten, da dadurch die Toleranz- und Schutzmaßnahmen unterminiert werden, die Letztere verdienen;

Or. en

Änderungsantrag 526
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 28 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28b. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, hinsichtlich der Zuweisung von Mitteln aus Drittländern für die Zusammenarbeit in Migrationsangelegenheiten vollkommene Transparenz walten zu lassen und dafür zu sorgen, dass mit EU-Mitteln, Schulungen oder anderen Formen der Unterstützung von Drittländern im Zusammenhang mit Migration weder mittelbar noch unmittelbar die Begehung von Menschenrechtsverletzungen begünstigt oder die Straflosigkeit für solche Verstöße verstärkt und aufrechterhalten wird; fordert in diesem Zusammenhang, dass alle Rückübernahmeabkommen und alle entsprechenden Verhandlungen mit Staaten, in denen die Menschenrechte nicht geachtet werden, ausgesetzt werden; fordert nachdrücklich, dass jedes von der EU oder den Mitgliedstaaten finanzierte

Projekt oder jede Initiative im Bereich der Migrationszusammenarbeit einer gründlichen und unabhängigen Ex-ante-Bewertung der Auswirkungen auf die Menschenrechte und einer Überwachung während der gesamten Projektdauer unterzogen wird und dass die Ergebnisse dieser Bewertungen und der Überwachung dem Europäischen Parlament mitgeteilt werden;

Or. en

Änderungsantrag 527
Susanna Ceccardi, Roberto Vannacci, Silvia Sardone

Entschließungsantrag
Ziffer 28 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28b. stellt mit Besorgnis fest, dass regierungsunabhängige Organisationen eine wichtige Rolle bei der Förderung der Schlepperei spielen, indem sie als Shuttledienst fungieren und Migranten bei der Umgehung nationaler Gesetze helfen, indem sie ihnen empfehlen, sich ihrer Reise- und Ausweisdokumente zu entledigen; betont, dass regierungsunabhängige Organisationen, die die illegale Migration fördern, keine EU-Mittel erhalten sollten, und bekräftigt, dass illegale Such- und Rettungseinsätze regierungsunabhängiger Organisationen sowie alle anderen Tätigkeiten zur Unterstützung der illegalen Einreise in die Mitgliedstaaten im Einklang mit dem nationalen Recht strafrechtlich verfolgt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 528
Matthieu Valet, Jordan Bardella, András László, Sebastiaan Stöteler, Pierre-Romain

Thionnet

Entschließungsantrag
Ziffer 28 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28b. betont, dass die anhaltende Migration aus radikalen islamischen Ländern wie Afghanistan nach Europa das Risiko birgt, dass fundamentalistisches islamisches Recht eingeführt wird und somit die Rechte der Frauen in Europa untergraben werden; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, der Masseneinwanderung aus diesen Ländern Einhalt zu gebieten, wobei die Einwanderer hauptsächlich junge erwachsene Männer sind; fordert, dass Maßnahmen zur Rückübernahme von Migranten, die die europäische Sicherheit gefährden, und die Durchsetzung von Rückübernahmeabkommen für illegale Einwanderer rasch und wirksam umgesetzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 529
András László, Matthieu Valet

Entschließungsantrag
Ziffer 28 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28b. verurteilt Staaten, die sich an Hybridangriffen beteiligen und illegale Einwanderer nutzen, um das europäische Asylsystem zu belasten; fordert die Mitgliedstaaten auf, Organisationen, die den Transport illegaler Einwanderer zu Häfen von EU-Mitgliedstaaten und an die Außengrenzen des Schengen-Raums fördern, nicht länger zu finanzieren;

Or. en

Änderungsantrag 530
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 28 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28c. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, keine Mittel für die Aufnahme von Flüchtlingen oder Migranten oder Maßnahmen zur Kontrolle oder Rückführung von Migranten in die öffentliche Entwicklungshilfe und jegliche Konditionalität der Hilfe in diesem Bereich aufzunehmen; verurteilt insbesondere die Konditionalität der Hilfe für bestimmte Länder durch Rückübernahmeabkommen und die Zunahme von Verhandlungen in diesem Bereich;

Or. en

Änderungsantrag 531
András László, Matthieu Valet

Entschließungsantrag
Ziffer 28 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28c. fordert EU-Missionen weltweit auf, im Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention dafür zu sorgen, dass Flüchtlinge Unterstützung und den Flüchtlingsstatus im ersten sicheren Land erhalten, und Lösungen zu finden, wie die EU Flüchtlingen helfen kann, möglichst bald nach dem Ende des Konflikts in ihr Herkunftsland zurückzukehren;

Or. en

Änderungsantrag 532
Matthieu Valet, Jordan Bardella, András László, Sebastiaan Stöteler, Pierre-Romain Thionnet

Entschließungsantrag
Ziffer 28 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28c. erinnert daran, dass die Rückkehr und Rückführung ausländischer Straftäter wesentlich ist, um die öffentliche Sicherheit zu erhalten, die Rechtsstaatlichkeit zu wahren und die Integrität der Migrations- und Asylsysteme in der EU aufrechtzuerhalten;

Or. en

Änderungsantrag 533
Matthieu Valet, Jordan Bardella, András László, Sebastiaan Stöteler, Pierre-Romain Thionnet

Entschließungsantrag
Ziffer 28 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28d. fordert die Mitgliedstaaten und die EU nachdrücklich auf, diplomatischen, wirtschaftlichen und politischen Druck auf Drittstaaten auszuüben, damit sie ihre Staatsangehörigen, die in der EU Straftaten begangen haben, umgehend zurückführen, insbesondere wenn für die betreffenden Personen rechtliche und administrative Ausweisungsverfügungen vorliegen; betont, dass Kooperationsabkommen, Handel, Visapolitik und finanzielle Unterstützung für Drittstaaten an die Bedingung geknüpft werden sollten, dass die Rückführungspflichten erfüllt werden; fordert in diesem Zusammenhang eine

stärkere und bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten;

Or. en

Änderungsantrag 534
Matthieu Valet, Thierry Mariani, Pierre-Romain Thionnet, Jordan Bardella

Entschließungsantrag
Ziffer 28 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	28e. erinnert daran, dass die Westsahara zum Hoheitsgebiet Marokkos zählt, und verurteilt die anhaltende Unterstützung der Polisario-Front durch Algerien; bedauert, dass durch diese Unterstützung die Region destabilisiert wird, wodurch die Zahl der örtlichen Einwohner, die versuchen, illegal nach Europa einzuwandern, steigt und die Tätigkeit von Menschenhändlern gefördert wird, die ihrem unmenschlichen Geschäft nachgehen und neue Migrationsrouten schaffen;

Or. en

Änderungsantrag 535
Mariusz Kamiński

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	verurteilt die von Moskau weiter betriebene Politik des Kolonialismus und der systematischen Unterdrückung angestammter Volksgruppen sowie nationaler und ethnischer Minderheiten in der Russischen Föderation und den von ihr besetzten Gebieten, einschließlich der Verfolgung der Krimtataren, der

	angestammten Bevölkerung der von Russland okkupierten ukrainischen Halbinsel Krim; fordert die internationale Gemeinschaft auf, sich diesem Problem zu widmen und Druck auf Moskau auszuüben, um den Verletzungen von Menschenrechten und internationalen Normen, einschließlich des Rechts auf Ausübung der eigenen Sprache, Kultur und Religion, Einhalt zu gebieten; verurteilt insbesondere, dass Russland bei den Rekrutierungen für seinen groß angelegten Einmarsch in die Ukraine überproportional auf Angehörige ethnischer Minderheiten zurückgreift und diese als Kanonenfutter missbraucht, wodurch sich die demografische Situation dieser Bevölkerungsgruppen noch weiter verschlechtert;

Or. pl

Änderungsantrag 536
Susanna Ceccardi, Roberto Vannacci, Silvia Sardone

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Rechte von ***LGBTIQ+-Personen***	Rechte von ***Personen weltweit***

Or. en

Änderungsantrag 537
András László, Matthieu Valet

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Rechte von ***LGBTIQ+-Personen***	Rechte von ***LGB-Personen***

Or. en

Änderungsantrag 538
Tomasz Froelich

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. bedauert die weltweit erfolgenden Menschenrechtsverletzungen, einschließlich der Diskriminierung, Verfolgung, Gewalt und Tötung, von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, nichtbinären, intersexuellen und queeren Personen (LGBTIQ+-Personen); ist äußerst besorgt über die Verbreitung von Hass und Anti-LGBTIQ+-Narrativen und -Gesetzen, die sich gegen LGBTIQ+-Personen und Menschenrechtsverteidiger richten; bekräftigt seine Forderung nach einer vollständigen Durchsetzung der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen für den Zeitraum 2020-2025 als Instrument der EU zur Verbesserung der Situation von LGBTIQ+-Personen weltweit;	***entfällt***

Or. de

Änderungsantrag 539
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. bedauert die ***weltweit erfolgenden*** Menschenrechtsverletzungen, einschließlich ***der*** Diskriminierung, Verfolgung, Gewalt und Tötung, ***von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, nichtbinären, intersexuellen und queeren Personen***	29. bedauert die Menschenrechtsverletzungen, einschließlich Diskriminierung, Verfolgung, Gewalt und Tötung, ***deren Opfer Frauen*** und ***Minderheiten sind***;

(LGBTIQ+-Personen); ist äußerst besorgt über die Verbreitung von Hass und Anti-LGBTIQ+-Narrativen und -Gesetzen, die sich gegen LGBTIQ+-Personen und Menschenrechtsverteidiger richten; bekräftigt seine Forderung nach einer vollständigen Durchsetzung der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen für den Zeitraum 2020-2025 als Instrument der EU zur Verbesserung der Situation von LGBTIQ+-Personen weltweit;

Or. en

Änderungsantrag 540
Susanna Ceccardi, Roberto Vannacci, Silvia Sardone

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. bedauert die weltweit erfolgenden Menschenrechtsverletzungen, einschließlich der Diskriminierung, Verfolgung, Gewalt und Tötung***, von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, nichtbinären, intersexuellen und queeren Personen (LGBTIQ+-Personen)***; ***ist äußerst besorgt über die Verbreitung von Hass und Anti-LGBTIQ+-Narrativen und -Gesetzen, die sich gegen LGBTIQ+-Personen und Menschenrechtsverteidiger richten; bekräftigt seine Forderung nach einer vollständigen Durchsetzung der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen für den Zeitraum 2020-2025 als Instrument der EU zur Verbesserung der Situation von LGBTIQ+-Personen weltweit;***	29. bedauert die weltweit erfolgenden Menschenrechtsverletzungen, einschließlich der Diskriminierung, Verfolgung, Gewalt und Tötung;

Or. en

Änderungsantrag 541
Matthieu Valet, Jordan Bardella, András László, Sebastiaan Stöteler, Pierre-Romain Thionnet

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. bedauert die ***weltweit erfolgenden*** Menschenrechtsverletzungen, einschließlich ***der*** Diskriminierung, Verfolgung, Gewalt und Tötung, ***von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, nichtbinären, intersexuellen und queeren Personen (LGBTIQ+-Personen); ist äußerst besorgt über die Verbreitung von Hass und Anti-LGBTIQ+-Narrativen und -Gesetzen, die sich gegen LGBTIQ+-Personen und Menschenrechtsverteidiger richten; bekräftigt seine Forderung nach einer vollständigen Durchsetzung der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen für den Zeitraum 2020-2025 als Instrument der EU zur Verbesserung der Situation von LGBTIQ+-Personen weltweit;***	29. bedauert die Menschenrechtsverletzungen, einschließlich Diskriminierung, Verfolgung, Gewalt und Tötung, ***deren Opfer Menschen aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung sind***;

Or. en

Änderungsantrag 542
András László, Matthieu Valet

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. bedauert die weltweit erfolgenden Menschenrechtsverletzungen, einschließlich ***der*** Diskriminierung, Verfolgung, Gewalt und Tötung, ***von lesbischen, schwulen***, ***bisexuellen, transsexuellen, nichtbinären, intersexuellen*** und ***queeren*** Personen (***LGBTIQ+-Personen***); ***ist äußerst besorgt***	29. bedauert die weltweit erfolgenden Menschenrechtsverletzungen, einschließlich Diskriminierung, Verfolgung, Gewalt und Tötung, ***deren Opfer lesbische***, ***schwule*** und ***bisexuelle*** Personen (***LGB-Personen***) ***sind***;

über die Verbreitung von Hass und Anti-LGBTIQ+-Narrativen und -Gesetzen, die sich gegen LGBTIQ+-Personen und Menschenrechtsverteidiger richten; bekräftigt seine Forderung nach einer vollständigen Durchsetzung der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen für den Zeitraum 2020-2025 als Instrument der EU zur Verbesserung der Situation von LGBTIQ+-Personen weltweit;

Or. en

Änderungsantrag 543
Arkadiusz Mularczyk
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. bedauert die weltweit erfolgenden Menschenrechtsverletzungen, einschließlich der Diskriminierung, Verfolgung, Gewalt und Tötung, ***von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, nichtbinären, intersexuellen und queeren Personen (LGBTIQ+-Personen); ist äußerst besorgt über die Verbreitung von Hass und Anti-LGBTIQ+-Narrativen und -Gesetzen, die sich gegen LGBTIQ+-Personen und Menschenrechtsverteidiger richten; bekräftigt seine Forderung nach einer vollständigen Durchsetzung der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen für den Zeitraum 2020-2025 als Instrument der EU zur Verbesserung der Situation von LGBTIQ+-Personen weltweit;***	29. bedauert die weltweit erfolgenden Menschenrechtsverletzungen, einschließlich der Diskriminierung, Verfolgung, Gewalt und Tötung, ***deren Opfer Menschen aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung sind***;

Or. en

Änderungsantrag 544
Jorge Martín Frías, Hermann Tertsch

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. bedauert die weltweit erfolgenden Menschenrechtsverletzungen, einschließlich der Diskriminierung, Verfolgung, Gewalt und Tötung, von ***lesbischen, schwulen***, ***bisexuellen, transsexuellen***, ***nichtbinären, intersexuellen und queeren Personen (LGBTIQ+-Personen)***; ist äußerst besorgt über die Verbreitung von Hass und Anti-LGBTIQ+-Narrativen und ***-Gesetzen***, die sich gegen LGBTIQ+-Personen und Menschenrechtsverteidiger richten***; bekräftigt seine Forderung nach einer vollständigen Durchsetzung der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen für den Zeitraum 2020-2025 als Instrument der EU zur Verbesserung der Situation von LGBTIQ+-Personen weltweit***;	29. bedauert die weltweit erfolgenden Menschenrechtsverletzungen, einschließlich der Diskriminierung, Verfolgung, Gewalt und Tötung, ***deren Opfer Menschen unabhängig*** von ***ihrer Herkunft***, ***ethnischen Zugehörigkeit***, ***Religion oder Weltanschauung sind***; ist äußerst besorgt über die Verbreitung von Hass und Anti-LGBTIQ+-Narrativen und ***-Gesetzen***, die sich gegen LGBTIQ+-Personen und Menschenrechtsverteidiger richten***, was in islamischen Ländern eine gängige Praxis ist***;

Or. en

Änderungsantrag 545
Sandra Gómez López, Nacho Sánchez Amor

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. bedauert die weltweit erfolgenden Menschenrechtsverletzungen, einschließlich der Diskriminierung, Verfolgung, Gewalt und Tötung, von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, nichtbinären, intersexuellen und queeren Personen (LGBTIQ+-Personen); ist äußerst besorgt über die Verbreitung von Hass und Anti-LGBTIQ+-	29. bedauert die weltweit erfolgenden Menschenrechtsverletzungen, einschließlich der Diskriminierung, Verfolgung, Gewalt und Tötung, von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, nichtbinären, intersexuellen und queeren Personen (LGBTIQ+-Personen); ist äußerst besorgt über die Verbreitung von Hass und Anti-LGBTIQ+-

Narrativen und -Gesetzen, die sich gegen LGBTIQ+-Personen und Menschenrechtsverteidiger richten; bekräftigt seine Forderung nach einer vollständigen Durchsetzung der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen für den Zeitraum 2020-2025 als Instrument der EU zur Verbesserung der Situation von LGBTIQ+-Personen weltweit;

Narrativen und -Gesetzen, die sich gegen LGBTIQ+-Personen und Menschenrechtsverteidiger richten; ***fordert, dass spezifische Maßnahmen zum Schutz von LGBTIQ+-Personen ergriffen werden und ihnen Instrumente zur Verfügung gestellt werden, über die sie eine Verletzung ihrer Rechte melden können; äußert insbesondere Besorgnis in Bezug auf LGBTIQ+-Personen, die unter undemokratischen Regimen oder in Konfliktsituationen leben, und fordert rasche Reaktionsmechanismen, um diese Menschen und diejenigen, die sich für sie einsetzen, zu schützen;*** bekräftigt seine Forderung nach einer vollständigen Durchsetzung der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen für den Zeitraum 2020-2025 als Instrument der EU zur Verbesserung der Situation von LGBTIQ+-Personen weltweit;

Or. en

Änderungsantrag 546
Lucia Yar, Barry Andrews, Dan Barna, Petras Auštrevičius

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. bedauert die weltweit erfolgenden Menschenrechtsverletzungen, einschließlich der Diskriminierung, Verfolgung, Gewalt und Tötung, von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, nichtbinären, intersexuellen und queeren Personen (LGBTIQ+-Personen); ist äußerst besorgt über die Verbreitung von Hass und Anti-LGBTIQ+-Narrativen und -Gesetzen, die sich gegen LGBTIQ+-Personen und Menschenrechtsverteidiger richten; bekräftigt seine Forderung nach einer vollständigen Durchsetzung der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-	29. bedauert die weltweit erfolgenden Menschenrechtsverletzungen, einschließlich der Diskriminierung, Verfolgung, Gewalt und Tötung, von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, nichtbinären, intersexuellen und queeren Personen (LGBTIQ+-Personen); ist äußerst besorgt über die Verbreitung von Hass und Anti-LGBTIQ+-Narrativen und -Gesetzen, die sich gegen LGBTIQ+-Personen und Menschenrechtsverteidiger richten; bekräftigt seine Forderung nach einer vollständigen Durchsetzung der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-

Personen für den Zeitraum 2020-2025 als Instrument der EU zur Verbesserung der Situation von LGBTIQ+-Personen weltweit;	Personen für den Zeitraum 2020-2025 als Instrument der EU zur Verbesserung der Situation von LGBTIQ+-Personen weltweit; ***fordert, dass die Anwendung der Todesstrafe entschieden und unter allen Umständen abgelehnt wird, was auch für Rechtsvorschriften gilt, die die Todesstrafe für Homosexualität vorsehen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, Länder weiter dazu zu drängen, dass sie ihren Standpunkt zur Todesstrafe überdenken; weist ferner darauf hin, dass die Verhängung der Todesstrafe auf der Grundlage solcher Rechtsvorschriften per se eine willkürliche Tötung und einen Verstoß gegen Artikel 6 des IPBPR darstellt;***
	Or. en

Änderungsantrag 547
Robert Biedroń

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. bedauert die weltweit erfolgenden Menschenrechtsverletzungen, einschließlich der Diskriminierung, Verfolgung, Gewalt und Tötung, von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, nichtbinären, intersexuellen und queeren Personen (LGBTIQ+-Personen); ist äußerst besorgt über die Verbreitung von Hass und Anti-LGBTIQ+-Narrativen und -Gesetzen, die sich gegen LGBTIQ+-Personen und Menschenrechtsverteidiger richten; bekräftigt seine Forderung nach einer vollständigen Durchsetzung der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen für den Zeitraum 2020-2025 als Instrument der EU zur Verbesserung der Situation von LGBTIQ+-Personen	29. bedauert die weltweit erfolgenden Menschenrechtsverletzungen, einschließlich der Diskriminierung, Verfolgung, Gewalt und Tötung, von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, nichtbinären, intersexuellen und queeren Personen (LGBTIQ+-Personen); ***fordert verbindliche horizontale Rechtsrahmen in Drittstaaten zum Schutz von LGBTIQ+-Personen vor Diskriminierung und Gewalt und die Aufnahme von Bestimmungen zur Nichtdiskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung und Geschlechtsidentität in internationale Abkommen, damit die Rechte von LGBTIQ+-Personen standardisiert werden;*** ist äußerst besorgt über die Verbreitung von Hass und Anti-LGBTIQ+-

weltweit;	Narrativen und -Gesetzen, die sich gegen LGBTIQ+-Personen und Menschenrechtsverteidiger richten; bekräftigt seine Forderung nach einer vollständigen Durchsetzung der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen für den Zeitraum 2020-2025 als Instrument der EU zur Verbesserung der Situation von LGBTIQ+-Personen weltweit;

Or. en

Änderungsantrag 548
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 29

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
29. bedauert die weltweit erfolgenden Menschenrechtsverletzungen, einschließlich der Diskriminierung, Verfolgung, Gewalt und Tötung, von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, nichtbinären, intersexuellen und queeren Personen (LGBTIQ+-Personen); ist äußerst besorgt über die Verbreitung von Hass und Anti-LGBTIQ+-Narrativen und -Gesetzen, die sich gegen LGBTIQ+-Personen und Menschenrechtsverteidiger richten; bekräftigt seine Forderung nach einer vollständigen Durchsetzung der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen für den Zeitraum 2020-2025 als Instrument der EU zur Verbesserung der Situation von LGBTIQ+-Personen weltweit;	29. bedauert die weltweit erfolgenden Menschenrechtsverletzungen, einschließlich der Diskriminierung, Verfolgung, Gewalt und Tötung, von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, nichtbinären, intersexuellen und queeren Personen (LGBTIQ+-Personen); ist äußerst besorgt über die Verbreitung von Hass und Anti-LGBTIQ+-Narrativen und -Gesetzen, die sich gegen LGBTIQ+-Personen und Menschenrechtsverteidiger richten; bekräftigt seine Forderung nach einer vollständigen Durchsetzung der Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen für den Zeitraum 2020-2025 als Instrument der EU zur Verbesserung der Situation von LGBTIQ+-Personen weltweit; ***fordert u. a. die wirksame Umsetzung der Leitlinien der EU für die Förderung und den Schutz der Ausübung aller Menschenrechte durch LGBTIQ+-Personen;***

Or. en

Änderungsantrag 549
Marion Maréchal

Entschließungsantrag
Ziffer 29 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	29a. weist darauf hin, dass es nicht Aufgabe der EU ist, die Forderungen von LGBTIQ±-Verbänden zu verbreiten, die sich für die Anerkennung von Sonderrechten einsetzen, die im Widerspruch zu den grundlegenden biologischen und genetischen Realitäten stehen, die die geschlechtsspezifischen Unterschiede zwischen Männern und Frauen ausmachen; beklagt, dass unter dem Deckmantel der Sexualerziehung in Lehrplänen die Genderideologie gefördert wird;

Or. fr

Änderungsantrag 550
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 30

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
30. ist besorgt über die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der uneingeschränkten Wahrnehmung der Rechte von Menschen mit Behinderungen; bekräftigt seine Aufforderung an die EU, den Partnerländern bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Unterstützung von Personen, die Menschen mit Behinderungen betreuen und pflegen, unter die Arme zu greifen; fordert die EU auf, in ihrer Außenpolitik die Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen	30. ist besorgt über die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der uneingeschränkten Wahrnehmung der Rechte von Menschen mit Behinderungen; ***verweist auf die zusätzlichen Komplikationen für Menschen mit Behinderungen in Konfliktsituationen, da sie im Hinblick auf Gewalt stärker gefährdet sind und häufig keine angemessene Gesundheitsversorgung erhalten; fordert alle Parteien in Konfliktsituationen weltweit***

2021-2030 als Instrument zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen zu nutzen, insbesondere im Zusammenhang mit Armut und Diskriminierung, aber auch mit Problemen beim Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Beschäftigung sowie bei der Teilnahme am politischen Leben;

nachdrücklich auf, angemessene Maßnahmen zur möglichst weitgehenden Eindämmung der Risiken für sie zu treffen; bekräftigt seine Aufforderung an die EU, den Partnerländern bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Unterstützung von Personen, die Menschen mit Behinderungen betreuen und pflegen, unter die Arme zu greifen; fordert die EU auf, in ihrer Außenpolitik die Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030 als Instrument zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen zu nutzen, insbesondere im Zusammenhang mit Armut und Diskriminierung, aber auch mit Problemen beim Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Beschäftigung sowie bei der Teilnahme am politischen Leben;

Or. en

Änderungsantrag 551
Ioan-Rareş Bogdan

Entschließungsantrag
Ziffer 30

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
30. ist besorgt über die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der uneingeschränkten Wahrnehmung der Rechte von Menschen mit Behinderungen; bekräftigt seine Aufforderung an die EU, den Partnerländern bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Unterstützung von Personen, die Menschen mit Behinderungen betreuen und pflegen, unter die Arme zu greifen; fordert die EU auf, in ihrer Außenpolitik die Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030 als Instrument zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen zu nutzen, insbesondere im Zusammenhang mit	30. ist besorgt über die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der uneingeschränkten Wahrnehmung der Rechte von Menschen mit Behinderungen; bekräftigt seine Aufforderung an die EU, den Partnerländern bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Unterstützung von Personen, die Menschen mit Behinderungen betreuen und pflegen, unter die Arme zu greifen; fordert die EU auf, in ihrer Außenpolitik die Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030 als Instrument zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen zu nutzen, insbesondere im Zusammenhang mit

Armut und Diskriminierung, aber auch mit Problemen beim Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Beschäftigung sowie bei der Teilnahme am politischen Leben;	Armut und Diskriminierung, aber auch mit Problemen beim Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Beschäftigung sowie bei der Teilnahme am politischen Leben; ***fordert die EU auf, Partnerländer bei der Ausarbeitung inklusiver wirtschaftspolitischer Maßnahmen zu unterstützen, mit denen barrierefreie Berufsbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen gefördert werden, indem ihre uneingeschränkte und aktive Wirtschaftsteilhabe gefördert wird;***
	Or. en

Änderungsantrag 552
Sandra Gómez López, Nacho Sánchez Amor

Entschließungsantrag
Ziffer 30

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
30. ist besorgt über die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der uneingeschränkten Wahrnehmung der Rechte von Menschen mit Behinderungen; bekräftigt seine Aufforderung an die EU, den Partnerländern bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Unterstützung von Personen, die Menschen mit Behinderungen betreuen und pflegen, unter die Arme zu greifen; fordert die EU auf, in ihrer Außenpolitik die Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030 als Instrument zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen zu nutzen, insbesondere im Zusammenhang mit Armut und Diskriminierung, aber auch mit Problemen beim Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Beschäftigung sowie bei der Teilnahme am politischen Leben;	30. ist besorgt über die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der uneingeschränkten Wahrnehmung der Rechte von Menschen mit Behinderungen; bekräftigt seine Aufforderung an die EU, den Partnerländern bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Unterstützung von Personen, die Menschen mit Behinderungen betreuen und pflegen, unter die Arme zu greifen; fordert***, die Gesellschaft zu sensibilisieren und diskriminierendes Verhalten gegenüber Menschen mit Behinderungen zu bekämpfen; fordert*** die EU auf, in ihrer Außenpolitik die Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030 als Instrument zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen zu nutzen, insbesondere im Zusammenhang mit Armut und Diskriminierung, aber auch mit Problemen beim Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Beschäftigung

sowie bei der Teilnahme am politischen Leben;

Or. en

Änderungsantrag 553
Cristian Terheş

Entschließungsantrag
Ziffer 30

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
30. ist besorgt über die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der uneingeschränkten Wahrnehmung der Rechte von Menschen mit Behinderungen; bekräftigt seine Aufforderung an die EU, den Partnerländern bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Unterstützung von Personen, die Menschen mit Behinderungen betreuen und pflegen, unter die Arme zu greifen; fordert die EU auf, in ihrer Außenpolitik die Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030 als Instrument zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen zu nutzen, insbesondere im Zusammenhang mit Armut und Diskriminierung, aber auch mit Problemen beim Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Beschäftigung sowie bei der Teilnahme am politischen Leben;	30. ist besorgt über die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der uneingeschränkten Wahrnehmung der Rechte von Menschen mit Behinderungen; bekräftigt seine Aufforderung an die EU, den Partnerländern bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Unterstützung von Personen, die Menschen mit Behinderungen betreuen und pflegen, unter die Arme zu greifen; fordert die EU auf, in ihrer Außenpolitik die Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030 als Instrument zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen zu nutzen, insbesondere im Zusammenhang mit Armut und Diskriminierung, aber auch mit Problemen beim Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Beschäftigung sowie bei der Teilnahme am politischen Leben; ***betont, dass Kinder mit Behinderungen vor Ausbeutung in jeglicher Form geschützt werden müssen;***

Or. en

Änderungsantrag 554
Jorge Martín Frías, Hermann Tertsch

Entschließungsantrag
Ziffer 30

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
30. ist besorgt über die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der uneingeschränkten Wahrnehmung der Rechte von Menschen mit Behinderungen; bekräftigt seine Aufforderung an die EU, den Partnerländern bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Unterstützung von Personen, die Menschen mit Behinderungen betreuen und pflegen, unter die Arme zu greifen; fordert die EU auf, in ihrer Außenpolitik die Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030 als Instrument zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen zu nutzen, insbesondere im Zusammenhang mit Armut und Diskriminierung, aber auch mit Problemen beim Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Beschäftigung sowie bei der Teilnahme am politischen Leben;	30. ist besorgt über die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der uneingeschränkten Wahrnehmung der Rechte von Menschen mit Behinderungen; bekräftigt seine Aufforderung an die EU, den Partnerländern bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Unterstützung von Personen, die Menschen mit Behinderungen ***ungeachtet des Geschlechts*** betreuen und pflegen, unter die Arme zu greifen; fordert die EU auf, in ihrer Außenpolitik die Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021-2030 als Instrument zur Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen zu nutzen, insbesondere im Zusammenhang mit Armut und Diskriminierung, aber auch mit Problemen beim Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Beschäftigung sowie bei der Teilnahme am politischen Leben;

Or. en

Änderungsantrag 555
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 31

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
31. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten erneut auf, neue Wege zur Stärkung der Rechte älterer Menschen zu entwickeln und dabei die vielfältigen Herausforderungen zu berücksichtigen, mit denen sie konfrontiert sind, wie z. B. altersbedingte Diskriminierung, Armut, Gewalt, mangelnder Zugang zu sozialem Schutz, Gesundheitsversorgung und sozialen Diensten sowie Hindernisse beim Zugang zu Beschäftigung; unterstreicht die Arbeit der Offenen Arbeitsgruppe der	31. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten erneut auf, neue Wege zur Stärkung der Rechte älterer Menschen zu entwickeln und dabei die vielfältigen Herausforderungen zu berücksichtigen, mit denen sie konfrontiert sind, wie z. B. altersbedingte Diskriminierung, Armut, Gewalt, mangelnder Zugang zu sozialem Schutz, Gesundheitsversorgung und sozialen Diensten sowie Hindernisse beim Zugang zu Beschäftigung; ***weist darauf hin, dass das geschlechtsspezifische***

Vereinten Nationen zu Fragen des Alterns an einem rechtsverbindlichen Instrument zur Stärkung des Schutzes der Menschenrechte älterer Menschen und fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, in Betracht zu ziehen, diese Arbeiten aktiv zu unterstützen;	***Entgeltgefälle und seine Ursachen während des gesamten Lebenszyklus exponentiell schädliche Folgen für Frauen haben; fordert die Umsetzung spezifischer Maßnahmen zur Bekämpfung des Armutsrisikos für ältere Frauen durch die Erhöhung der Renten, aber auch durch soziale Unterstützung;*** unterstreicht die Arbeit der Offenen Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen zu Fragen des Alterns an einem rechtsverbindlichen Instrument zur Stärkung des Schutzes der Menschenrechte älterer Menschen und fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, in Betracht zu ziehen, diese Arbeiten aktiv zu unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 556
Francisco Assis, Nacho Sánchez Amor, Hana Jalloul Muro, Chloé Ridel, Robert Biedroń, Marco Tarquinio

Entschließungsantrag
Ziffer 31

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
31. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten erneut auf, neue Wege zur Stärkung der Rechte älterer Menschen zu entwickeln und dabei die vielfältigen Herausforderungen zu berücksichtigen, mit denen sie konfrontiert sind, wie z. B. altersbedingte Diskriminierung, Armut, Gewalt, mangelnder Zugang zu sozialem Schutz, Gesundheitsversorgung und sozialen Diensten sowie Hindernisse beim Zugang zu Beschäftigung; unterstreicht die Arbeit der Offenen Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen zu Fragen des Alterns an einem rechtsverbindlichen Instrument zur Stärkung des Schutzes der Menschenrechte älterer Menschen und fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, in Betracht zu ziehen, diese Arbeiten	31. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten erneut auf, neue Wege zur Stärkung der Rechte älterer Menschen zu entwickeln und dabei die vielfältigen Herausforderungen zu berücksichtigen, mit denen sie konfrontiert sind, wie z. B. altersbedingte Diskriminierung, Armut, Gewalt, mangelnder Zugang zu sozialem Schutz, Gesundheitsversorgung und sozialen Diensten sowie Hindernisse beim Zugang zu Beschäftigung; unterstreicht die Arbeit der Offenen Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen zu Fragen des Alterns an einem rechtsverbindlichen Instrument zur Stärkung des Schutzes der Menschenrechte älterer Menschen und fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, in Betracht zu ziehen, diese Arbeiten

aktiv zu unterstützen;	aktiv zu unterstützen; ***betont, dass in der EU-Politik ein bereichs- und generationenübergreifendes Konzept verfolgt werden muss, damit Solidarität zwischen Jung und Alt aufgebaut und gefördert wird;***
	Or. en

Änderungsantrag 557
Viktória Ferenc, András László, Kinga Gál

Entschließungsantrag
Ziffer 31 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	31a. Rechte und Schutz nationaler, ethnischer und sprachlicher Minderheiten
	betont, dass der Schutz nationaler, ethnischer und sprachlicher Minderheiten als grundlegender Aspekt der Menschenrechte und der demokratischen Steuerung von Bedeutung ist; bedauert, dass viele Länder trotz ihrer internationalen Verpflichtungen und Zusagen bezüglich des Schutzes von Minderheiten eine Politik der Zwangsassimilation nationaler, ethnischer und sprachlicher Minderheiten verfolgen, indem sie deren Grundrechte missachten; betont, dass Minderheiten nicht zu einem Ziel oder Instrument militärischer Spannungen oder Konflikte werden sollten; weist erneut auf die Verpflichtungen von Staaten auf der Grundlage internationaler Verträge und Abkommen zum Schutz der Rechte dieser Minderheiten in ihren entsprechenden Gebieten hin; fordert die Regierungen der Partnerländer der Union auf, die Rechte nationaler, ethnischer und sprachlicher Minderheiten einschließlich ihrer Kulturen, Sprachen, Religionen, Traditionen und Geschichten zu achten, um deren Vielfalt und sprachliche und

kulturelle Identität zu bewahren; fordert die Regierungen der Partnerländer der EU auf, umfassende politische Maßnahmen und Rechtsrahmen anzunehmen und durchzusetzen, mit denen die Rechte nationaler, ethnischer und sprachlicher Minderheiten gewährleistet werden; weist darauf hin, dass dies unter anderem den garantierten Zugang zu Bildung in der Muttersprache in allen Bildungsstufen sowie das Recht, Minderheitensprachen im öffentlichen wie auch privaten Raum zu verwenden, umfassen muss; weist ferner darauf hin, dass die Regierungen dafür sorgen müssen, dass Vertreter von Minderheiten an politischen Prozessen auf allen Stufen teilhaben, damit die Meinung von Minderheiten uneingeschränkt bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt wird, und dass diese Gemeinschaften vor Diskriminierung und Hetze geschützt werden müssen; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, die diplomatischen Bemühungen und die Zusammenarbeit mit Partnerländern zu verbessern, was die Förderung der Rechte von Minderheiten anbelangt, und in diesem Zusammenhang aktive Unterstützung für diese Partnerländer anzubieten; fordert die Kommission auf, den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten von Personen, die Minderheiten angehören, weltweit zu unterstützen, auch im Rahmen der thematischen Programme „Menschenrechte und Demokratie“ des NDICI – Europa in der Welt;

Or. en

Änderungsantrag 558
Marion Maréchal

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
32. verurteilt erneut alle Formen von Rassismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit, der Nationalität, der sozialen Klasse, einer Behinderung, der Kaste, der Religion, der Weltanschauung, des Alters, der sexuellen Ausrichtung oder der Geschlechtsidentität; verurteilt die wachsende internationale Bedrohung durch Hetze, auch im Internet; bekräftigt die entscheidende Rolle von Bildung und Dialog bei der Förderung von Toleranz, Verständnis und Vielfalt; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, im weltweiten Kampf gegen alle Formen des Extremismus eine führende Rolle zu übernehmen, und begrüßt die Verabschiedung der einschlägigen Strategie der EU;	32. verurteilt erneut alle Formen von Rassismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit, der Nationalität, der sozialen Klasse, einer Behinderung, der Kaste, der Religion, der Weltanschauung, des Alters, der sexuellen Ausrichtung oder der Geschlechtsidentität; verurteilt die wachsende internationale Bedrohung durch Hetze, auch im Internet; bekräftigt die entscheidende Rolle von Bildung und Dialog bei der Förderung von Toleranz, Verständnis und Vielfalt; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, im weltweiten Kampf gegen alle Formen des Extremismus eine führende Rolle zu übernehmen, und begrüßt die Verabschiedung der einschlägigen Strategie der EU; ***beklagt in diesem Zusammenhang die Politik der umgekehrten Rassendiskriminierung, wie die Rassengesetze, die derzeit in Südafrika ungeachtet der Abschaffung der Apartheid in Kraft sind und sich bekanntermaßen gegen südafrikanische Bürger richten, die Nachkommen von Europäern sind;***

Or. fr

Änderungsantrag 559
Miriam Lexmann

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
32. verurteilt erneut alle Formen von Rassismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit, der Nationalität, der sozialen Klasse, einer Behinderung, der	32. verurteilt erneut alle Formen von Rassismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit***, Antisemitismus*** und Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit, der Nationalität, der sozialen Klasse, einer

Kaste, der Religion, der Weltanschauung, des Alters, der sexuellen Ausrichtung oder der Geschlechtsidentität; verurteilt die wachsende internationale Bedrohung durch Hetze, auch im Internet; bekräftigt die entscheidende Rolle von Bildung und Dialog bei der Förderung von Toleranz, Verständnis und Vielfalt; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, im weltweiten Kampf gegen alle Formen des Extremismus eine führende Rolle zu übernehmen, und begrüßt die Verabschiedung der einschlägigen Strategie der EU;

Behinderung, der Kaste, der Religion, der Weltanschauung, des Alters, der sexuellen Ausrichtung oder der Geschlechtsidentität; verurteilt die wachsende internationale Bedrohung durch Hetze, auch im Internet; bekräftigt die entscheidende Rolle von Bildung und Dialog bei der Förderung von Toleranz, Verständnis und Vielfalt; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, im weltweiten Kampf gegen alle Formen des Extremismus eine führende Rolle zu übernehmen, und begrüßt die Verabschiedung der einschlägigen Strategie der EU; ***ist entsetzt über den wachsenden Antisemitismus innerhalb und außerhalb der EU, auch im Internet, und fordert wirksame EU-Werkzeuge, damit diese akute Krise in Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern bewältigt werden kann;***

Or. en

Änderungsantrag 560
Susanna Ceccardi, Roberto Vannacci, Silvia Sardone

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
32. verurteilt erneut alle Formen von ***Rassismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und*** Diskriminierung ***aus Gründen der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit, der Nationalität, der sozialen Klasse, einer Behinderung, der Kaste, der Religion, der Weltanschauung, des Alters, der sexuellen Ausrichtung oder der Geschlechtsidentität***; verurteilt die wachsende internationale Bedrohung durch Hetze, auch im Internet; bekräftigt die entscheidende Rolle von Bildung und Dialog bei der Förderung von Toleranz, Verständnis und Vielfalt; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, im	32. verurteilt erneut alle Formen von Diskriminierung; verurteilt die wachsende internationale Bedrohung durch Hetze, auch im Internet; bekräftigt die entscheidende Rolle von Bildung und Dialog bei der Förderung von Toleranz, Verständnis und Vielfalt; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, im weltweiten Kampf gegen alle Formen des Extremismus eine führende Rolle zu übernehmen;

weltweiten Kampf gegen alle Formen des Extremismus eine führende Rolle zu übernehmen***, und begrüßt die Verabschiedung der einschlägigen Strategie der EU***;

Or. en

Änderungsantrag 561
Sandra Gómez López, Nacho Sánchez Amor

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
32. verurteilt erneut alle Formen von Rassismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit, der Nationalität, der sozialen Klasse, einer Behinderung, der Kaste, der Religion, der Weltanschauung, des Alters, der sexuellen Ausrichtung oder der Geschlechtsidentität; verurteilt die wachsende internationale Bedrohung durch Hetze, auch im Internet; bekräftigt die entscheidende Rolle von Bildung und Dialog bei der Förderung von Toleranz, Verständnis und Vielfalt; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, im weltweiten Kampf gegen alle Formen des Extremismus eine führende Rolle zu übernehmen, und begrüßt die Verabschiedung der einschlägigen Strategie der EU;	32. verurteilt erneut alle Formen von Rassismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit, der Nationalität, der sozialen Klasse, einer Behinderung, der Kaste, der Religion, der Weltanschauung, des Alters, der sexuellen Ausrichtung oder der Geschlechtsidentität; verurteilt die wachsende internationale Bedrohung durch Hetze, auch im Internet; bekräftigt die entscheidende Rolle von Bildung und Dialog bei der Förderung von Toleranz, Verständnis und Vielfalt; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, im weltweiten Kampf gegen alle Formen des Extremismus eine führende Rolle zu übernehmen, und begrüßt die Verabschiedung der einschlägigen Strategie der EU; ***fordert, dass Mechanismen zur Meldung diskriminierender Verhaltensweisen angenommen bzw. erweitert werden und dass wirksame Rechtsbehelfe zugänglich sind, damit der Straflosigkeit ein Ende bereitet wird;***

Or. en

Änderungsantrag 562
Tomasz Froelich

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
32. verurteilt erneut alle Formen von Rassismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit, der Nationalität, der sozialen Klasse, einer Behinderung, der Kaste, der Religion, der Weltanschauung, des Alters, der sexuellen Ausrichtung oder der Geschlechtsidentität; ***verurteilt die wachsende internationale Bedrohung durch Hetze, auch im Internet; bekräftigt die entscheidende Rolle von Bildung und Dialog bei der Förderung von Toleranz, Verständnis und Vielfalt; fordert die*** EU und ***ihre Mitgliedstaaten auf, im weltweiten Kampf gegen alle Formen des Extremismus eine führende Rolle zu übernehmen, und begrüßt die Verabschiedung der einschlägigen Strategie der EU***;	32. verurteilt erneut alle Formen von Rassismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit, der Nationalität, der sozialen Klasse, einer Behinderung, der Kaste, der Religion, der Weltanschauung, ***der politischen Meinung oder Mitgliedschaft einer politischen Partei,*** des Alters, der sexuellen Ausrichtung oder der Geschlechtsidentität; ***stellt mit Besorgnis fest, dass in der*** EU und ***in anderen Regionen der Welt der Vorwurf von sogenannter Hassreden missbraucht wird um abweichende Meinungen zu kriminalisieren***;

Or. de

Änderungsantrag 563
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
32. verurteilt erneut alle Formen von Rassismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit, der Nationalität, der sozialen Klasse, einer Behinderung, der Kaste, der Religion, der Weltanschauung, des Alters, der sexuellen Ausrichtung oder	32. verurteilt erneut alle Formen von Rassismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit***, Islamfeindlichkeit*** und Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit, der Nationalität, der sozialen Klasse, einer Behinderung, der Kaste, der Religion, der Weltanschauung, des Alters, der sexuellen

der Geschlechtsidentität; verurteilt die wachsende internationale Bedrohung durch Hetze, auch im Internet; bekräftigt die entscheidende Rolle von Bildung und Dialog bei der Förderung von Toleranz, Verständnis und Vielfalt; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, im weltweiten Kampf gegen alle Formen des Extremismus eine führende Rolle zu übernehmen, und begrüßt die Verabschiedung der einschlägigen Strategie der EU;

Ausrichtung oder der Geschlechtsidentität***; unterstreicht, dass es wichtig ist, Fragen im Zusammenhang mit Diskriminierung mit einem intersektionalen Ansatz anzugehen***; verurteilt die wachsende internationale Bedrohung durch Hetze, auch im Internet; bekräftigt die entscheidende Rolle von Bildung und Dialog bei der Förderung von Toleranz, Verständnis und Vielfalt; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, im weltweiten Kampf gegen alle Formen des Extremismus eine führende Rolle zu übernehmen, und begrüßt die Verabschiedung der einschlägigen Strategie der EU;

Or. en

Änderungsantrag 564
András László

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
32. verurteilt erneut alle Formen von Rassismus, ***Intoleranz,*** Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit, der Nationalität, der sozialen Klasse, einer Behinderung, der Kaste, der Religion, der Weltanschauung, des Alters, ***der sexuellen Ausrichtung oder*** der ***Geschlechtsidentität***; verurteilt die wachsende internationale Bedrohung durch Hetze, auch im Internet; bekräftigt die entscheidende Rolle von Bildung und Dialog bei der Förderung von Toleranz, Verständnis und Vielfalt; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ***im weltweiten Kampf gegen alle Formen des Extremismus eine führende Rolle*** zu ***übernehmen, und begrüßt die Verabschiedung der einschlägigen***	32. verurteilt erneut alle Formen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit, der Nationalität, der sozialen Klasse, einer Behinderung, der Kaste, der Religion, der Weltanschauung, des Alters, ***des biologischen Geschlechts und*** der ***sexuellen Ausrichtung***; verurteilt die wachsende internationale Bedrohung durch Hetze, auch im Internet; bekräftigt die entscheidende Rolle von Bildung und Dialog bei der Förderung von Toleranz, Verständnis und Vielfalt; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ***Menschenrechte weltweit*** zu ***verteidigen***;

Strategie der EU;

Or. en

Änderungsantrag 565
Arkadiusz Mularczyk
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
32. verurteilt erneut alle Formen von Rassismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit, der Nationalität, der sozialen Klasse, einer Behinderung, der Kaste, der Religion, der Weltanschauung, des Alters, der sexuellen Ausrichtung oder ***der Geschlechtsidentität***; verurteilt die wachsende internationale Bedrohung durch Hetze, auch im Internet; bekräftigt die entscheidende Rolle von Bildung und Dialog bei der Förderung von Toleranz, Verständnis und Vielfalt; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, im weltweiten Kampf gegen alle Formen des Extremismus eine führende Rolle zu übernehmen, und begrüßt die Verabschiedung der einschlägigen Strategie der EU;	32. verurteilt erneut alle Formen von Rassismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit, der Nationalität, der sozialen Klasse, einer Behinderung, der Kaste, der Religion, der Weltanschauung, des Alters, der sexuellen Ausrichtung oder ***des Geschlechts***; verurteilt die wachsende internationale Bedrohung durch Hetze, auch im Internet; bekräftigt die entscheidende Rolle von Bildung und Dialog bei der Förderung von Toleranz, Verständnis und Vielfalt; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, im weltweiten Kampf gegen alle Formen des Extremismus eine führende Rolle zu übernehmen, und begrüßt die Verabschiedung der einschlägigen Strategie der EU;

Or. en

Änderungsantrag 566
Sebastian Tynkkynen

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
32. verurteilt erneut alle Formen von	32. verurteilt erneut alle Formen von

Rassismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit, der Nationalität, der sozialen Klasse, einer Behinderung, der Kaste, der Religion, der Weltanschauung, des Alters, der sexuellen Ausrichtung oder der Geschlechtsidentität; verurteilt ***die wachsende internationale Bedrohung durch Hetze***, auch im Internet; bekräftigt die entscheidende Rolle von Bildung und Dialog bei der Förderung von Toleranz, Verständnis und Vielfalt; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, im weltweiten Kampf gegen alle Formen des Extremismus eine führende Rolle zu übernehmen, und begrüßt die Verabschiedung der einschlägigen Strategie der EU;	Rassismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit, der Nationalität, der sozialen Klasse, einer Behinderung, der Kaste, der Religion, der Weltanschauung, des Alters, der sexuellen Ausrichtung oder der Geschlechtsidentität; verurteilt ***zu Gewalt aufrufende Äußerungen***, auch im Internet; bekräftigt die entscheidende Rolle von Bildung und Dialog bei der Förderung von Toleranz, Verständnis und Vielfalt; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, im weltweiten Kampf gegen alle Formen des Extremismus eine führende Rolle zu übernehmen, und begrüßt die Verabschiedung der einschlägigen Strategie der EU;

Or. fi

Änderungsantrag 567
Jorge Martín Frías, Hermann Tertsch

Entschließungsantrag
Ziffer 32

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
32. verurteilt erneut alle Formen von Rassismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit, der Nationalität, der sozialen Klasse, einer Behinderung, der Kaste, der Religion, der Weltanschauung, des Alters***,*** der sexuellen Ausrichtung ***oder der Geschlechtsidentität***; verurteilt die wachsende internationale Bedrohung durch Hetze, auch im Internet; bekräftigt die entscheidende Rolle von Bildung und Dialog bei der Förderung von Toleranz, Verständnis und Vielfalt; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, im weltweiten Kampf gegen alle Formen des Extremismus eine führende Rolle zu	32. verurteilt erneut alle Formen von Rassismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung aus Gründen der Rasse, der ethnischen Zugehörigkeit, der Nationalität, der sozialen Klasse, einer Behinderung, der Kaste, der Religion, der Weltanschauung, des Alters ***oder*** der sexuellen Ausrichtung; verurteilt die wachsende internationale Bedrohung durch Hetze, auch im Internet; bekräftigt die entscheidende Rolle von Bildung und Dialog bei der Förderung von Toleranz, Verständnis und Vielfalt; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, im weltweiten Kampf gegen alle Formen des Extremismus eine führende Rolle zu übernehmen, und begrüßt die

übernehmen, und begrüßt die Verabschiedung der einschlägigen Strategie der EU;

Verabschiedung der einschlägigen Strategie der EU;

Or. en

Änderungsantrag 568
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 32 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	32a. nimmt mit großer Besorgnis das Ausmaß und die Folgen von Hierarchien, Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen infolge der Kastenzugehörigkeit zur Kenntnis, einschließlich der Verweigerung des Zugangs zum Rechtssystem oder zur Beschäftigung, der anhaltenden Segregation, Armut und Stigmatisierung sowie der kastenbedingten Hindernisse für die Ausübung der grundlegenden Menschenrechte und die menschliche Entwicklung; bekräftigt seine Forderung nach der Entwicklung einer EU-Politik zur Diskriminierung aufgrund der Kastenzugehörigkeit und spezifischer lokaler Strategien zur Bekämpfung kastenbedingter Diskriminierung in den am stärksten betroffenen Ländern; empfiehlt, dass das Europäische Parlament die Diskriminierung aufgrund der Kastenzugehörigkeit in all seinen einschlägigen Ausschüssen und Delegationen thematisiert, eine Anlaufstelle für die Diskriminierung aufgrund der Kastenzugehörigkeit benennt und bei Besuchen in Drittstaaten, die von diesem Problem betroffen sind, die einschlägigen Organisationen konsultiert und die Diskriminierung aufgrund der Kastenzugehörigkeit bei den lokalen Behörden und anderen Partnern zur Sprache bringt sowie anlässlich des

Internationalen Tages für die Beseitigung der Rassendiskriminierung eine Anhörung zur Überprüfung der Maßnahmen und Fortschritte der EU durchführt;

Or. en

Änderungsantrag 569
Isabel Serra Sánchez

Entschließungsantrag
Ziffer 32 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	32b. verurteilt aufs Schärfste die Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen gegenüber Frauen mit sich überschneidenden Identitäten, einschließlich derjenigen, die ethnischen Minderheiten angehören, z. B. Roma-Frauen; betont, dass Diskriminierung aus jeglichem Grund zu Verletzungen der Rechte in allen Lebensbereichen führt, einschließlich des Zugangs zu Bildung, Gesundheitsversorgung und insbesondere der sexuellen und reproduktiven Gesundheitsversorgung, der Arbeit und des Zugangs zur Justiz, und fordert die Mitgliedstaaten erneut auf, Strategien, politische Maßnahmen und Programme zur Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der Rechte marginalisierter Gruppen von Frauen anzunehmen und umzusetzen und die systemischen, finanziellen, rechtlichen, praktischen und sozialen Hindernisse, mit denen sie konfrontiert sind, zu beseitigen;

Or. en

Änderungsantrag 570
Ioan-Rareş Bogdan

Entschließungsantrag
Ziffer 33

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
33. bekräftigt, dass es die Todesstrafe grundsätzlich ablehnt, bei der es sich um eine unumkehrbare grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafe handelt, die mit dem Recht auf Leben unvereinbar ist; betont, dass die EU weiter unablässig auf die weltweite Abschaffung der Todesstrafe hinarbeiten muss, wobei es sich um eines der wichtigsten Ziele ihrer Außenpolitik im Bereich der Menschenrechte handelt; stellt fest, dass ungeachtet der Entwicklungen in einigen Drittändern, Schritte zur Abschaffung der Todesstrafe zu unternehmen, in dieser Hinsicht noch erhebliche Herausforderungen bestehen; bedauert, dass in anderen Drittländern die Zahl der vollstreckten Todesurteile den höchsten Stand der letzten fünf Jahre erreicht hat; fordert alle Staaten, die die Todesstrafe noch nicht abgeschafft haben, auf, diese Strafe abzuschaffen oder als einen ersten Schritt zu ihrer Abschaffung ein sofortiges Moratorium zu erlassen;	33. bekräftigt, dass es die Todesstrafe grundsätzlich ablehnt, bei der es sich um eine unumkehrbare grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafe handelt, die mit dem Recht auf Leben unvereinbar ist; betont, dass die EU weiter unablässig auf die weltweite Abschaffung der Todesstrafe hinarbeiten muss, wobei es sich um eines der wichtigsten Ziele ihrer Außenpolitik im Bereich der Menschenrechte handelt; stellt fest, dass ungeachtet der Entwicklungen in einigen Drittändern, Schritte zur Abschaffung der Todesstrafe zu unternehmen, in dieser Hinsicht noch erhebliche Herausforderungen bestehen; bedauert, dass in anderen Drittländern die Zahl der vollstreckten Todesurteile den höchsten Stand der letzten fünf Jahre erreicht hat; fordert alle Staaten, die die Todesstrafe noch nicht abgeschafft haben, auf, diese Strafe abzuschaffen oder als einen ersten Schritt zu ihrer Abschaffung ein sofortiges Moratorium zu erlassen; ***fordert in diesem Zusammenhang die EU mit Nachdruck auf, die diplomatischen Beziehungen zu Ländern zu verstärken, in denen nach wie vor die Todesstrafe praktiziert wird, und den Dialog sowie die Zusammenarbeit in Menschenrechtsfragen zu fördern und Unterstützung für die Entwicklung von Justizreformen zu bieten, die letztendlich zur Abschaffung der Todesstrafe führen könnten;***

Or. en

Änderungsantrag 571
Jorge Martín Frías, Hermann Tertsch

Entschließungsantrag

Ziffer 33

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
33. bekräftigt, dass es die Todesstrafe grundsätzlich ablehnt, bei der es sich um eine unumkehrbare grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafe handelt, die mit dem Recht auf Leben unvereinbar ist; betont, dass die EU weiter unablässig auf die weltweite Abschaffung der Todesstrafe hinarbeiten muss, wobei es sich um eines der wichtigsten Ziele ihrer Außenpolitik im Bereich der Menschenrechte handelt; stellt fest, dass ungeachtet der Entwicklungen in einigen Drittändern, Schritte zur Abschaffung der Todesstrafe zu unternehmen, in dieser Hinsicht noch erhebliche Herausforderungen bestehen; bedauert, dass in anderen Drittländern die Zahl der vollstreckten Todesurteile den höchsten Stand der letzten fünf Jahre erreicht hat; fordert alle Staaten, die die Todesstrafe noch nicht abgeschafft haben, auf, diese Strafe abzuschaffen oder als einen ersten Schritt zu ihrer Abschaffung ein sofortiges Moratorium zu erlassen;	33. bekräftigt, dass es die Todesstrafe grundsätzlich ablehnt, bei der es sich um eine unumkehrbare grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafe handelt, die mit dem Recht auf Leben unvereinbar ist; betont, dass die EU weiter unablässig auf die weltweite Abschaffung der Todesstrafe hinarbeiten muss, wobei es sich um eines der wichtigsten Ziele ihrer Außenpolitik im Bereich der Menschenrechte handelt; stellt fest, dass ungeachtet der Entwicklungen in einigen Drittändern, Schritte zur Abschaffung der Todesstrafe zu unternehmen, in dieser Hinsicht noch erhebliche Herausforderungen bestehen; bedauert, dass in anderen Drittländern die Zahl der vollstreckten Todesurteile den höchsten Stand der letzten fünf Jahre erreicht hat; fordert alle Staaten, die die Todesstrafe noch nicht abgeschafft haben, auf, diese Strafe abzuschaffen oder als einen ersten Schritt zu ihrer Abschaffung ein sofortiges Moratorium zu erlassen; ***prangert an, dass die EU in Bezug auf die Todesstrafe und den Schwangerschaftsabbruch mit zweierlei Maß misst;***

Or. en

Änderungsantrag 572
Catarina Vieira
im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 33

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
33. bekräftigt, dass es die Todesstrafe grundsätzlich ablehnt, bei der es sich um eine unumkehrbare grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafe	33. bekräftigt, dass es die Todesstrafe grundsätzlich ablehnt, bei der es sich um eine unumkehrbare grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafe

handelt, die mit dem Recht auf Leben unvereinbar ist; betont, dass die EU weiter unablässig auf die weltweite Abschaffung der Todesstrafe hinarbeiten muss, wobei es sich um eines der wichtigsten Ziele ihrer Außenpolitik im Bereich der Menschenrechte handelt; stellt fest, dass ungeachtet der Entwicklungen in einigen Drittändern, Schritte zur Abschaffung der Todesstrafe zu unternehmen, in dieser Hinsicht noch erhebliche Herausforderungen bestehen; bedauert, dass in anderen Drittländern die Zahl der vollstreckten Todesurteile den höchsten Stand der letzten fünf Jahre erreicht hat; fordert alle Staaten, die die Todesstrafe noch nicht abgeschafft haben, auf, diese Strafe abzuschaffen oder als einen ersten Schritt zu ihrer Abschaffung ein sofortiges Moratorium zu erlassen;

handelt, die mit dem Recht auf Leben ***und mit dem Verbot der Folter*** unvereinbar ist; betont, dass die EU weiter unablässig auf die weltweite Abschaffung der Todesstrafe hinarbeiten muss, wobei es sich um eines der wichtigsten Ziele ihrer Außenpolitik im Bereich der Menschenrechte handelt; stellt fest, dass ungeachtet der Entwicklungen in einigen Drittändern, Schritte zur Abschaffung der Todesstrafe zu unternehmen, in dieser Hinsicht noch erhebliche Herausforderungen bestehen; bedauert, dass in anderen Drittländern die Zahl der vollstreckten Todesurteile den höchsten Stand der letzten fünf Jahre erreicht hat; fordert alle Staaten, die die Todesstrafe noch nicht abgeschafft haben, auf, diese Strafe ***vollständig*** abzuschaffen oder als einen ersten Schritt zu ihrer Abschaffung ein sofortiges Moratorium ***für die Anwendung der Todesstrafe (Urteile und Vollstreckungen)*** zu erlassen;

Or. en

Änderungsantrag 573
Isabel Wiseler-Lima

Entschließungsantrag
Ziffer 33

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
33. bekräftigt, dass es die Todesstrafe grundsätzlich ablehnt, bei der es sich um eine ***unumkehrbare*** grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafe handelt, die mit dem Recht auf Leben unvereinbar ist; betont, dass die EU weiter unablässig auf die weltweite Abschaffung der Todesstrafe hinarbeiten muss, wobei es sich um eines der wichtigsten Ziele ihrer Außenpolitik im Bereich der Menschenrechte handelt; stellt fest, dass ungeachtet der Entwicklungen in einigen Drittändern, Schritte zur Abschaffung der Todesstrafe zu unternehmen, in dieser	33. bekräftigt, dass es die Todesstrafe grundsätzlich ablehnt, bei der es sich um eine grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafe handelt, die mit dem Recht auf Leben ***und dem Verbot der Folter*** unvereinbar ist; betont, dass die EU weiter unablässig auf die weltweite Abschaffung der Todesstrafe hinarbeiten muss, wobei es sich um eines der wichtigsten Ziele ihrer Außenpolitik im Bereich der Menschenrechte handelt; stellt fest, dass ungeachtet der Entwicklungen in einigen Drittändern, Schritte zur Abschaffung der Todesstrafe zu

Hinsicht noch erhebliche Herausforderungen bestehen; bedauert, dass in anderen Drittländern die Zahl der vollstreckten Todesurteile den höchsten Stand der letzten fünf Jahre erreicht hat; fordert alle Staaten, die die Todesstrafe noch nicht abgeschafft haben, auf, diese Strafe abzuschaffen oder als einen ersten Schritt zu ihrer Abschaffung ein sofortiges Moratorium zu erlassen;

unternehmen, in dieser Hinsicht noch erhebliche Herausforderungen bestehen; bedauert, dass in anderen Drittländern die Zahl der vollstreckten Todesurteile den höchsten Stand der letzten fünf Jahre erreicht hat; fordert alle Staaten, die die Todesstrafe noch nicht abgeschafft haben, auf, diese Strafe ***vollständig*** abzuschaffen oder als einen ersten Schritt zu ihrer Abschaffung ein sofortiges Moratorium ***für die Anwendung der Todesstrafe (Urteile und Vollstreckungen)*** zu erlassen;

Or. en

Änderungsantrag 574
Arkadiusz Mularczyk
im Namen der ECR-Fraktion

Entschließungsantrag
Ziffer 33

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
33. bekräftigt, dass es die Todesstrafe grundsätzlich ablehnt, bei der es sich um eine unumkehrbare grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafe handelt, die mit dem Recht auf Leben unvereinbar ist; betont, dass die EU weiter unablässig auf die weltweite Abschaffung der Todesstrafe hinarbeiten muss, wobei es sich um eines der wichtigsten Ziele ihrer Außenpolitik im Bereich der Menschenrechte handelt; stellt fest, dass ungeachtet der Entwicklungen in einigen Drittändern, Schritte zur Abschaffung der Todesstrafe zu unternehmen, in dieser Hinsicht noch erhebliche Herausforderungen bestehen; bedauert, dass in anderen Drittländern die Zahl der vollstreckten Todesurteile den höchsten Stand der letzten fünf Jahre erreicht hat; fordert alle Staaten, die die Todesstrafe noch nicht abgeschafft haben, auf, diese Strafe abzuschaffen oder als einen ersten Schritt zu ihrer Abschaffung ein sofortiges	33. bekräftigt, dass es die Todesstrafe grundsätzlich ablehnt, bei der es sich um eine unumkehrbare grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafe handelt, die mit dem Recht auf Leben unvereinbar ist; ***spricht sich für die Achtung der Rechte ungeborener Kinder aus;*** betont, dass die EU weiter unablässig auf die weltweite Abschaffung der Todesstrafe hinarbeiten muss, wobei es sich um eines der wichtigsten Ziele ihrer Außenpolitik im Bereich der Menschenrechte handelt; stellt fest, dass ungeachtet der Entwicklungen in einigen Drittändern, Schritte zur Abschaffung der Todesstrafe zu unternehmen, in dieser Hinsicht noch erhebliche Herausforderungen bestehen; bedauert, dass in anderen Drittländern die Zahl der vollstreckten Todesurteile den höchsten Stand der letzten fünf Jahre erreicht hat; fordert alle Staaten, die die Todesstrafe noch nicht abgeschafft haben, auf, diese

Moratorium zu erlassen;	Strafe abzuschaffen oder als einen ersten Schritt zu ihrer Abschaffung ein sofortiges Moratorium zu erlassen;

Or. en

Änderungsantrag 575
Marion Maréchal

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;	34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; ***ist weiterhin über die Lage der Christen in der Welt besorgt, deren Religionsgemeinschaften nach wie vor am stärksten verfolgt werden, sowie über Zerstörungen, Akte der Schändung und des Vandalismus, die das christliche religiöse Erbe, auch in Europa, beeinträchtigen;*** bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken,

diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten; ***fordert die EU und die Mitgliedstaaten auf, überall dort einen Plan zum Schutz des christlichen historischen Erbes auszuarbeiten und umzusetzen, wo es von Zerstörung und Verwahrlosung bedroht ist;***

Or. fr

Änderungsantrag 576
Isabel Wiseler-Lima

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und	34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; ***ist besorgt darüber, dass die Intoleranz gegenüber anderen Religionsgemeinschaften weltweit zunimmt;*** bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern***; betont, dass die Freiheit, die eigene Religion zu wählen, zu glauben oder nicht zu glauben, ein Menschenrecht ist, das nicht bestraft werden kann; verurteilt daher die Existenz und Anwendung sogenannter Gesetze über den Abfall vom Glauben und Blasphemiegesetze, die harte Strafen, eine erniedrigende Behandlung und in einigen Fällen sogar die Todesstrafe nach sich ziehen***; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und

Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;	den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;
	Or. en

Änderungsantrag 577
Bert-Jan Ruissen

Entschließungsantrag
Ziffer 34

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben	34. bekräftigt seine Besorgnis über die Verletzung des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit; bedauert die Instrumentalisierung von religiöser oder weltanschaulicher Identität für politische Zwecke und die Ausgrenzung von religiösen und weltanschaulichen Minderheiten und Religionsgemeinschaften in bestimmten Drittländern; ***betont, dass die Freiheit, die eigene Religion zu wählen, zu glauben oder nicht zu glauben, ein grundlegendes Menschenrecht ist, das nicht mit dem Tod oder einer erniedrigenden Behandlung bestraft werden kann; verurteilt daher die***

kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

Existenz und die Anwendung sogenannter Gesetze über den Abfall vom Glauben, wonach die bewusste Entscheidung für eine Religion oder Weltanschauung oder die Abkehr vom Glauben strafrechtlich verfolgt und bestraft wird; empfiehlt, dass dem Sonderbeauftragten für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit außerhalb der EU mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er sein Mandat ungehindert ausüben kann; betont, dass der Sonderbeauftragte weiterhin eng und einander ergänzend mit dem EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte und der Gruppe „Menschenrechte“ des Rates zusammenarbeiten muss; fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, ihre Bemühungen zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu verstärken, diese Fragen in den Menschenrechtsforen der Vereinten Nationen zur Sprache zu bringen und weiterhin mit den einschlägigen Mechanismen und Ausschüssen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

Or. en